

Termine:

Bd. V

Justizprüfungsamt?

Ja - nein

Falls ja: P - K - V - R

Unterschrift:

Haft

(Verfügungsheft II)

Mitteilungspflicht

Staatsanwaltschaft
Kammer-
bei dem Landgericht Berlin

Strafsache

bei de — Strafkammer des — gericht

Verteidiger:

RA. _____ Vollmacht Bl. _____

- gegen a) Boßhammer, Friedrich
b) Hartmann, Richard
c) Hunsche, Otto
d) Jänisch, Rudolf
e) Pachow, Max
f) Wöhnn, Fritz

wegen Mordes

Haftbefehl Bl. — aufgehoben Bl.

Anklage Bl.

Eröffnungsbeschuß Bl.

Hauptverhandlung Bl.

Urteil des I. Rechtszugs Bl.

Berufung Bl.

Entscheidung über die Berufung Bl.

Revision Bl.

Entscheidung über die Revision Bl.

Landesarchiv Berlin
B Rep. 057-01

Nr.: 4849

Zählkarte Bl.

Strafnachricht Bl.

Ss 5 Si R 524/72

Weggelegt

Aufzubewahren: — bis 19
— dauernd —

Geschichtlich wertvoll? — Ja — nein —
hierzu verb. 4 AR 320/62 (Bd VI)

Ks Ls Ms

1 Js 1/65 (CRSHA)

AU 57

Von der Vernichtung sind auszuschließen Bl.

— sowie Bl. des Vollstreckungshefts —
— und Bl. des Gnadenhefts —

, den

Justiz – amtmann – ober – inspektor

Kostenmarken oder darauf bezügliche Vermerke Bl.

Vorschüsse (einschließlich der in Kostenmarken) Bl.

Kostenrechnungen Bl.

Gemäß der Kostenverfügung geprüft bis Blatt

am 19

Justiz – amtmann – ober – inspektor

Verfügungsheft II

Staatsanwaltschaft

bei dem Kammergericht

Fristen:

14. 6. ab 30.

Weggelegt 19

Aufzubewahren: — bis 19

1AR123/63

III / Schn.

Von der Vernichtung sind auszuschließen Bl.

— sowie BL.

des Vollstreckungshefts —

— und Bl.

des Gnadenhefts —

, den.

Justiz — ober — inspektor

Kostenmarken oder darauf bezügliche Vermerke Bl.

Vorschüsse (einschließlich der in Kostenmarken) Bl.

Kostenrechnungen, Bl.

Gemäß der Kostenverfügung geprüft bis Blatt

am 19

Justiz – ober – inspektor

1 ♂ 1/65 (RSWA)

✓g.

1

✓1/ Alle folgende Daten spezeln:

16 Ks 1/63 STA Bodum 1. Blache ^(30.18)
25/26

22 ♂ 361/61 STA minden I ^{30.24}
1. H. black in 6. a.

2/ Verl. nach Eingang

30. 24. 1. 65

zu 1) 27 ev.

= 1. FEB. 1965

Ile

Sd.

Werner. Ar. 22 Jr 361/61 STA Minden T

1. Georg Holl Det. eingehl. Vertrag
von Kindern im Kriege! Seine Be-
ziehung zu den interessierenden
Themen.

Bl. 8.2 65
82.

1 Jg 1/65 (RSWA)

2

Up

1) zu sezen an STA Flensburg:

Bsp. 2 Jg 117/63 u. 2a Ks 1/62
V. Martin Fellenz

Mit den Augen Pferdeziehen werden
dort 2 Gefangen gegen Martin Fellenz
gefüllt dem die Chirurgie bei
der Vötung von Juden in Polen zum
Vorwurf gemacht wird. Das auf eindruck-
zige Enttäuschungsverfahren 1 Jg 1/65 (RSWA)
hat die Tätigkeit des RSTA im Rahmen
der sog. "Endlösung der Judenfrage" zum
Gegenstand, also auch soweit Maßnahmen
gegen in Polen lebende Juden erichtet
wurden. Es ist daher für mich von Interesse
ob, wenn ja welche Vermutnisse sich
in dem dortigen Gefangen im Hinblick
auf eine Chirurgie des RSTA ergeben
hätten, insbesondere ob es den Bspell
für die ~~unpassendes~~ Verhältnis der Juden
gab. Da ich nicht eine gesonderte Durchsatz-
punkte die Versendung des unpassenden
Pferdematerials erbeten möchte, wie ich
zunächst für die Beantwortung dieses
Frages dankbar, sowie, sofern vorhanden,

für Überreichung der Schlüsselpfändung
(Schlüssel, Werte) und Abgabe des
Sachstandes.

Zu Unklar auf die vorstehende
Vergabeung darf ich nur Geldmögliche
Pfändigung bitten.

i.A

D. 27. 1. 65.

zu pf. 29. 1. 65/Hc

18 Kreiden

Stenodis
(Ossendorf)

Uf.

- ✓ 1) Sie schreiben an STA Dortmund:
Bla.: 45 Jg 41/61 STA Dortmund ✓

I Unter dem o.a. Betrugszeichen wird dort ein Sanktionsverfahren gegen Heinrich Hamann u.a. geführt, denen die Entfernung bei der Fertigung von Gütern in Polen zum Verlust gemacht wird. Das hier aufgeführte Sanktionsverfahren 1 Js 1/65 hat die Tätigkeit des RSWA im Rahmen des sog. „Sanktioning der Güterfrage“ zum Gegenstand, also auch soweit die Maßnahmen gegen in Polen hergestellte Güter gerichtet waren. Es ist für mich nicht von Interesse, ob, wenn ja welche Abwehrmaßnahmen sich in dem bestreiten Verfahren ein Kürschner auf eine Sanktionierung des RSWA eingesetzt haben. Vor allem ~~ist das mit dem Befall~~ für die ^{zum Verhinderung} Sanktionierung der Güter in Polen gilt.

II Da ich nicht ohne besondere Schaltspunkte die Überprüfung des eingangsgezeigten Aktenmaterials vornehmen möchte, wäre ich zunächst für die Beurteilung durch Hagen dankbar, sowie soweit vorhanden eine Überprüfung des Abschlageschrift, ob

sonstigen Abschlußverfügung und Mitteilung
des Sachstands.
Im Einzelfall auf den ~~Zeit~~
~~gezeigten~~ Ablauf der Vergütungs-
frist darf ich im Bedenkglichen & bei
Güte bitten.

i.A

Düsseldorf
Fr. 27.1.68 (chessical)

- ✓ 2) zu Schreiben an STA Freiburg: (A) ✓
Betr.: 1 Kz 1/64 -/-. Robert Weismann n.e.a.
F ✓ wie übrigens wie die 1) unter
Vergütung des Namens R.W.
- ✓ 3) zu Schreiben an STA Hamburg:
Betr.:
✓ 3) zu schreiben an STA Dortmund: ✓
Betr.: 45 gs 1/61 -/-. Dr. Simonowitsch
F ✓ wie die 1)
✓ 4) zu schreiben an STA Düsseldorf: ✓
Betr.: 45 gs 1/61 -/-. Dr. Simonowitsch
F ✓ wie die 1)

✓ 5.) zu schreiben an STA München I

Betr.: 22 Jg 68/61 1. g. Befreiung u.a. ✓

wie zu 1.)

✓ 6.) zu schreiben an STA. Darmstadt:

Betr.: 45 Jg 27/61 1. K. Befreiung u.a. ✓

wie zu 1.)

✓ 7.) zu schreiben an STA. Köln: (5)

Betr.: 24 Jg 200/62 (2) 4. b
St. Reichsfesthalle u.a.

wie zu 1.)

Blz. 27.1.65

JQ

zu 1 - 7 gef. gel.

29.1.65

Werner

Sophie

Felix

27.1.

5
65

1 Js 1/65 (RSHA)

An die
Staatsanwaltschaft

(239) F l e n s b u r g

Betr.: - 2 Js 117/63 - und 2a Ks 1/62 gegen
Martin Fellenz

Unter den obigen Aktenzeichen werden dort zwei Verfahren gegen Martin Fellenz geführt, dem die Mitwirkung bei der Tötung von Juden in Polen zum Vorwurf gemacht wird. Das hier anhängige Ermittlungsverfahren - 1 Js 1/65 (RSHA) - hat die Tätigkeit des RSHA im Rahmen der sog. "Endlösung der Judenfrage" zum Gegenstand, also auch soweit Maßnahmen gegen in Polen lebende Juden gerichtet waren. Es ist daher für mich von Interesse ob, wenn ja welche Erkenntnisse sich in dem dortigen Verfahren im Hinblick auf eine Mitwirkung des RSHA ergeben haben, insbesondere ob es den Befehl für die umfassende Vernichtung der Juden gab.

Da ich nicht ohne besondere Anhaltspunkte die Übersendung des umfangreichen Aktenmaterials erbitten möchte, wäre ich zunächst für die Beantwortung dieser Fragen dankbar, sowie, sofern vorhanden, für Übersendung der Schlußverfügung (Anklage, Urteil) und Angabe des Sachstandes.

Im Hinblick auf die bevorstehende Verjährung darf ich um baldmögliche Erledigung bitten.

i.A.
Kapell, Staatsanwalt,
für den auf einer Dienstreise befindlichen
Verfasser (Schneider)
(Assessor)

30.1.63

1 Js 1/65 (RSHA)

An die
Staatsanwaltschaft
(5) K ö l n

Betr.: 24 Js 200/62 (Z) gegen Dr. Rindfleisch u.a.

Unter dem o.a. Aktenzeichen wird dort ein Ermittlungsverfahren gegen Dr. Rindfleisch u.a. geführt, denen die Mitwirkung bei der Tötung von Juden in Polen zum Vorwurf gemacht wird. Das hier anhängige Ermittlungsverfahren 1 Js 1/65 hat die Tätigkeit des RSHA im Rahmen der sog. "Endlösung der Judenfrage" zum Gegenstand, also auch soweit Maßnahmen gegen in Polen lebende Juden gerichtet waren. Es ist für mich daher von Interesse, ob, und wenn ja welche Erkenntnisse sich in dem dortigen Verfahren im Hinblick auf eine Mitwirkung des RSHA ergeben haben. Vor allem wer den Befehl für die umfassende Vernichtung der Juden in Polen gab.

Da ich nicht ohne besondere Anhaltspunkte die Übersendung des umfangreichen Aktenmaterials erbitten möchte, wäre ich zunächst für die Beantwortung obiger Fragen dankbar, sowie, soweit vorhanden, für Übersendung der Anklageschrift, Urteilsabschrift, oder sonstiger Abschlußverfügung und Mitteilung des Sachstandes.

Im Hinblick auf den bevorstehenden Ablauf der Verjährungsfrist darf ich um baldmögliche Erledigung bitten.

i.A.
für den auf einer Reichseis befreundlichen
Verfahren { Schneider
Assessor }

Kugel, Staatsanwalt

1 Js 1/65 (RSHA)

*Wteil eingeg. 17.2.64
BZ 44*

An die
Staatsanwaltschaft Dortmund

46 D o r t m u n d

Betr.: 45 Js 27/61 ./ K. Bolender u.a.

Unter dem o.a. Aktenzeichen wird dort ein Ermittlungsverfahren gegen K. Bolender u.a. geführt, denen die Mitwirkung bei der Tötung von Juden in Polen zum Vorwurf gemacht wird. Das hier anhängige Ermittlungsverfahren

1 Js 1/65 hat die Tätigkeit des RSHA im Rahmen der sog. "Endlösung der Judenfrage" zum Gegenstand, also auch soweit die Maßnahmen gegen in Polen lebende Juden gerichtet waren. Es ist für mich daher von Interesse, ob, und wenn ja welche Erkenntnisse sich in dem dortigen Verfahren im Hinblick auf eine Mitwirkung des RSHA ergeben haben. Vor allem wer den Befehl für die umfassende Vernichtung der Juden in Polen gab.

Da ich nicht ohne besondere Anhaltspunkte die Übersendung des umfangreichen Aktenmaterials erbitten möchte, wäre ich zunächst für die Beantwortung obiger Fragen dankbar, sowie, soweit vorhanden, für Übersendung der Anklageschrift, Urteilsabschrift oder sonstige Abschlußverfügung und Mitteilung des Sachstandes.

- 2 -

Im Hinblick auf den bevorstehenden Ablauf der
Verjährungsfrist darf ich um baldmögliche Erledigung
bitten.

i. A.
für den auf einer Dienstreise befindlichen
Verfasser (Schneider)
(Assessor)

Ugol, Staatsanwalt

1 Js 1/65 (RSHA)

An die
Staatsanwaltschaft

8 München I

Wert einget. 17.2.
Bl. 151

Betr.: 22 Js 68/61 gegen Eberhauser u.a.

Unter dem o.a. Aktenzeichen wird dort ein Ermittlungsverfahren gegen G. Eberhauser u.a. geführt, denen die Mitwirkung bei der Tötung von Juden in Polen zum Vorwurf gemacht wird. Das hier anhängige Ermittlungsverfahren 1 Js 1/65 hat die Tätigkeit des RSHA im Rahmen der sog. "Endlösung der Judenfrage" zum Gegenstand, also auch soweit die Maßnahmen gegen in Polen lebende Juden gerichtet waren. Es ist für mich daher von Interesse, ob, und wenn ja welche Erkenntnisse sich in dem dortigen Verfahren im Hinblick auf eine Mitwirkung des RSHA ergeben haben. Vor allem wer den Befehl für die umfassende Vernichtung der Juden in Polen gab.

Da ich nicht ohne besondere Anhaltspunkte die Übersendung des umfangreichen Aktenmaterials erbitten möchte, wäre ich zunächst für die Beantwortung obiger Fragen dankbar, sowie, soweit vorhanden, für Übersendung der Anklageschrift, Urteilsabschrift, oder sonstiger Abschlußverfügung und Mitteilung des Sachstandes.

Im Hinblick auf den bevorstehenden Ablauf der Verjährungsfrist darf ich um baldmögliche Erledigung bitten.

i.A.
für den auf einer Dienstreise befindlichen
Verfasser (Schneider)
(Assessor)
Kugel, Staatsanwalt

27.1.1965

10

1 Js 1/65 (RSHA)

An die
Staatsanwaltschaft

2 H a m b u r g

Betr.: 141 Js 573/60 gegen Georg Michalsen u.a.

Unter dem o.a. Aktenzeichen wird dort ein Ermittlungsverfahren gegen Georg Michalsen u.a. geführt, denen die Mitwirkung bei der Tötung von Juden in Polen zum Vorwurf gemacht wird. Das hier anhängige Ermittlungsverfahren 1 Js 1/65 hat die Tätigkeit des RSHA im Rahmen der sog. "Endlösung der Judenfrage" zum Gegenstand, also auch soweit die Maßnahmen gegen in Polen lebende Juden gerichtet waren. Es ist für mich daher von Interesse, ob, und wenn ja welche Erkenntnisse sich in dem dortigen Verfahren im Hinblick auf eine Mitwirkung des RSHA ergeben haben. Vor allem wer den Befehl für die umfassende Vernichtung der Juden in Polen gab.

Da ich nicht ohne besondere Anhaltspunkte die Übersendung des umfangreichen Aktenmaterials erbitten möchte, wäre ich zunächst für die Beantwortung obiger Fragen dankbar, sowie, soweit vorhanden, für Übersendung der Anklageschrift, Urteilsabschrift, oder sonstigen Abschlußverfügung und Mitteilung des Sachstandes.

Im Hinblick auf den bevorstehenden Ablauf der Verjährungsfrist darf ich um baldmögliche Erledigung bitten.

i.A.
für den auf einer Dienstreise befindlichen
Vorsteher (Schneider)
(Assessor)
Kapell, Staatsanwalt

M

1 Js 1/65 (RSHA)

An die
 Staatsanwaltschaft
(78) Freiburg

Betr.: 1 Ks 1 / 64 gegen Robert Weißmann u.a.

Unter dem o.a. Aktenzeichen wird dort ein Ermittlungsverfahren gegen Robert Weißmann u.a. geführt, denen die Mitwirkung bei der Tötung von Juden in Polen zum Vorwurf gemacht wird.

Das hier anhängige Ermittlungsverfahren 1 Js 1/65 hat die Tätigkeit des RSHA im Rahmen der sog.

"Endlösung der Judenfrage" zum Gegenstand, also auch soweit die Maßnahme gegen in Polen lebende Juden gerichtet waren. Es ist für mich daher von Interesse, ob, und wenn ja welche Erkenntnisse sich in dem dortigen Verfahren im Hinblick auf eine Mitwirkung des RSHA ergeben haben. Vor allem wer den Befehl für die umfassende Vernichtung der Juden in Polen gab.

Da ich nicht ohne besondere Anhaltspunkte die Übertragung des umfangreichen Aktenmaterials erbitten möchte, wäre ich zunächst für die Beantwortung obiger Fragen dankbar, sowie, soweit vorhanden, für Übersendung der Anklageschrift, Urteilsabschrift, oder sonstiger Abschlußverfügung und Mitteilung des Sachstandes.

Im Hinblick auf den bevorstehenden Ablauf der Verjährungsfrist darf ich um baldmögliche Erledigung bitten.

i.A.
 für den auf einer Dürreise befindlichen
 Verfasser { Schneider }
 Asessor
 Uegel, Staatsanwalt

+ Se. 161

1 Js 1/65 (RSHA)

12

An die
Staatsanwaltschaft

46 Dortmund

Betr.: 45 Js 1/61 ./ Dr. Zimmermann u.a.

Unter dem o.a. Aktenzeichen wird dort ein Ermittlungsverfahren gegen Zimmermann u.a. geführt, denen die Mitwirkung bei der Tötung von Juden in Polen zum Vorwurf gemacht wird. Das hier anhängige Ermittlungsverfahren 1 Js 1/65 hat die Tätigkeit des RSHA im Rahmen der sog. "Endlösung der Judenfrage" zum Gegenstand, also auch soweit die Maßnahmen gegen in Polen lebende Juden gerichtet waren. Es ist für mich daher von Interesse, ob, und wenn ja welche Erkenntnisse sich in dem dortigen Verfahren im Hinblick auf eine Mitwirkung des RSHA ergeben haben. Vor allem wer den Befehl für die umfassende Vernichtung der Juden in Polen gab.

Da ich nicht ohne besondere Anhaltspunkte die Übersendung des umfangreichen Aktenmaterials erbitten möchte, wäre ich zunächst für die Beantwortung obiger Fragen dankbar, sowie, soweit vorhanden, für Übersendung der Anklageschrift, Urteilsabschrift oder sonstige Abschlußverfügung und Mitteilung des Sachstandes.

B

Im Hinblick auf den bevorstehenden Ablauf der Verjähruungsfrist darf ich um baldmögliche Erledigung bitte.

für den auf einer Dienstreise befindlichen
Vorauer (Schneider)

(Assessor)

Kugel, Staatsanwalt

**Der Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht**

Gesch.-Nr.: 1 Js 1/65 (RSHA)

Bitte bei allen Schreiben angeben!

1 Berlin 19 (Charlottenburg), den

Amtsgerichtsplatz 1

Fernruf 34 03 71 (968)

Sprechstunden: Montags bis freitags von 8.30-13.00 Uhr

19

14

An die
Staatsanwaltschaft
(46) Dortmund

Betr.: 45 Js 41/61 StA.Dortmund

Unter dem o.a. Aktenzeichen wird dort ein Ermittlungsverfahren gegen Heinrich Hamann u.a. geführt, denen die Mitwirkung bei der Tötung von Juden in Polen zum Vorwurf gemacht wird.

Das hier anhängige Ermittlungsverfahren 1 Js 1/65 hat die Tätigkeit des RSHA im Rahmen der sog. "Endlösung der Judenfrage" zum Gegenstand, also auch soweit die Maßnahmen gegen in Polen lebende Juden gerichtet waren. Es ist für mich daher von Interesse, ob, und wenn ja welche Erkenntnisse sich in dem dortigen Verfahren im Hinblick auf eine Mitwirkung des RSHA ergeben haben. Vor allem wer den Befehl für die umfassende Vernichtung der Juden in Polen gab.

Da ich nicht ohne besondere Anhaltspunkte die Übersendung des umfangreichen Aktenmaterials erbitten möchte, wäre ich zunächst für die Beantwortung obiger Fragen dankbar, sowie, soweit vorhanden, für Übertragung der Anklageschrift, Urteilsabschrift, oder sonstigen Abschlußverfügung und Mitteilung des Sachstandes.

15

- 2 -

Im Hinblick auf den bevorstehenden Ablauf der
Verjährungsfrist darf ich um baldmögliche
Erledigung bitten.

i.A.
Für den auf einer Dienstreise befindlichen
Verfasser (Schneider)
(Assessor)
Hagel, Staatsanwalt

1 §s 1/65 (RSWA)

16

Wg.

✓ 1/ alte Abrechnung

Sprachdecksanwendung 9 Sp §s 309/47 Ber.

ii. 4 Sp. 1/ Walter Starks
von STA 2994/48. Ber. -1. Hans Thorsen
Bielefeld + 81/65
+ 81/50

2/ Ber. nach Eingang

Dr. 20. 1. 65

SD

zu 1) 2 H. erf.

- 8. Feb. 1965 Ile

1 Jg 1/65 (RSA)

11

11

✓ 1) ~~Alle sporen~~

Sprachkammerdokter 4 Sp Ls 653/44 Bie.
J. Carl Cattusen van de STA Bielefeld.

2) Vertrag nach Einigung

Bie. 21.1.65

SL

zu 1) A. ref.

- 8. Feb. 1965
See

+ 30 44 78

**Der Leitende Oberstaatsanwalt
bei dem Landgericht Bochum**

3 PK

Tag: 2.2.1965

Fernruf: 60965

Fernschreib-Nr.: 08257 37

18

Geschäfts-Nr.: 16 Ks 1-63

(Bitte bei allen Schreiben angeben)

~~X Die Eingabe X~~ — Das dortige Ersuchen — ~~Schreiben X~~

vom 1.2.1965 1 Js 1/65 (RS/HA)

ist heute zuständigkeitsshalber an

die Staatsanwaltschaft Dortmund zu

45 Js 27 - 63

weitergegeben worden.

Auf Anordnung

Bals
(Bals)

Justizangestellt



POSTKARTE



Staatsanwaltschaft

beim Kammergericht

Absender:

**Der Leitende Oberstaatsanwalt
bei dem Landgericht
463 Bochum**

West

(1)

B e r l i n 21

Turmstr. 91

1. Jg 1/65 (RSKA)

Wf

A

1. zu schicken an Staatsanwaltschaft Straße
2. Kl. von Frau Gauß:

Bots.: Deutiges Verfahren 4 Jg 1676/69 1. Kutschak

Bezug: Die Rückspur in Berlin
vom 5. 2. 1965

Sehr geehrte Herr Kollege!

Hofftche genügt darf ich Ihnen die für
die geforderten Ablichtungen unserer Doku-
mente - Unterlagen und des Vermögens
über die Judenverfolgung in Dänemark
überreichen.

2. Antritt zu Dr. Kefel

get. 9.2.65 Sch
zu 1 Seite

abzuhören
BZG

Den. 9.2.65

mit freundlichen Grüßen

A.
Schneider (abgesetzt)

Hilda Kahan

720 East 31 Street
Brooklyn, New York 11210

2. Februar 1965

An die
Staatsanwaltschaft Berlin
Sonderkommissariat "Reichssicherheitshauptamt"
B E R L I N

hier Anhänger
mit Begehr um
Rückspende
erl

8 FEB 1965

Sehr geehrte Herren,

im Hinblick der kurz bevorstehenden Verjährung von Naziverbrechen bitte ich höflichst um Auskunft, ob bereits ein Strafverfahren gegen Amtmann Wöhrrn eingeleitet ist oder ob er sogar schon zur Rechenschaft und verurteilt werden konnte.

Amtmann Wöhrrn war während der Zeit 1941 bis Ende 1944 einer der Angestellten des Judendezernats des Reichssicherheitshauptamts. Er beschäftigte sich u.a. mit Revisionen des Jüdischen Krankenhauses Berlin, Iranische Str.2, und bei seinen zahlreichen "Besuchen" verfehlte er nie, irgendwelche Verhaftungen und Abtransport in das K.Z. als seine persönlichen Sonderaktionen vornehmen zu lassen.

Um nur einige Fälle namhaft zu machen, nenne ich den jüdischen Arzt Dr.Windmüller und seine Frau; Amtmann Wöhrrn bemerkte einen nicht jüdisch aussehenden Mann im Garten des Jüdischen Krankenhauses, der auf Wöhrrns Befragen zugab, Dr.Windmüller zu besuchen und ihm etwas Lebensmittel zu bringen; der Mann ~~wurde~~ wurde von Wöhrrn verwarnt und Dr.Windmüller und seine Frau unmittelbar darauf verhaftet und mit dem nächsten Transport ins K.Z. gesandt.- Ein junger ~~jüdischer~~ Mischling, Kurt Bukofzer, sah in seinem Dienst als Portier Amtmann Wöhrrn das Krankenhaus betreten und sagte diensteifrig, dass er ihn sofort bei "Herrn Oberregierungsrat Dr.Lustig" anmelden werde. Kurt Bukofzer's Verbrechen war, dass er den jüdischen Leiter des Krankenhauses, Dr.Lustig, bei seinem rechtlichen Titel "Oberregierungsrat" genannt hatte. Bukofzer wurde im Auftrage von Wöhrrn geschlagen, und als der Junge in seiner Dummheit einer Krankenschwester über das Telefon erzählte, was vorgefallen war, während unsere Telefonapparate ohne unser Wissen abgehört wurden, wurde er einige Tage später verhaftet und ins Arbeitslager geschickt.-Ein junges Mädel, die ebenfalls Geltungsjüdin war, wurde von Amtmann Wöhrrn verhaftet, da der Judenstern an ihrer Kleidung nicht angenäht sondern nur mit einer Sicherheitsnadel befestigt war. Nach 3 Monaten erhielten ihre Eltern die Nachricht, dass sie im K.Z. Ravensbrück verstorben sei.

Sollte bisher ~~kein~~ kein Strafverfahren gegen Amtmann Wöhrrn eingeleitet sein, dessen Aufenthaltsort mir persönlich völlig unbekannt ist, so bitte ich, die notwendigen Schritte schnellmöglichst und rechtzeitig vor dem Verjährungstermin einzuleiten.

Ich selbst war vom Jahre 1941 bis 1946 Angestellte des Jüdischen Krankenhauses und den grössten Teil dieser Zeit Sekretärin für Dr.Lustig, dem Leiter des Krankenhauses. Die von mir gemachten Angaben können von zahlreichen Zeugen beglaubigt werden.

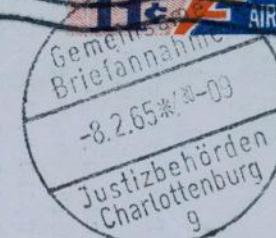
Hochachtungsvoll
Hilde Kahan

FOLD SIDES OVER AND THEN FOLD BOTTOM UP
MOISTEN FLAP WELL AND APPLY PRESSURE TO SEAL

H. Kahan

720 East 31 Street

Brooklyn, New York



Dr

An die
Staatsanwaltschaft Berlin
Sonderkommissariat
"Reichssicherheitshauptamt"

BERLIN (West Berlin) 19

GERMANY

Staatsgerichtshof 1

AÉROGRAMME • PAR AVION

FIRST FOLD

SECOND FOLD

NO ENCLUSES PERMITTED

DO NOT USE TAPE OR STICKERS TO SEAL

Vfg. u.R.

1.) zu schreiben an Frau Hilda Kahan, 720 East 31 Street
Brooklyn, New York 11210:

Bezug: Ihr Schreiben vom 2.2. 1965

mit Luftpost

Sehr verehrte Frau Kahan.

Auf Ihr o.a. Schreiben teile ich Ihnen mit, daß die Tätigkeit des früheren Amtmannes Fritz Wöhrn im Judenreferat des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes bereits umfassend Gegenstand des hier unter Az. 1 Js 1/65 (RSHA) laufenden Ermittlungsverfahrens und zwei weiterer Vorermittlungsverfahren ist.

Darüber hinaus ist mir bekannt, daß bei der Staatsanwaltschaft in Frankfurt am Main gegen Wöhrn u.a. ein Ermittlungsverfahren unter Az. 4 Js 614/63 wegen der Teilnahme an der Erschießung von Mitgliedern der Reichsvereinigung der Juden in Berlin geführt wird. Ich habe eine Ablichtung Ihres Schreibens der Staatsanwaltschaft in Frankfurt am Main zur Kenntnisnahme übersandt.

Für die von Ihnen in Ihrem Schreiben mitgeteilten Angaben darf ich Ihnen danken. Sollten in den hiesigen Verfahren weitere Auskünfte erforderlich werden, werde ich mich nochmals an Sie wenden.

Mit vorzüglicher Hochachtung

i.A. Schm.
(Dessau)

2.) zu schreiben an StA Ffm :

Betr.: 4 Js 614/63 ./ Wöhrn u.a.

Anlage : Ablichtung eines Schreibens von Frau Hilda Kahan, New York vom 2. 2. 1965.

In der Anlage übersende ich ~~hier~~ die Ablichtung eines mir kürzlich zugegangenen Schreibens, das den auch dort beschuldigten früheren Amtmann Fritz Wöhrn vom RSHA betrifft, zur gefälligen Kenntnisnahme und eventuellen Berücksichtigung in dem o.a. Ermittlungsverfahren.

Ich habe der Absenderin mitgeteilt, daß gegen Wöhrn in Ffm. und in Berlin Ermittlungsverfahren laufen, die seine Tätigkeit im ehemaligen RSHA zum Gegenstand haben.

Hochachtungsvoll.

i.A.

3.) bitte eine weitere Ablichtung des Originalschreibens anfertigen lassen und mit diesem und der Verfügung mir nach Erledigung vorlegen.

Bln. 9. 2. 1965

Schm

gef 10. FEB. 1965 Le
zu 1) Schl. 2 x ab
2) Schl. 2 x ab + 1 Heft
10/24

9. Februar 1965

Abschrift

22

1 Js 1/65 (RSHA)

An die
Staatsanwaltschaft

6 F r a n k f u r t /Main

Betrifft: 4 Js 614/63 gegen W ö h r n u.A.

Anlage: Ablichtung eines Schreibens von Frau Hilda Kahan,
New York, vom 2. Februar 1965

In der Anlage übersende ich die Ablichtung eines mir kürzlich zugegangenen Schreibens, das den auch dort beschuldigten früheren Amtmann Fritz W ö h r n vom RSHA betrifft, zur gefälligen Kenntnisnahme und eventuellen Berücksichtigung in dem o.a. Ermittlungsverfahren.

Ich habe der Absenderin mitgeteilt, daß gegen Wöhrn in Frankfurt/Main und in Berlin Ermittlungsverfahren laufen, die seine Tätigkeit im ehemaligen RSHA zum Gegenstand haben.

Im Auftrage

(Schneider)
Assessor

Le

9. Februar 1965

Abschrift

23

1 Js 1/65 (RSHA)

Luftpost!

Frau
Hilda Kahan

720 East 31 Street
Brooklyn, New York 11210

Bezug: Ihr Schreiben vom 2. Februar 1965

Sehr verehrte Frau Kahan!

Auf Ihr o.a. Schreiben teile ich Ihnen mit, daß die Tätigkeit des früheren Amtmanns Fritz Wöhren im Judenreferat des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes bereits umfassend Gegenstand des hier unter dem Aktenzeichen 1 Js 1/65 (RSHA) laufenden Ermittlungsverfahrens und zwei weiterer Vorermittlungsverfahren ist.

Darüber hinaus ist mir bekannt, daß bei der Staatsanwaltschaft in Frankfurt am Main gegen Wöhren ein Ermittlungsverfahren unter dem Aktenzeichen 4 Js 614/63 wegen der Teilnahme an der Erschießung von Mitgliedern der Reichsvereinigung der Juden in Berlin geführt wird. Ich habe eine Ablichtung Ihres Schreibens der Staatsanwaltschaft in Frankfurt am Main zur Kenntnisnahme übersandt.

Für die von Ihnen in Ihrem Schreiben mitgeteilten tatsächlichen Angaben darf ich Ihnen danken. Sollten in den hiesigen Verfahren weitere Auskünfte erforderlich werden, werde ich mich nochmals an Sie wenden.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Im Auftrage

(Schneider)
Assessor

Le

1. Jg. 1/65 (RSA)

24

PK

✓ 1/ alte Pferde

Sprachkennzeichen erhalten

1. offiziell gefordert

4a Sp. Jg. 118/47
StA Bielefeld

2/ Verzug nach Eingang

Dm. 8.2.65

SL.

zu 1) H. ej.

- 9. Feb. 1965

le

Heute 24/2

||

25

**Der Leiter der Zentralstelle im Lande Nordrhein-Westfalen
für die Bearbeitung von nationalsozialistischen Massenverbrechen
bei dem Leitenden Oberstaatsanwalt in Dortmund**

Geschäfts-Nr.: 16 Ks 1/63 Sta Bochum
Bitte bei allen Schreiben angeben! 45 Js 27/63

46 Dortmund, den 8. 2.1965
Saarbrücker Straße 5-9
Fernruf 5278 21-29
Postfach
Fernschreiber 08 22 451

An die
Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht

1 Berlin - West 21
Turmstraße 91

3PK



10. Febr. 1965
ohne Anhänger

Betrifft: Hiesiges Strafverfahren gegen den Sägegehilfen
Hermann Blache in Bochum wegen Mordes

Bezug: Dortiges Schreiben vom 1. 2.1965 - 1 Js 1/65
(RSHA)

Auf das Bezugsschreiben teile ich mit, daß die hiesigen Strafakten gegen Blache z. Z. nicht entbehrt werden können. Sie sind vor 2 Tagen aus der Revisionsinstanz wieder hier eingegangen. Die Revision des Angeklagten gegen das Urteil des Schwurgerichts in Bochum vom 30. 4.1964 ist als unbegründet verworfen worden. Zunächst müssen mehrere Berichte gefertigt und die Strafvollstreckung eingeleitet werden. Sodann werden die Akten zur Fortführung der Voruntersuchung und des Ermittlungsverfahrens gegen weitere ehemalige Angehörige der Gestapodienststelle in Tarnow Distrikt Krakau benötigt.

Für den dortigen Gebrauch füge ich eine Ausfertigung des Urteils des Schwurgerichts in Bochum vom 30. 4.1964 gegen Blache bei. Das Urteil ist nach Verwerfung der Revision des Angeklagten rechtskräftig.

Im Auftrage:

Walden
(Walden)
Staatsanwalt

Staatsanwaltschaft
Dortmund



Berlin-West

An die

Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht

1 Berlin - West 21

Staatsanwaltschaft Dortmund

46 Dortmund

Saarbrücker Straße 5-9 · Fernruf 527821

Falls Empfänger verzogen, bitte nicht nachsenden!
Mit neuer Anschrift zurück.

Turmstraße 91

Staatsanwaltschaft bei dem [REDACTED]

Kammergericht

1 Js 11/65 (RSWA)
(Geschäfts-Nr.)

Zu 22 Js 361/61



Um beschleunigte Übersendung

der Akten

22 Js 361/61

wird gebeten.

Vf.

BA Tennen

Bz. 8.2.65

SQ

AFStr 370c
Ersuchen um Übersendung von Akten.
STAT 24000 4.64

37 gek.

- 9. Feb. 1965 Me

1 Berlin 21, den

• 1. FEB. 1965

Turmstraße 91

Fernruf: 35 01 11, App.:

(Im Innenbetrieb 933)

An

Staatsanwaltschaft
München I

5. Feb. 1965
Übersendung kommt.

✓ in. a.

zu 27

m.i.t.z.B. Rückerlang

mag gelang.

Auf Anordnung

Heipner

J. Ass. Ia

Staatsanwaltschaft

bei dem Landgericht München I

F-4. Feb. 1965

R.S.
Erster Staatsanwalt

Vfg.

1.) Vermerk

Das Ergebnis der Vorermittlungen im Komplex I der Arbeitsgruppe - RSHA, soweit es die gegen die Juden in Ungarn gerichteten Maßnahmen zum Gegenstand hatte, ist nicht in das Ermittlungsverfahren 1 Js 1/65 (RSHA) ./ . Anders u.a. einbezogen worden Die Auswertung der vorliegenden Dokumente und Zeugenaussagen hat nämlich keine Anhaltspunkte dafür erbracht, daß die in der fraglichen Zeit in Berlin tätig gewesenen und noch lebenden Angehörigen des ehemaligen RSHA in strafrechtlich faßbarer und nachweisbarer Weise in die Ungarn - Aktion eingegriffen haben.

Bis zu dieser letzten Großaktion im Rahmen der sog. Endlösung der Judenfrage in Europa hatten Angehörige des ehemaligen RSHA, vor allem die des Judenreferats IV B 4 (später IV A 4 b) unter Eichmann, die Deportation der Juden aus den einzelnen Ländern des nationalsozialistischen Machtbereichs von Berlin aus geleitet. Dies ist durch eine große Zahl der im Zuge der Vorermittlungen erfaßten Dokumente belegt.

Nach Ungarn dagegen begab sich Eichmann, persönlich, um an Ort und Stelle die gegen die Juden beabsichtigten Maßnahmen zu leiten. Mit dem für diese Aufgabe eigenst zusammengestellten sog. " SEK - Eichmann " traf er am 20. 3. 1944, dem Tag der Besetzung Ungarns durch deutsche Truppen, in Budapest ein. Er hatte den Befehl, den Abtransport der bis dahin weitgehend unbehelligt gebliebenen Juden in Ungarn in die Wege zu leiten und technisch abzuwickeln. Als Leiter des SEK unterstand er unmittelbar dem Befehl seiner Vorgesetzten vom RSHA.

Der in Budapest stationierten Stammmannschaft des SEK gehörten neben Eichmann selbst 6 weitere Sachbearbeiter an, unter ihnen der Verkehrsexperte N o v a k und HStuf Hunsche von Eichmann's Judenreferat im RSHA. Die übrigen Mitglieder waren Eichmann von anderen Dienststellen beigegeben worden. Weitere Angehörige des SEK - Eichmann arbeiteten in Außenstellen über Ungarn verteilt.

Dieser zahlenmäßig kleinen Expertengruppe gelang es, von Ende April bis Anfang Juli 1944 fast 440 000 Juden in Ungarn verhafteten und nach Auschwitz transportieren zu lassen. Sie leitete dabei die mit den eigentlichen Maßnahmen befaßten ungarischen Behörden und Polizeikräfte an und sorgte dafür, daß das erforderliche Transportmaterial zur Verfügung stand.

Die Schnelligkeit und Zielstrebigkeit, mit der Eichmann in Ungarn an die Arbeit ging, und die es ihm trotz aller

technischen Schwierigkeiten ermöglichte wenige Wochen nach seinem Eintreffen in Budapest bereits die Massentransporte nach Auschwitz anlaufen zu lassen, zeigen, daß er von Anfang an mit genauen Anweisungen versehen gewesen sein muß.

Da Eichmann als Leiter des Ref. IV A 4 b RSHA selbst in Ungarn war, können ihm auch in der Folgezeit erforderliche Befehle nicht von den ihm untergeordneten Angehörigen seines Referats, sondern lediglich von seinen Dienstvorgesetzten Kaltenbrunner und Müller erteilt worden sein. Durch Zeugenaussagen ist belegt, daß Eichmann während der Ungarn - Aktion wiederholt zu Besprechungen mit letzteren in Berlin war. Diese dürften mit Sicherheit dazu gedient haben, solche Weisungen einzuholen.

Auf Grund der vorhandenen Unterlagen kann auch nicht festgestellt werden, daß sich das Referat IV A 4 b - immerhin war Eichmann's Stellvertreter Rolf Günther in Berlin geblieben - oder eine andere Gruppierung im RSHA unterstützend in die Deportation der Juden aus Ungarn eingeschaltet hat. Weder Dokumente noch Zeugenaussagen geben dafür irgendwelche Hinweise.

Es ist überhaupt auffällig, wie wenige Schriftunterlagen des oder an das RSHA aufgefunden werden konnten, die sich mit den Juden Ungarns befassen. Die wenigen wiederum haben bezeichnenderweise nicht etwa die Abschiebungen als solche, sondern vielmehr Ausnahmeregelungen, Einzelfälle und das bekannte Projekt "Juden gegen Lastwagen" zum Gegenstand.

Wenn man angesichts dieser Umstände berücksichtigt, daß Eichmann seine Fachleute Novak und Hunsche aus Berlin mitgebracht hatte und ihm außerdem mit Krumey und Wisliceny u.a. in Judensachen keineswegs unerfahrene Personen zur Verfügung standen, so liegt der Schluß nahe, daß nicht etwa vorhandene Unterlagen nur lückenhaft erfaßt worden sind. Dies beweist vielmehr folgerichtig, daß er offenbar die ihm gestellte Aufgabe mit den ihm zur Verfügung stehenden Kräften an Ort und Stelle ohne Einschaltung seiner Berliner Dienststelle erfüllen konnte.

Dieses Ergebnis deckt sich im übrigen mit den Erkenntnissen, die die Sta Ffm und vor allem der Untersuchungsrichter LGR Schneider beim LG Ffm im Laufe der bereits seit Jahren andauernden Ermittlungen in den Verfahren 4 Ks 1/63 ./ . Krumey und Hunsche und 4 Js 1017/59 (Ungarnverfahren) gewonnen haben. Insbesondere der Untersuchungsrichter teilte mit, er habe keinerlei Anhaltspunkte dafür feststellen können, daß Angehörige des RSHA von Berlin aus an der Ungarn - Aktion mitgewirkt haben, wenn man davon absehe, daß Kaltenbrunner und Müller Eichmann Weisungen erteilten.

Die übereinstimmenden Erkenntnisse in Berlin und Ffm machen deutlich, daß ein anderes Ergebnis auch bei weiteren Ermittlungen wohl nicht zu gewinnen sein wird.

Gegen Krumey und Hunsche ist kürzlich Urteil ergangen. Soweit das in Frankfurt anhängige Verfahren früher auch Novak betraf, ist es von der StA Wien zu 27 Vr 529/61 übernommen worden. Novak wurde dort, wenn auch anscheinend nicht wegen seiner Tätigkeit in Ungarn, verurteilt. Hunsche und Novak sind darüber hinaus auch Beschuldigte in diesem Verfahren 1 Js 1/65 (RSHA).

Im übrigen erscheint es ausgeschlossen, daß ein Angehöriger der überhaupt für Judenmaßnahmen in Betracht kommenden Referate des RSHA, lediglich aus der Ungarn - Aktion belastet werden könnte. Es kann mit Sicherheit davon ausgegangen werden, daß diese Personen sämtlich bereits Beschuldigte im Verfahren 1 Js 1/65 (RSHA) sind, da das RSHA die Zentrale der Judenverfolgung für den gesamten nationalsozialistischen Machtbereich war.

Aus diesen Gründen schlage ich vor, den Komplex Ungarn ohne weitere Ermittlungen abzuschließen.

- 2) Herrn Leiter der Arbeitsgruppe zur Kenntnis.
- 3) Wv. alsdann

Berlin 21, den 11. 2. 1965
Schn 

1 Js 1/65 (RSHA)

Vfg.

bitte folgende Akten erfordern :

~~HtA München II~~ 10a Js 39/60 ./. K.Wolff ✓

~~StA Hamburg~~ 141 Js 846/61 ./. Allers u.a. ✓

141 Js 1957/62 ./. Hoffmann u.q.s. ✓

141 Js 1312/63 ./. Becker ✓

~~Zentralstelle Dortmund~~

45 Js 14/62 ./. Weihrauch u.a. ✓

45 Js 16/62 ./. Auerswald ✓

45 Js 1/64 ./. Salzmann u.a. ✓

45 Js 3/64 ./. Meyer u.a. ✓

45 Js 27/63 ✓

45 Js 1/62 ./. Dr. Losacker ✓

45 Js 6/63 ./. Rehdantz u.a. ✓

~~StA Wiesbaden~~ 6 Js 2/62 ./. F.W. Krüger ✓

6 Js 935/62 " " ✓

8 Js 370/60 ./. Schubert ✓

~~StA Darmstadt~~ 2 Js 1006/58 ./. Brand u. Tumann ✓

2 Js 1017/58 ./. Globocnik ✓

2 Js 1047/58 ./. Ernst Thomas ✓

~~StA Augsburg~~ 7 Js 383/60 ./. Liebscher u.a. ✓

~~StA Hannover~~ 2 Js 431/56 ./. Ritter ✓

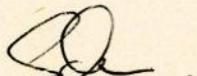
2 Js 148/61 ./. Keuck u.a. ✓

~~StA Hanau~~ 4 Js 341/59 ./. Degenhardt ✓

~~StA Lüneburg~~ 2a Js 551/59 ./. Degenhardt u.a. ✓

Mit Anschreiben nach beiliegendem Muster bitte ich jede Akte
gesondert anzufordern.

Bln., den 25.1.1965



11. FEB. 1965 Le
22 Schl. w. Formbl. + ab

Der Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht

1 Berlin 21, den 11. November 1964
Turmstraße 91

- Arbeitsgruppe -

Fernruf 35 01 11 App. 247

~~1 AR 123/63~~ 1 X 1/65 (RSWA)
~~Sachkomplex I~~

32

An die
Staatsanwaltschaft

Um beschleunigte Übersendung

der Akten (mit eventuell durch angelegten Dokumentenstücken, Neben-
ganden und Beistücken)

wird gebeten.

Sofern die Akten nicht entbehrlich sein sollten, wird um
Mitteilung des derzeitigen Sachstandes sowie um Übersendung
der Anklage- und Urteilsabschrift bzw. Abschrift der Schluß-
verfügung gebeten. Für beschleunigte Erledigung wäre ich
dankbar.

Im Auftrage
Schneider
Assessor

Begläubigt

Justizangestellte

Le

1 Js 1/65 (RSHA)

Vfg.

bitte folgende Akten erfordern :

StA München II 10a Js 39/60 ./ . Wolff

StA Hamburg 141 Js 846/61 ./ . Allers u.a.
 141 Js 1957/62 ./ . Hoffmann u.a.
 141 Js 1312/63 ./ . Becker

30.50
30.55

Zentralstelle Dortmund

45 Js 14/62 ./ . Weihrauch u.a.
 45 Js 16/62 ./ . Auerswald
 45 Js 1/64 ./ . Salzmann u.a.
 45 Js 3/64 ./ . Meyer u.a.
 45 Js 27/63
 45 Js 1/62 ./ . Dr. Losacker
 45 Js 6/63 ./ . Rehdantz u.a.

30.48
30.56
30.56 /
30.65 /66 +
30.65 /66

StA Wiesbaden 6 Js 2/62 ./ . F.W. Krüger
 6 Js 935/62 " "
 8 Js 370/60 ./ . Schubert

30.40
30.45
30.41

StA Darmstadt 2 Js 1006/58 ./ . Brand u. Tumann
 2 Js 1017/58 ./ . Globocnik
 2 Js 1047/58 ./ . Ernst Thomas

30.37 15
+ 1
+ 55

StA Augsburg 7 Js 383/60 ./ . Liebscher u.a.

30.57

StA Hannover 2 Js 431/56 ./ . Ritter
 2 Js 148/61 ./ . Keuck u.a.

+ 30.46
Hm Rechts vorgelegt 22.3.65

StA Hanau 4 Js 341/59 ./ . Degenhardt

StA Lüneburg 2a Js 551/59 ./ . Degenhardt u.a.

+ 30.152

18s 1/65 (RSA)

34

✓

✓ 1/ Sie schreiben an STA Düsseldorf 2. Kd. von STA Walden:

BStA.: Datiges Az. 45 gs 27/63 - 16 Ks 1/63 STA Baden

Besieg: Ihr Schreiben vom 8.2.65

Soll getroffene VEV Kollege

ich beständig hiermit dankend den Eingang
Ihres o.a. Schreibens in dem Sie die Beifügung
einer handschriftl. Abschrift v. Rache erwähnen. Offen-
sichtlich ist dies Stück ein Vorsatz und nicht
geschrieben. Auf ich dabei nochmals darum
bitte mit einer solche Abschrift überreichen zu
wollen.

2/ mit ✓ der handschriftl.

15. FEB. 1965 P. 13/2 Hochachtungs will
en) Sch. P. 13/2 i. A. Schneid
(dresses)

34a

Urschr. mit 1 Anlage

der Geschäftsstelle
der Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht

1 Berlin 21

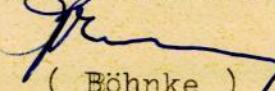
Turmstr. 91

zu 1 Js. 1 - 65 (RSHA) übersandt.

Die Anlage wurde versehentlich dem hiesigen Schreiben
vom 8. 2. 1965 nicht beigefügt.



Dortmund, den 17. 2. 1965
Geschäftsstelle 45
der Staatsanwaltschaft
- Zentralstelle -


(Böhnke)
Justizangestellter.

12. Februar 1965

35

1 Js 1/65 (RSHA)

An die
Staatsanwaltschaft

z.Hd. von Herrn
Staatsanwalt Walden

46 Dortmund

Betrifft: Dortiges Aktenzeichen 45 Js 27/63 - 16 Ks 1/63
StA. Bochum

Bezug: Ihr Schreiben vom 8. Februar 1965

Sehr geehrter Herr Kollege,

ich bestätige hiermit dankend den Eingang Ihres o.a. Schreibens, in dem Sie die Beifügung einer Urteilsabschrift gegen Blache erwähnen. Offensichtlich ist dies durch ein Versehen aber nicht geschehen. Darf ich daher nochmals darum bitten, mir eine solche Abschrift übersenden zu wollen.

Hochachtungsvoll
Im Auftrage

(Schneider)
Assessor

Le

**Der Leiter der Zentralstelle im Lande Nordrhein-Westfalen
für die Bearbeitung von nationalsozialistischen Massenverbrechen
bei dem Leitenden Oberstaatsanwalt in Dortmund**

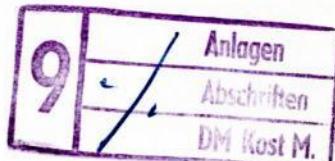
36

Geschäfts-Nr.: 45 Js 41/61

Bitte bei allen Schreiben angeben!

46 Dortmund, den
Saarbrücker Straße 5-9
Fernruf 527821-29
Postfach
Fernschreiber 0822451

11.2.1965



An den
Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht

1 Berlin West 21
Turmstraße 91

Betrifft: Dortiges Ermittlungsverfahren 1 Js 1/65 (RSHA)

Bezug: Dortiges Schreiben vom 27. Januar 1965
 - 1 Js 1/65 -

Das hier anhängige Ermittlungsverfahren 45 Js 41/61 richtet sich gegen Angehörige der Gestapodienststelle Neu-Sandez Distrikt Krakau sowie der im Raume Neu-Sandez stationiert gewesenen Gendarmerie.

Unmittelbare für das dortige Verfahren bedeutsame Erkenntnisse über die Einschaltung und Mitwirkung des RSHA bei den Judenvernichtungsmaßnahmen haben sich in dem hiesigen Verfahren nicht ergeben. Nach den Angaben der Angeschuldigten und Zeugen sind die Befehle und Anordnungen zur Tötung der Juden zum Teil unmittelbar durch den SSPF Krakau, in anderen Fällen über den KdS Krakau erteilt worden. Dem weiteren Befehlsweg zu oberen Dienststellen ist im hiesigen Verfahren nicht nachgegangen worden.

Die Voruntersuchung ist geschlossen. Ich bin z.Z. mit der Fertigung der Anklageschrift gegen 16 Angeschuldigte befaßt.

Im Auftrage:

Walden
(Walden)

Staatsanwalt

2. F. 1006/58

37

A. R.

Ihr Ersuchen

vom 25. 1. 1965 Aktenz. 1 und 1/65 (R&E)

betr. Brand in Tünnaw

haben wir — zuständigkeitsshalber — an die Staatsanwaltschaft in
Hamburg zu 141 F. 107/60 zur — weiteren — Erledigung abgegeben.
Die letzte Sache erfolgte am 14. 1. 1960

Darmstadt, den 15. Feb. 1965

Geschäftsstelle 2 der Staatsanwaltschaft

Perschke, Just. h.c.

S. 53 (Zugleich AG. 17 u. AA. 20)

Meldicht von Abgabe eines Ersuchens an eine andere Behörde

Strafanstalt Darmstadt

(5. 63 5000)



Der

Generalstaatsanwalt

bei dem

Landgericht

Darmstadt

POSTKARTE

Herrn

Generalstaatsanwalt

bei dem Kammergericht
- Arbeitsgruppe

1 Berlin 21

Mostr. 91



DEUTSCHE
BUNDESPOST

015

1 Gy 1165 (RSMA)

38

Yg

1) zu stellen an die Osts. polizei Behörde
in Kempten:

BKA: Heinz Mayr, gg. am 23. 3. 13
in Wallerstein/OB

Das BKA teilte mir mit def. ein Mayr,
bei dem es sich um den Obmannunter
Beauftragten handelt, am 11. 8. 1954 wegen falscher
Kameradschaft in Kempten od. Beauftragt
worden ist. Daf ich eine Mitteilung bitten
B def. der obereigene Schriftsteller der Mayr
bekannt ist und B das damalige W-

Palmen irgendwelche Besonderheiten hinricht
Ach ~~die~~ dessen Tätigkeit zwischen 1933 -
und 1945 gemacht hat. Ggf ebenfalls bitte
ich um eine Artige Übersendung der
Betreffenden Akten.

27

i.A
D 15.2.65 Sohn (abgesetzt)

16. FEB. 1965 L
zu 1) Sht. 2 x

15. Februar 1965

35

1 Js 1/65 (RSHA)

An die
Ortspolizeibehörde

896 Kempen

Betrifft: Heinz Mayr, geboren am 23. März 1913 in
Weilheim/Obb.

Das BKA teilte mir mit, daß ein Mayr, bei dem es sich um den Obengenannten handeln könnte, am 11. August 1954 wegen falscher Namensführung in Kempten ed-behandelt worden ist. Darf ich um Mitteilung bitten, ob dort der derzeitige Aufenthalt des Mayr bekannt ist, und ob das damalige Verfahren irgendwelche Erkenntnisse hinsichtlich dessen Tätigkeit zwischen 1933 und 1945 gebracht hat. Gegebenenfalls bitte ich um kurzfristige Übersendung der betreffenden Akten.

Im Auftrage
Schneider
Assessor

Le

DER OBERSTAATSANWALT

bei dem Landgericht

- 6 Js 935/62 -

62 Wiesbaden, den 15. Februar 1965
Telefon: 5 93 21

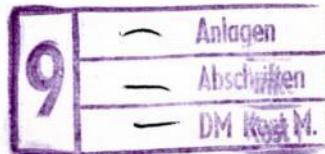
40



An den
Herrn Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
- Arbeitsgruppe -

1 Berlin 21

Turmstraße 91



Betr.: Verfahren gegen Krüger (NSG).

Bezug: Dortige Anfrage vom 25.1.1965 - 1 Js 1/65 (RSHA).

Die Akten sind z.Zt. nicht entbehrlich. Das Verfahren steht kurz vor dem Abschluß. Es wird voraussichtlich eingestellt werden. Die Ermittlungen haben sich im wesentlichen ^{auf} über die Frage erstreckt, ob der Beschuldigte Friedrich Wilhelm Krüger, früher HSSPF-Ost und Staatssekretär des Sicherheitswesens im GG, tatsächlich, wie immer behauptet worden ist, tot ist. Nach dem Ergebnis der Ermittlungen muß dies mit hoher Wahrscheinlichkeit angenommen werden. Vorsorglich habe ich die Verjährung unterbrechen lassen.

Im Auftrag

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Dr. Wagner".

Dr. Wagner
Staatsanwalt

DER OBERSTAATSANWALT
bei dem Landgericht
- 8 Js 1145/60 -



62 Wiesbaden, den 15. Februar 1965
Telefon: 5 93 21
41

An den
Herrn Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
- Arbeitsgruppe -

9	— Anlagen
	— Abschriften
	— DM Kost M.

1 Berlin 21

Turmstraße 21

Betr.: Hiesiges Verfahren gegen Schubert, 8 Js 370/60 (NSG).

Bezug: Dortige Anfrage vom 25.1.65 - 1 Js 1/65 (RSHA) -.

Das hiesige Verfahren 8 Js 370/60 ist mit dem Verfahren 8 Js 1145/60 verbunden worden. In dem Verfahren 8 Js 370/60 werden die Gewaltmaßnahmen der ehemaligen Angehörigen der Dienststelle des Kommandeurs der Sicherheitspolizei des SD in Lublin sowie der Außenstellen Colm und Zamosc untersucht. Die Akten sind z.Zt. nicht entbehrlich, umfassen außerdem jetzt 55 Bände und ca. 30 Leitzordner mit Beiakten und Dokumenten.

In dem Verfahren ist die gerichtliche Voruntersuchung schon vor längerer Zeit geschlossen worden. Die Staatsanwaltschaft bereitet die umfangreiche Anklageschrift vor. Wegen weiterer Einzelheiten des Verfahrens darf ich auf meinen Voruntersuchungsantrag vom 26. 3. 1962 verweisen, von dem ich mit Schreiben vom 24. 9. 1964 zu dem dortigen Verfahren 1 AR (RSHA) 210/64 einen Abzug und mit Schreiben vom 19. 11. 1964 zwei weitere Abzüge übersandt habe. Inzwischen sind sämtliche Überstücke des Voruntersuchungsantrages vergriffen.

Im Auftrag

Dr. Wagner
Dr. Wagner
Staatsanwalt

1. § 1/05 (RSKA)

42

2/

1) alte Pferde

Viehsehungsstellen

Georg Schubel

AG Tiergarten 8 II 126/54

2) Park nach Eingang

Bl. 15.2.65

Sch.

zu 1) H. eft.

18. Feb. 1965
He

Bl. 24.2.65
Sch. 89/81

**DER OBERSTAATSANWALT
bei dem Landgericht**

Az.: 4 Js 1017/59

Ihr Zeichen:

15. Februar 1965
43

6 FRANKFURT (MAIN),
Postfach 2745
Telefon: 28671
Heiligkreuzgasse 34

An den
Herrn Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
- Arbeitsgruppe (BSHA) -
- zu Händen von Herrn Assessor Schneider -

B e r l i n 21
Turmstraße 91

Betrifft: Endlösung der Judenfrage in Ungarn.

Bezug: Besprechung vom 1. und 4. Februar 1965.

Anlagen: 1 Aktenvermerk,
8 Fotokopien.

Sehr geehrte Herr Kollege!

Als Anlage übersende ich Ihnen eine Durchschrift des Vermerks
über die mit Ihnen geführten Besprechungen sowie die erbetenen
Ablichtungen aus den Unterlagen des Auswärtigen Amtes.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Im Auftrag:

Wagner
(Wagner)
Staatsanwalt

1 gs 1165 (RSUA)

Vf.

44

✓ zu schreiben an STA Düsseldorf
3. Hl. von STA Dr. Schermer

Betr.: Datiges K. 45 gs 27/61 -/1. Betreut in a.

Berüg: Ghs Schreiben vom 3.2. 1965

Soll geleistet von Kollege

ich bestätige hiermit dankend den Pfleiß des
o.e. Schreibens und der Beigefügten Mitlage-
schrift. Auf die Fragen, ob ich sie für meine
Arbeiten aufbehalten kann, oder ob sie dort weck
benötigt wird.

Weiterhin wäre ich dankbar wenn mir ob

Sandstrand - die dortigen Ritter fü^hrten wenige
Wage zur Einsicht überreicht werden könnte.
D enthielt offenbar einige die nicht vorliegenden
Dokumente die die Ritter Reinhard Le-
tzeffren ~~Rückgabe~~

Kontrollierungswall
i.A

Bn. 17265

Sturz
(versetzt)

St. 19.2.65 Seite
Surb. [redacted]

ver BD 63

1. § 1105 (RSGA)

45

P

~~Det. 300~~

✓ 1.) Ralle spazieren

Wackensteins Alten Ralle

4 II 32-49 AG Detmold - Hörde

2.) Verl. nach Einigung

Bu. 18. 2. 65



zu 1) H. eß.

19. Feb. 1965


18 1/65 (RSGA)

46

Von Schreiber an AG München Registered RS
Maria-Hilf-Platz:

In einem bei geführten Vermittlungswesen
ist mir Bekannt geworden dass ein
Wille Dienst geb. 1.1.1912, im Oktober
1944 am Untern.- u. Oberlaß Nürnberg -
Langdassel interniert gewesen ist. Ich
bitte um Mitteilung ob dort der gegenwärtig
tige Aufenthaltsort des Obengenannten Bekannt
ist und eine Nachricht wohin Dienst aus
dem Langdassel entlassen werden ist. Sollten

138

Sprachkanal mit Ihnen vorhanden sein darf
ich Ihnen die folgende Übersetzung bitten.

i.A.

Ber. 16.2.65 General
(Dressur)

ff. 19.2.65 Sil.
zu 1/5000. + al

1.8.1/65 (RSKA)

47

J 1.) zu schreiben an ^{Wg.} Ortspolizeibehörde
in Seeß / Ostpreisland:

In einem hier geführten Ermittlungsverfahren
ist bekannt geworden, daß ein Hans Bürges
geb. 2.1.1902 in Berlin früher wohnhaft gewesen
in Berlin - Steglitz ~~Berolin-West~~ Berlinische Str. 10,
im Jahre 1944 die Wohnung hatte in Seeß
wohnung zu nehmen, wo sein Vetter
Heini Bürges in der Spreeinsel gg wohnte.
Die Bitte um Aufklärung ob Hans Bürges
in Seeß wohnt bzw. gewohnt hat und

gegebenfalls um die Wahl seines Wettigen
zu bestimmen, ~~noch~~ nach dem ich später -
gegebenfalls auch den ~~benannten~~ Name
Brüder zu fragen bitte.

i.A.

Dtu. 16.2.65 Schmid
(abressal)

get. 19.2.65 S. 9
zu 1/ Stob. + 20

er. 26.2.65
Sle.

48

Der Leiter der Zentralstelle im Lande Nordrhein-Westfalen
für die Bearbeitung von nationalsozialistischen Massenverbrechen
bei dem Leitenden Oberstaatsanwalt in Dortmund

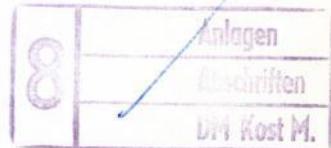
Geschäfts-Nr.: 45 Js 16/62

Bitte bei allen Schreiben angeben!

46 Dortmund, den 18.2.1965

Saarbrücker Straße 5-9
Fernruf 52 78 21-29
Postfach
Fernschreiber 08 22 451

An den
Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
- Arbeitsgruppe -
1 Berlin 21
Turmstraße 91



Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen den Rechtsanwalt
Heinz Auerswald aus Düsseldorf wegen Mordes

Bezug: Schreiben vom 25. Januar 1965

Vorgänge dort bei 1 Js 1/65 (RSHA)

Auf vorbezeichnetes Schreiben bedauere ich, dem Er-
suchen um Aktenübersendung nicht entsprechen zu
können, da die Vorgänge hier z.Z. nicht entbehrlich
sind.

Im hiesigen Verfahren dauern die Ermittlungen noch
an. Sie haben bisher einen hinreichenden Tatverdacht
gegen den Beschuldigten nicht erbracht. Es stehen
jedoch noch die Aussagen weiterer, neu bekanntgewordener
Zeugen aus. Ferner bedürfen vier Aktenordner mit Ur-
kunden der Auswertung, die von dem Sachverständigen
Dr. von Krannhals und über den World Jewish Congress
in New York besorgt worden sind.

Im Auftrage:

Wertgen
(Wertgen)
Gerichtsassessor

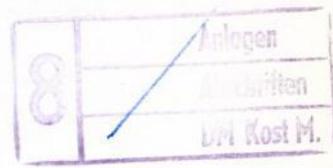
49
DER OBERSTAATSANWALT

bei dem Landgericht

- 6 Js 2/62 -

62 Wiesbaden, den 17. Februar 1965

Telefon: 5 93 21



An den
Herrn Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
- Arbeitsgruppe -

1 Berlin 21

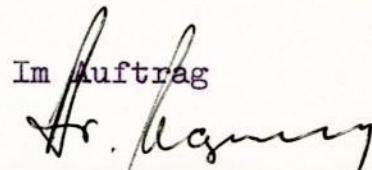
Turmstraße 91

Betr.: Verfahren gegen Krüger (NSG).

Bezug: Dortige Anfrage vom 25.1.1965 - 1 Js 1/65 (RSHA) -.

Die Akten sind zur Zeit nicht entbehrlich. Das Verfahren steht kurz vor dem Abschluß. Es wird voraussichtlich eingestellt werden. Wegen des Inhalts darf ich auf mein Schreiben vom 15. 2. 1965 - 6 Js 935/62 - zu dem dortigen Verfahren 1 Js 1/65 verweisen.

Im Auftrag



Dr. Wagner
Staatsanwalt

**Der Leitende Oberstaatsanwalt
bei dem Landgericht Hamburg**

Geschäfts-Nr.: 141 Js 1957/62

Bitte bei allen Schreiben angeben!

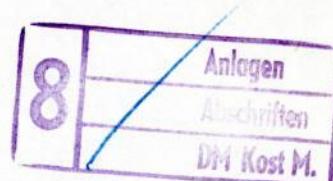
2 Hamburg 36, den 17. Februar 1965

Strafjustizgebäude, Sievekingplatz 3

Fernsprecher 34 10 9 714

Behördennetz 9.43 (")

50



An den
Herrn Generalstaatsanwalt
- Arbeitsgruppe RSHA -
bei dem Kammergericht

1 Berlin 21
Turmstraße 91

Betr.: Ermittlungsverfahren gegen Hoffmann u.a.
wegen Beihilfe zum Mord.

Bezug: Ihr Schreiben vom 25.1.1965 - 1 Js 1/65 (RSHA).

Auf Ihr vorgenanntes Schreiben teile ich Ihnen mit,
daß die Akten hier nicht entbehrlich sind. Die Er-
mittlungen der Staatsanwaltschaft gegen 15 Beschuldigte
sind im wesentlichen abgeschlossen. Gegen diese Be-
schuldigten wird noch in diesem Monat Antrag auf Er-
öffnung der Voruntersuchung gestellt werden, gegen wei-
tere 320 Beschuldigte wurde das Verfahren abgetrennt.

Im Auftrage:

Danker
(Danker)
Staatsanwalt

Ha
51
Der Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
- Arbeitsgruppe -

1 Berlin 21, den 25. Januar 1965
Turmstraße 91
Fernruf: 35 01 11 App. 247

1 Js 1/65 (RSHA)

An die
Staatsanwaltschaft

2 Hamburg



Um beschleunigte Übersendung
der Akten 141 Js 1312/63
(mit eventuell dort angelegten Dokumentenbänden,
Nebenbänden oder Beistücken)
gegen Becker
wird gebeten.

Sofern die Akten nicht entbehrlich sein sollten, wird um
Mitteilung des derzeitigen Sachstandes sowie um Übersendung
der Anklage- und Urteilsabschrift bzw. Abschrift der Schluß-
verfügung gebeten. Für beschleunigte Erledigung wäre ich
dankbar.

Im Auftrage
Schneider
Assessor

Begläubigt
Leibl
Justizangestellte

Sch

6	Anlagen
	mitgetragen
	Post M.

K

Ursprünglich

an den Generalstaatsanwalt
beim Kammergericht
- Arbeitsgruppe -



- Berlin -

zurück. Das Ermittlungsverfahren ist noch nicht abgeschlossen; die Akten sind daher nicht entbehrlid.

Hamburg, den 18. FEB. 1965
Der Ertendie Oberstaatsanwalt
bei dem Landgericht
Im Auftrage

Kracauer

1 Jg 1/65 (RSKA)

52

zu schicken an die ^{VR} Sitzende Stelle in Ludwigshafen:

Besiegeln und auf Ziff. 96/64 des dortigen Rundschreibens vom 15. 10. 1964 darauf hinzu schicken, daß ich eine rechtzeitige Besichtigung eines Exemplars des von Dr. von Kambach mit Gedenkverfügung im Generalstaatsarchiv erstatteten Gutachtens mit Besichtnahme bitten. Abschließende Rückgabe solle ich zu-

i.A.

Schneid
(obsessat)

ff. 23.2.64 Ser

2 SAB. f.a.e

+ 31/52

1. Februar 1965 (RSKA)

53

U.P.

Um zu schreiben an Staatsanwalt Harbach:

Bsp.: Orlitz, Kurt (R. Orlowski) - Reg. Nr. 7/48.

Der Hengstmann Kurt Orlitz soll am 11.5.48
verstorben und sein Tod dem Staatsanwalt
Horbach unter Reg. Nr. 7/48 bewilligt sein.
Falls dies zutrifft, bitte ich um baldmöglichste
Überprüfung und Sterbeurkunde.

i.A

Dm. 15.2.65

Schmid
(obsessa)

44.22.2.65503
Schmid + ab

etf

19. 1/65 (RS&H)

54

UR

Sie schreiben an Stadtsenat Hoffheim/Rhein.

Betr.: Hans Berg, geb. 29.3. 1901 in Berlin

Die Obengenannte Hans Berg soll am
1.7. 1957 verstorben und der Tod dort
unter Reg. Nr.: 114/1957 Bekanntet sein.
falls dies zutrifft, bitte ich um bald-
möglichste Übersendung einer Sterbeurkunde

BR

Stenck (Assessor)

15.2.65

gff. 19. 2. 65 SG
~~Stenb. + ab~~

RL. RL. Q

Der Oberstaatsanwalt
bei dem Landgericht Darmstadt

- 2 Js 1o47/58 -

(Aktenzeichen im Schriftwechsel angeben)

An den
Herrn Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht

1 - Berlin - 21
Turmstr. 91

61 DARMSTADT, den 15.2.65
Mathildenplatz 14
Durchwahl: 81/ 840
Sammelruf: 811



Betr.: Ermittlungsverfahren gegen Ernst Karl Thomas zul. Buchholz-Dippersdorf, wegen Mordes-

Bezug: Ihr Schreiben vom 25.1.1965 - 1 Js 1/65 (RSHA) -

Als Anlage übersende ich Ihnen die Akten zur Einsichtnahme. Ich bitte um baldige Rückgabe der Akten, damit die Verjährung rechtzeitig unterbrochen werden kann.

Auf Anordnung
(Ewald, Justizhauptsekretär) / Rt

3.A teuren

W. ist sehr

22.3.65
SD

37 gest. Lee
23. Feb. 1965
Lad

Versatz: Rn. (Ernst Karl geb. 10.5.1900 in
Dresden / Sachsen) KK. soll als
Gestapochef in Kielce (Polen) im
Sommer 1942 Zucker für verbliebe-
re belietter Leichen deportiert und im
bekannt.

Keine Anklagen für hierige W -
Polen.

**Der Leiter der Zentralstelle im Lande Nordrhein-Westfalen
für die Bearbeitung von nationalsozialistischen Massenverbrechen
bei dem Leitenden Oberstaatsanwalt in Dortmund**

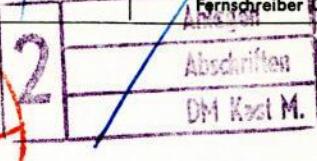
Geschäfts-Nr.: 45 Js 3/64

Bitte bei allen Schreiben angeben!

56
18.2.1965

46 Dortmund, den
Saarbrücker Straße 5-9
Fernruf 5278 21-29
Postfach
Fernschreiber 08 22 451

3 P(K)



An den
Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
-Arbeitsgruppe-

1 Berlin 21

Turmstrasse 91

Betrifft: Verfolgung nationalsozialistischer
Gewaltverbrechen

Bezug: Dortiges Schreiben vom 25.1.1965
 - 1 Js 1/65 (RSHA) -

Die Akten gegen Meyer u.A. sind nicht entbehrllich und werden noch längere Zeit benötigt. Die Ermittlungen befinden sich im Anfangsstadium. Abschliessende Verfügungen sind daher noch nicht ergangen. Ich bedauere, Sie im Augenblick nicht weiter unterstützen zu können.

Im Auftrage

(Barbrock)
Staatsanwalt

STAATSANWALTSCHAFT
bei dem Landgericht
AUGSBURG

7 Js 383/60 a-d



AUGSBURG, den 16. Febr. 1965
89 Augsburg 1 Grottenau, Althofbach
Fernruf 21921 - 21928

57

An den

Herrn Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht

1 Berlin 21

Turmstr. 91

- Arbeitsgruppe -

9	Anlagen
	Abschriften
	DM Kost M.

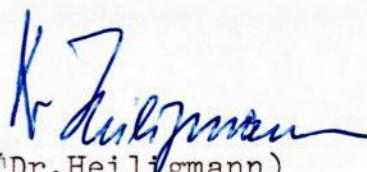
Betreff: Ermittlungsverfahren gegen N. Liebscher u.a.
wegen Mordes (NSG)

Zur Anfrage vom 25.Januar 1965 - 1 Js 1/65 (RSHA)

Dem Ersuchen um Übersendung der Akten vermag ich nicht zu entsprechen.

Die Ermittlungen nach dem Aufenthalt der Beschuldigten und die Untersuchung der ihnen zur Last gelegten Straftaten im Distrikt Warschau werden zur Zeit noch von der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg (unter Aktenzeichen 11 AR - Z 14/63 und 11 AR - Z 362/59) geführt. Dort befinden sich auch die einschlägigen Akten.

In Hinblick auf die drohende Verjährung der Strafverfolgung dürften die Akten derzeit kaum entbehrlich sein.


(Dr. Heiligmann)
Erster Staatsanwalt

1 Js 1/65 (RSHA)

Vfg.

V e r m e r k :

In der Vernehmung vom 18. Februar 1965 hat die Zeugin Eva Schmid (Psch 57) einen Regierungsrat Scholz als Vorgänger von Dr. Plötz und Leiter der Attachégruppe bzw. der Vorgängerreferate genannt. Sie hat angegeben, Regierungsrat Scholz sei später zum Reichsluftfahrtministerium gegangen. Aus den DC-Unterlagen betreffend Christian Scholz (Psch 95) ergibt sich, daß dies offenbar der Genannte ist. Er ist am 26. April 1941 zum Reichsluftfahrtministerium beraubt worden. Als Beschuldigter kommt Scholz für 1 Js 1/65 (RSHA) nicht in Betracht, da er bereits im April 1941 aus der Attachégruppe ausgeschieden ist. Im übrigen ist er auch angeblich für tot erklärt worden.

Berlin, den 17. Februar 1965

Schneider *Sch*
Assessor

1 § 1/65 (RSA)

59

1.) zu streiken mit 2 Durchschlägen:

Werk: In der Verleumung vom 18. 2. 1965

hat die Tochter Eva Schulte (Ps. 57) einen
RR Schult als Vorgänger von Dr. Röte und
Seine Wachgruppe bzw. der Vorgängergruppe
genannt. Sie hat angegeben RR Schult sei
später zum Reichsluftfahrtministerium gegangen.
Dass den DC-Urkunden Prof. Christian Schulte
(Ps. 95) steht sich das dies offenbar da
genannte tot. Er ist am 26. 4. 1941 zum
Reichsluftfahrtministerium überliefert worden.
Als Beschrifteter kommt Schult für 1 § 1/65
(RSA) nicht in Betracht, da er bereits um

April 1941 aus der Attackegruppe ausgeschickte
ist. Sie rühen ist & auch angeblich für tot
erklärt werden.

- 2/ ~~Verlust d. Pz~~ Durchschlag
mit verlegen
- 3/ je Durchschlag des Brunnens
zu PzKpfw 38 zu PzKpfw 57
nehmen.

Ber. 25.2.1965

SD.

24.25.2.65 SD
zu 1/Reisner. 3x

1 § 1/65 (RSA)

60

zugängl.
22/2. K

✓ 1) als weiteren Besitztäger zu 1 § 1/65
(RSA) einzutragen

Hans-Joachim Müller (II B 4)

2/ Wo.

Dr. 15. 2. 65

Sch.

61

**Der Leiter der Zentralstelle im Lande Nordrhein-Westfalen
für die Bearbeitung von nationalsozialistischen Massenverbrechen
bei dem Leitenden Oberstaatsanwalt in Dortmund**

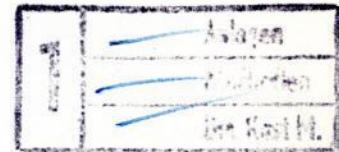
Geschäfts-Nr.: 45 Js 1/64

Bitte bei allen Schreiben angeben!

46 Dortmund, den 23.2.65
Saarbrücker Straße 5-9
Fernruf 5278 21-29
Postfach
Fernschreiber 08 22 451

An den
Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
- Arbeitsgruppe -
1 Berlin 21

Turmstraße 91



Betr.: Ermittlungsverfahren gegen Salzmann u.a.
wegen Beihilfe zum Mord.

Bezug: Aktenanforderung zum dortigen Aktenzeichen
1 Js 1/65 (RSHA) vom 25.1.1965

Die angeforderten Vorgänge sind zur Zeit nicht entbehrlich.
Die kriminalpolizeilichen Ermittlungen stehen unmittelbar
vor dem Abschluß. Anschließend werden Nachvernehmungen
durch den unterzeichneten Sachbearbeiter vorzunehmen sein,
bevor das Verfahren abgeschlossen werden kann.

Im Auftrage:

Heimeshoff

(Heimeshoff)
Gerichtsassessor

62

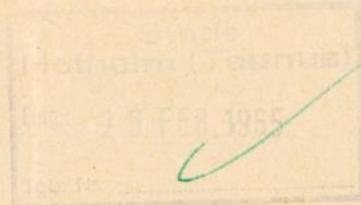
Der Generalsstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
- Arbeitsgruppe -

1 AR (RSHA) /64

1 Js 1/65 (RSHA)

1 Berlin 21, den 15.2.65 — 1964
Turmstraße 91
Fernruf 35 01 11 App. 247

An das
Standesamt



H o f h e i m / Taunus

In der Vorermittlungssache gegen Angehörige des ehemaligen
Reichssicherheitshauptamtes wird um Übersendung einer be-
glaubigten Abschrift der Sterbeurkunde betreffend
Franz Beyer

geboren am 29. März 1901 in Berlin
gebeten.

Soweit hier bekannt, soll Beyer am 1. Juli 1957 verstorben

und der Tod dort unter der Reg.-Nr. 114/1957
beurkundet sein

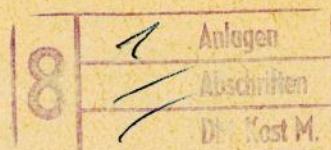
Auf Anordnung:

Grafe
Justizangestellte

Ne/Le

Der Standesbeamte

6238 Hofheim am Taunus, den 23. Feb. 1965



Urschr.

dem

Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht



Abschriftgruppe

1 Berlin 21
Turmstraße 91

mit der gewünschten beglaubigten Abschrift aus dem Sterbebuch Nr. 114
übersandt.

f, eeeeeee

Vf.

- ~~✓ 1.) Vf. G.S. Seite in d. B. nun entspr. Ergänzung
der Notizen~~
- ~~✓ 2.) Sterbebekündigung Begr. zum Personalheft Pg 69
nehmen.~~
- 3.) Vf. mit Dokument vorlegen

Bdr. 25.2.65
Sch.

In 1. bereits entspr. ergänzt

26.2.65 Uka.

6B

**Der Leiter der Zentralstelle im Lande Nordrhein-Westfalen
für die Bearbeitung von nationalsozialistischen Massenverbrechen
bei dem Leitenden Oberstaatsanwalt in Dortmund**

Geschäfts-Nr.: 45 Js 27/61

Bitte bei allen Schreiben angeben!

46 Dortmund, den 24.2.65
Saarbrücker Straße 5-9
Fernruf 52 78 21-29
Postfach
Fernschreiber 08 22 451

An den
Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht

1 Berlin 21

Turmstraße 91



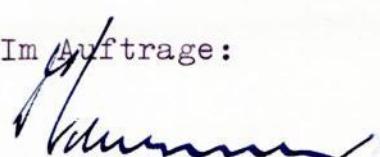
Betr.: Strafsache gegen Bolender u.A.

Bezug: Ihr Schreiben vom 17.2.65 - 1 Js 1/65 (RSHA) -

Der Ihnen übersandte Abdruck der Anklageschrift kann dort verbleiben.

Wegen der etwaigen Überlassung des Sonderbandes I darf ich Sie bitten, sich unmittelbar mit dem Vorsitzenden der Strafkammer III des Landgerichts Hagen/Westf. (Herrn LGDir. Müller) zu 45 Js 27/61 StA Dortmund = 11 Ks 1/64 StA Hagen in Verbindung zu setzen.

Im Auftrage:


(Dr. Schermer)
Staatsanwalt

64

**Der Leiter der Zentralstelle im Lande Nordrhein-Westfalen
für die Bearbeitung von nationalsozialistischen Massenverbrechen
bei dem Leitenden Oberstaatsanwalt in Dortmund**

Geschäfts-Nr.: 45 Js 27/61

Bitte bei allen Schreiben angeben!

46 Dortmund, den 3.2.1965

Saarbrücker Straße 5-9

Fernruf 5278 21-29

Postfach

Fernschreiber 08 22 451

3PK

An den
Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
- betr. RSHA -

l Berlin 21
Turmstr. 91



Betrifft: Strafsache gegen Bolender u.a.
wegen Mordes (Vernichtungslager
Sobibor / Polen).

Bezug: Ihr Schreiben vom 27.1.1965
- 1 Js 1/65 (RSHA) -

Anlage: Abdruck der Anklageschrift vom
30.6.1964 - 45 Js 27/61 - S.

Wunschgemäß übersende ich die Anlage.

Wegen der "Hintergründe" der "Aktion Reinhard"
(Vernichtungslager Belzec, Sobibor und Treblinka)
nehme ich auf Bl. 109 bis 143 der Anklageschrift
Bezug.

Weitere Erkenntnisse liegen nicht vor. Die Vor-
gänge werden für längere Zeit nicht entbehrlich
sein.

Im Auftrag:


(Dr. Schermer)
Staatsanwalt

65

Der Leiter der Zentralstelle im Lande Nordrhein-Westfalen
für die Bearbeitung von nationalsozialistischen Massenverbrechen
bei dem Leitenden Oberstaatsanwalt

Geschäfts-Nr.: 45 Js 6/63
Bitte bei allen Schreiben angeben!

46 Dortmund, den 25.2.1965
Saarbrücker Str. 5-9
Fernruf: 527821-29
Fernschreiber: 0822451
Postfach:

An den
Generalstaatsanwalt bei dem
Kammergericht -Arbeitsgruppe-

1 Berlin
Turmstraße



8	Anlagen
	Abschriften
	Dta Kost M.

Betriff: Ermittlungsverfahren gegen den Polizeihauptkommissar Carl Rehdantz in Essen -Bredeney, Wolfsbachweg 30, u.A. wegen Beihilfe zum Mord

Bezug: Ihr Schreiben vom 25.1.1965
- 1 Js 1/65 (RSHA) -

Anlage: Ablichtung der richterlichen Vernehmung Rehdantz in 45 Js 1/61 vom 25.7.1963

Gegenstand des Ermittlungsverfahrens ist die Mitwirkung des Polizeiregiments 26 bei der Räumung des Gettos von Bialystok im August 1943.

Während das II. und III. Bataillon des Regiments die äußere Absperrung des Gettos bildeten, waren das I. Bataillon ohne die 1. Kompanie und Teile des Regimentsstabes (Nachrichtenzug) im Innern des Gettos eingesetzt. Kommandeur des I. Bataillons war der damalige Major der Schutzpolizei und

- 2 -

jetzige Polizeihauptkommissar Carl Rehdantz.

Nach den Feststellungen wurde das Regiment auf dem Marsch von den Karpathen - es war dort gegen die Kolpak-Bande eingesetzt - nach dem Nordabschnitt der Ostfront in Bialystok angehalten und zur Mitwirkung bei der Räumung des Gettos herangezogen. Von wem der verstorbene Regimentskommandeur Oberst Strebblow den Befehl dazu erhalten hat, ist bisher nicht geklärt worden.

Da die Akten zur Zeit nicht entbehrlich sind, habe ich für die dortigen Vorgänge eine Ablichtung des Protokolls über die richterliche Vernehmung des Rehdantz in der Sache gegen Dr. Zimmermann (45 Js 1/61) beigefügt.

Im Auftrage:



(Schaplow)

Staatsanwalt

Der Oberstaatsanwalt
bei dem Landgericht Darmstadt

- 2 Js 1017/58 -

(Aktenzeichen im Schriftwechsel angeben)

An den
Herrn
Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht

1 - Berlin - 21
Turmstraße 91

61 DARMSTADT, den

Mathildenplatz 14

Durchwahl: 81/ 840

Sammelruf: 811

15.2.65

67
Q.



Betr.: Ermittlungsverfahren gegen Odilo Globocnik in Klagenfurt,
wegen Mordes -

Bezug: Ihr Schreiben vom 25.1.1965 (1 Js 1/65 (RSHA))-

Als Anlage werden Ihnen die Akten zur Einsichtnahme übersandt.

UR.
BA Neuen

BA 26.2.65

SD.

37 getr.
- 1. März 1965 le

Auf Anordnung

(Ewald, Justizhauptsekretär)

/ Rt

H 1 gs 1/65 (RSKA)

68

RF.

~~alt sch~~

1. Rille aus 8 S, gs 309/47 Bl. Bet. Stark
folgende Ablichtungen.

Bl. 1, 2, 4, 5, 10, 36, 37, 25, 26,

2. W. abschrauen mit
Pst G = 1AR(RSKA)
670/65

Da. 24. 2. 65

Sch.

RF.

BA trennen

Da. 26. 2. 1965

Sch.

BT gebe
26 FEB. 1965

**Geschäftsstelle
der Staatsanwaltschaft**
bei dem Landgericht Bielefeld

Geschäfts-Nr.: 9 Sp Js 309/47 Ber.

Bielefeld, den 12.2.1965
Postfach: 200
Fernsprecher: 6 32 41
Fernschreiber: 0 932 632

69

Auf das Schreiben vom 8.2.1965

- 1 Js 1/65 (RSHA) -

werden die Akten:

Walter Stark



mit der Bitte übersandt, sie nach Gebrauch wieder hierher zurückzugeben.

An
den Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht

Hörmann
(Hörmann)
Justizangestellter

B e r l i n 21
Turmstr. 91

1 Jg 1/65 (RS&A)

70

zu schreiben an das Landgericht Hagen / Westf.
Stoffkammert III z. Hd. von 27 Dis Mülle:

Bes.: Stoffsache gegen Boland u.a. vorstiges
Az. 45 Jg 27/61 STA Dortmund =
11 Ks 1/64 STA Hagen.

Sie geht der KN Sandgrundsicherheit
die führe unter dem Az. 1 Jg 1/65 (RS&A) ein
Gruftungsverfahren gegen frühere Angestellte des
deutschland Reichssicherheitschefs unterwegs
der Verdacht der Beteiligung an Maßnah-
men im Rahmen der sozialen Endlösung
der Judenfrage. Meine Gruftungen erstrecken
sich auch auf die Verbindung der Juden

in Polen die sog. "Patent Reinhardt".
~~Der Vertrag ist~~ ist bekannt geworden daß
in einem Schiedsgericht T der O.a. Staf-
fisten gegen Bobrukski u.a. Dokumente ent-
hatten sein sollen die die Patent Reinhardt
betreffen. Daß ich' aus diesem Grunde bitten
mit dem Schiedsgericht T nach Möglichkeit
für wenige Tage auf Einsicht zu überreden.
Die sicher einstellige Rückgabe zu.

Kontaktionsroll
i.A

Bln. 26.2.65

mit mir Unterschrift

Schweid
(Assessor)

gg. 2.3.65 Sch
Scne. M: 2/3.65 f

91

Vfg.

- ✓ 1. Herrn L. d. Arbeitsgruppe z.K.
✓ 2. zu schreiben an Staatsanwaltschaft München I z.Hd. von

StA Dr. Straßer :

Herausmittlungen gegen Angehörige des ehem. 2544 wegen kurter
hier <wie Anlage>

Betr.: Dertiges Az. 116 Js 36/64 v. Schöll

Bezug : Ihr Schreiben vom 19. 2. 1965 - 116 Js 36/64 -

Sehr geehrter Herr Kollege,

das an den Generalstaatsanwalt bei dem Landgericht in Berlin
gerichtete o.a. Schreiben ist mir zuständigkeitsshalber zur
Erledigung zugeleitet worden.

Auf Ihre Anfrage teile ich Ihnen mit, daß sich im Zuge der
hier geführten Ermittlungen keine Erkenntnisse bezüglich
Schöll ergeben haben. Unterlagen, die Ihre Ermittlungen
unterstützen könnten, liegen hier nicht vor.

3) PA.

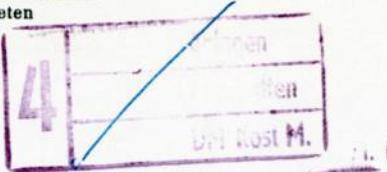
Hochachtungsvoll

ff. 25.2.65-Sch
zu 2) Schöll
Bm. 24.2.65
M. K.

i.A
Schneiders (obversal)

Aktenzeichen: 116 Js 36/64

Obiges Aktenzeichen bei Rückantwort erbeten



8 München 35, den

Postfach
Justizgebäude Maxburgstraße
(Fernruf: 55974)

19.2.1965

92

Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht München I

An die
Staatsanwaltschaft
bei dem Landgericht Berlin

1 Berlin-West
Turmstraße 91

26. FEB. 1965

S



26. FEB. 1965

3 P(K)

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen Schöll Franz Josef, geboren am 28.5.1915 in Klösterl/Böhmen, wohnhaft in München-Grünwald, Nördliche Münchner Straße 27 wegen Verdachts des Mordes (NSG) >

Ich habe auf Anzeige hin ein Ermittlungsverfahren gegen den ehemaligen Angehörigen des SS-Kavallerie-Regiments 5, Schöll, eingeleitet. Danach soll der Beschuldigte bei der Ermordung Admiral Canaris in Flossenbürg mitgewirkt haben. Ausserdem soll Schöll während eines 3-monatigen Aufenthalts im Konzentrationslager Auschwitz und später als "Sonderbeauftragter" des RSHA für Böhmen/Mähren, Ungarn und Kroatien bei Menschenvernichtungsaktionen mitgewirkt haben.

Ich bitte mir mitzuteilen, ob dort irgendwelche Erkenntnisse darüber vorhanden sind, ob Schöll tatsächlich als "Sonderbeauftragter des RSHA" für Böhmen/Mähren, Ungarn und Kroatien eingesetzt war. Gegebenenfalls bitte ich, mir die einschlägigen Unterlagen zu kommen zu lassen.

Dr. Straßer
Staatsanwalt

Dr. Straßer

17s 1/65 (RSWA)

Eilt sehr

V.

1.) Erbitte Abbildungen (Xerat je 2x) von den
in der Hülle befindlichen Dokumenten.

2.) Vermerk: Die vorstigen Dokumente gg in den Akten
Js 141/60 FSTA Frankfurt/Main sind für das vor =
liegende Verfahren entweder uninteressant oder bereit
lieg vorhanden.

3.) Mit Fot.w.v.

23/3/65

Ug

Diese UfP wird offen geführt (HA).

8/3/65

Ug

Ein-
lieferungs-
schein

Bitte sorgfältig

V 1042



Wert (in Ziffern)

1000,- DM

Freigebühr

840 Pf

Empfänger:

Generalstaatsanwalt
bei dem Oberlandesgericht
- prf. erit zitt. im vor

in Frankfurt a.M.

Postgewicht bei
vers. Wertpaket

4 kg 550 g

Postannahme:

A handwritten signature is written over a stylized letter 'R' logo, which is part of a larger graphic element at the bottom of the document.

Zur gefälligen Beachtung!

Die Angaben des Absenders auf dem Einlieferungsschein sind nur dann rechtsverbindlich, wenn sie mit den Angaben auf dem Hauptteil der Paketkarte übereinstimmen.

Höchstgewicht für Pakete innerhalb der Bundesrepublik: 20 kg

Kurze Mitteilungen für den Empfänger, z. B. Hinweise auf das Auftragsschreiben, die Bestell-Nr., die Gesamtzahl der gleichzeitig eingelieferten Pakete usw., können in etwa 4 cm Breite am linken Rand der Paketaufschrift angebracht werden.

Die Deutlichkeit der Paketaufschrift darf durch die Mitteilungen nicht beeinträchtigt werden.

Beispiel

1. Js 1/65 (RSHA)

- 1 AR 123/63, Sachkomplex I -

94

U. Klar mit Aufpunkt! Wert: 1.000,- DM

1. Zu rüde. (Kopf: Der Generalstaatsanwalt bei dem
Kammergericht - Arbeitsgruppe -) unter
Beifügung der Akten Js 141/60 fSTA FFH:

An den
Herrn Generalstaatsanwalt
bei dem Oberlandesgericht
Frankfurt/Main - persönlich o. V.i.A. -

Betr.: Ermittlungsache gegen Alois Brunner
wegen Mordes.

Aulagen: 4 Päckchen Akten Js 141/60 fSTA - VS-V. -

Als Aulagen sende ich die dortigen Akten
- VS - Voraussichtlich - nach Auswertung zurück.

2.) Klar zur Unterschrift

3.) Diese Kfz. wird offen geführt.

4.) z.d. HA

4/3/65

Op J

14. MRZ 1965
zu 1) hinf. 2x

4. März

65

115

- 1 Js 1.65 (RSA)
- 1 AR 123.63, Sachkomplex I -

An den

Herrn Generalstaatsanwalt
bei dem Oberlandesgericht
- persönlich oder Vertreter im Amt -

6 F r a n k f u r t /Main

Betrifft: Ermittlungssache gegen Alois Brunnener
wegen Mordes

Anlagen: 4 Bände Akten Js 141.60 GStA - VS-V. -

Als Anlagen sende ich die dortigen Akten - VS-Vertraulich -
nach Auswertung zurück.

Im Auftrage

(Nagel)
Staatsanwalt

Geschäftsstelle
der Staatsanwaltschaft

Hannover

Ort und Tag

46
18 Feb. 1965.

Bitte bei allen Schreiben angeben:

Geschäfts-Nr.

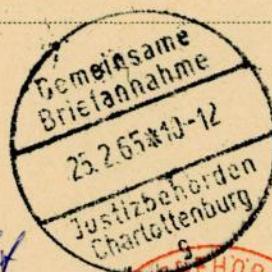
27s 437/56

Anschrift

Fernruf

An die Geschäftsstelle
des Amtsgerichts – Landgerichts
der Staatsanwaltschaft

bei dem Kammergericht
in 1 Berlin 21
Turmstr. 91



Auf das Schreiben vom

25.1.65

– 17s 1165 (RSHA) –

(Geschäftsnummer)

werden hiermit die Akten

27s 437/56

übersandt.

✓ 1/ Anrede ohne Vornamens
Kunze → für diesen Gefallen
Besch. von Kriminellkund im SG
BA Berlin

Kalle Josel,

Dr. 1.3.65

Sch

zu 2) BH gefr.
- 3. März 1965 Lee

1 fg 1/65 (RSAA)

44

✓ Rüttle aus 4 Sp. Ss 653/47 Bie / Castensen
folgende Ablichtungen:
Bl. 2, 3, 7,

2/ Wo. alsdann
mit Pg 13

Bl. 24. 2. 65
Sch.

Uf.
BA - Schmer

Bl. 4. 3. 65
Sch.

BA gets.
- 8. März 1965 Sch.

**Geschäftsstelle
der Staatsanwaltschaft**
bei dem Landgericht Bielefeld

Geschäfts-Nr.: 4 Sp I^s 653/47 Bie.

Bielefeld, den

10.2.1965

Postfach: 200

Fernsprecher: 6 32 41

Fernschreiber: 0 932 632

Auf das Schreiben vom 8.2.1965

- 1 I^s 1/65 (RSHA) -



werden die Akten:

Carl Carstensen

mit der Bitte übersandt, sie nach Gebrauch wieder hierher zurückzugeben.

An
den Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht

(Handwritten signature)
(Hörmann)
Justizangestellter

B e r l i n 21

Turmstr. 91

**Der Leitende Oberstaatsanwalt
bei dem Landgericht**

Aktenzeichen: 141 Js 192/60

Hamburg 36, den 2. März 1965

Gerichtsgebäude, Karl-Muck-Platz 12

Fernsprecher 84 10 9

Behördennetz 43 (")

79

Bitte in allen Eingaben angeben!

An den
Herrn Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
- Arbeitsgruppe -

1 Berlin 21
Turmstr. 91

Betr.: Ihre Aktenanforderung 2 Js 1006/58
betr. Brand und Thumann

Bezug: Ihre Anfrage vom 25.1.1965
- 1 Js 1/65 -

Die Akten 141 Js 192/60 - Verfahren gegen Dr. Hahn u. And.
wegen Mordes (NSG), Tatort Warschau - sind hier unentbehrlich.
Ich kann sie Ihnen daher nicht zur Auswertung übersenden.

Bezüglich Alfred Brand ist das Ermittlungsverfahren mangels
Tatverdachts eingestellt worden.

Anton Thumann ist nach den hier vorliegenden Erkenntnissen
am 8.10.1948 in Pfaffenhofen verstorben.

Im Auftrage
v. Below
(v. Below)
Staatsanwalt

18 1/65 (RSWA)

80

- ✓ Rute aus 8^{II} 126/54 Oer. Schwäbel
Abbildung Bl. 8
- ✓ BA ab dann trennen. Abbildung Stein
Bilstein vorlegen; Vf. an mich.

Blau 24. 2. 65

SD

- ✓ Abdrücken zum
PH Schwäbel (PSD 235)
2) absp. Vf. weiter ausarbeiten
bis. 9. 3. 65

Zu 2) BA get. -

10. März 1965 JG

Geschäftsstelle
des Amtsgerichts Tiergarten

Bodenregisteratur

Geschäftsnummer:

betr. Georg Schwöbel
gegen

Auf das Schreiben vom 18.2.65.

F-Band Akten:

173 1/65 (RS/STA)

1 Berlin 21, den 22. Feb. 1965
Turmstraße 91 – Wilsnacker Straße 3-5
Fernruf: 35 01 11 } innerbetrieb. (933) App. 686
{

81

An STA 4 Kammergericht
(RS/STA)
im Hause

Die beifolgenden Akten

8. II. 726. 54.

werden mit der Bitte übersandt, sie nach dem Gebrauch zurückzusenden.

✓
Hans
20.5.

(Name der absendenden Behörde)



Empfangsbekenntnis über die Zustellung (§ 5 Abs. 2 VwZG)

Aktenzeichen	Datum	Anlagen
1/2 1/65 (RSWA)	4. 3. 65	4 Bdr. Akte
1AR 123/63 (Sachkomplexe I)		Es 141/60 (GHHF)

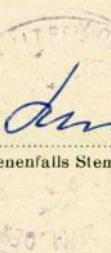
abgesandt am **8. MRZ 1965**

empfangen am **- 9. März 1965**

Sofort zurückerbeten an
Geschäftsstelle 1 (RSWA)
der Staatsanwaltschaft Berlin
1 Berlin, Tumstr. 91



Unterschrift und gegebenenfalls Stempel des Empfängers



19. 1/65 (RSUA)

PF

83

- ✓ 1. Den Infanterie 4 AR 14/65 der StA streichen und übernehmen.
- ✓ 2. als AR-Sache enttägeln
- ✓ 3. als AR-Sache enttägeln
- ✓ 4. alte abdrückten Passen Bl. 5-8 und die Res. k. Bosskammel Pz 113 nehmen.
- ✓ 5. den Vorgang 1. Kriegsschiff zum Res. H. Pz 153 nehmen
6. bef. wie vorlegen

Br. 2.3.65

BR.

84

Felblatt

Bl. 84 gegen "entlaßt und
zum PH Mayer, Heinz (Pur 133) freuen
(Aufenthalt in Heilung Kripo Kempten).

9/8/65
ly

**Staatsanwaltschaft
bei dem Landgericht München II**

Aktenzeichen: 10 a Js 29/60
(bitte bei allen Zuschriften angeben!)

8 MÜNCHEN 35, den 10.3.1965
Justizgebäude an der Elisenstr. 2a
Faxnr: 55971

Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht München II

An den
Herrn Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht Berlin
- Arbeitsgruppe -

1 Berlin 21
Turmstraße 91



Betreff: Ermittlungsverfahren gegen Wilhelm Zoepf
und Dr. Wilhelm Harster
wegen Verdachts der Beihilfe zum Mord (NSG)

Zum dortigen Ermittlungsverfahren 1 Js 1/65 (RSHA)

Den im Betreff genannten Beschuldigten wird vorgeworfen, Beihilfe zur Ermordung von rund 100.000 Juden geleistet zu haben, die vom Durchgangslager Westerbork in Holland ab Mitte Juli 1943 überwiegend nach Auschwitz transportiert und dort getötet worden sind. Die Abschiebung dieser Juden erfolgte im Rahmen der sog. Endlösung der Judenfrage in Europa.

Dr. Harster war von Mai 1940 bis September 1943 BdS in den besetzten niederländischen Gebieten; der Beschuldigte Zoepf war "Judenreferent" (IV B 4) beim BdS in Holland.

Daß beide an der Judenfreimachung der besetzten niederländischen Gebiete aktiv in verschiedenster Form beteiligt waren, steht außer Zweifel; dies ergab sich zwangsläufig aus ihren Dienststellungen, ist dokumentarisch belegt und wird auch ohne weiteres eingeräumt. Die Beschuldigten bestreiten nur, gewußt zu haben, daß die "nach dem Osten" deportierten Juden getötet werden sollten.

86

- 2 -

Ich bitte um Mitteilung, ob im Zuge der dortigen Arbeiten betreffend das RSHA Dokumente gefunden worden sind, die in meinem Verfahren zum Nachweis des subjektiven Tatbestandes helfen können. Dabei denke ich nicht an die bereits allgemein bekannten Dokumente, wie sie beispielsweise von mir in der Anklageschrift gegen Karl Wolff zusammengestellt worden sind, sondern etwa an Schreiben, Rundschreiben, Erlasse insbes. des RSHA zur Behandlung der Judenfrage an die Sicherheitspolizeidienststellen (BdS, KdS, Gestapo (Leit-) Stellen u.s.w.), die auf Grund der dortigen Bemühungen neu gefunden oder gesammelt worden sind.

Für eine entgegenkommende Unterstützung meiner Ermittlungen wäre ich sehr verbunden und bedanke mich im voraus.

Huber

(Huber)
Erster Staatsanwalt

80 83+

1. fg 1/65 (RSA)

Bf

Vf.



1. 2 Ralle Meldungen aus Niederlande 2
von Bd. 62, 63, 69, 70, 70a, 71, 72, 75, 78, 79, 80,
112, 114, 117, 130, 131.
2. Ws. abschne

Bdr. 16. 3. 65

Sd.

**Der Leitende Oberstaatsanwalt
bei dem Landgericht Essen**

- 29 AR 105/65 -

Geschäftsnummer:

(Bitte bei allen Schreiben die Geschäftsnummer angeben)



43 Essen, den

Fernruf: 771921

Fernschreiber: 0857647

Postfach

11. 3. 1965.

An den

Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht Berlin

1 in Berlin-West 21

Turmstraße 91

17. MRZ 1965

Kein Anhänger

Betrifft: Beteiligung von Angehörigen des Reichssicherheitshauptamtes an den Judenmaßnahmen des "Dritten Reiches".

Anlagen: 6 Ablichtungen bzw. beglaubigte Abschriften.

Die Anlagen werden mit der Bitte um Kenntnisnahme und evtl. Verwertung im Rahmen des dortigen Verfahrens gegen Angehörige des früheren Reichssicherheitshauptamtes überreicht.

Es handelt sich um Unterlagen, die in dem hiesigen Verfahren gegen den ehemaligen Vortragenden Legationsrat Horst Wagner festgestellt worden sind und für die dortigen Vorgänge von Interesse sein könnten.

(Dr. Franke)

zu Dr. Bel. Friedensland
gekommen
Dm 18.3.65
sd.

1. für 1/65 (RSWA)

89

✓

1) Richte Ablichtungen von
Bl. 67 58 - 65

2) vom AGR Bunde > SD Kanton, Bl. 12/3/65

3) Wo. abstimme mit Pt 24 (Karo Hansen)

✓

Dr. 1.3.65
SD

1) BA kennen.

Dr. 17.3.65

SD.

Bf gebe.

18. März 1965 He

**Geschäftsstelle
der Staatsanwaltschaft**
bei dem Landgericht Bielefeld

Geschäfts-Nr.: 4 Sp Js 2994/48 Ber

Bielefeld, den 12.2.1965

Postfach: 200

Fernsprecher: 632 41

Fernschreiber: 0 932 632

90

Auf das Schreiben vom 8.2.1965

- 1 Js 1/65 (RSHA) -

werden die Akten:



Harro Thomsen

mit der Bitte übersandt, sie nach Gebrauch wieder hierher zurückzugeben.

An den Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergeficht

Mörm
(Hörmann)
Justizangestellter

Berlin 21

Turmstr. 91

1 Jg 1/65 (RSU4)

W.

91

zu schreiben (u. mir zur Unterschrift)

an Deutelstelle Schwerin

2. Kt. von Oberstaatsanwalt Schub o. H. V.i.A.

Bds. Gutachten

Bering: Ihs. Schreiben vom 8.3.1965 - 41 - 57/11

Urlage: 1 Gutachten.

In der Urlage reiche ich das mir freundlicherweise
zur Einsicht überlassene Gutachten von Dr. von
Kamptz als "Zur Fortentwicklung ein Fried-
fertigement 1941/43" zu mein Urteil bestätigen
mit besten Dank zurück.

get. 16.3.65 gg

zur Sankt + ab m. Thul. 18. März 1965

11.3.65 Schneider (Obsersal)

Zentrale Stelle
der Landesjustizverwaltungen

41 - 57/11

Bei Antwortschreiben Aktenzeichen angeben

714 Ludwigsburg, den 8. März 1965
Schorndorfer Straße 28
Fernsprechanschluß:
Ludwigsburg Nr. 22221
bei Durchwahl 2222 App. Nr.

g2

An den

Herrn Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
z.Hd.v.Herrn Oberstaatsanwalt
Seeverin o.H.V.i.A.

l Berlin 21
Turmstrasse 91

11. Mz 1965
R Herrn Ass. Schüle

Betr.: Gutachten

Bezug: Ihr Schreiben vom 22.Febr. 1965 -Az.: 1 Js 1/65 (RSHA)-

Beil.: 1 Gutachten

Angeschlossen übersende ich das erbete Gutachten von Dr. von Krannhals "Zur Judenvernichtung im Generalgouvernement 1941/43" zur gefl. Kenntnis. Da es sich um das einzige hier vorhandene Exemplar handelt, wäre ich für die alsbaldige Rückgabe besonders dankbar.

Schüle

(Schüle)

Vfg.

zu schreiben an die Sta München II z.Hd. von Herrn Ersten Staatsanwalt H u b e r.

Betrifft : Dertiges Ermittlungsverfahren gegen Wilhelm Zoepf und Dr. Wilhelm Harster wegen Verdachts der Beihilfe zum Mord (NSG) - Az.: 10 a Js 29 / 60

Bezug : Ihr Schreiben vom 10. 3. 1965;
mein Schreiben vom 25. 1. 1965

Anlagen : 20 Blatt Dokumentenablichtungen
1 Vermerk "Judenverfolgung in den Niederlanden"

Sehr geehrter Herr Erster Staatsanwalt,

ich übersende Ihnen in der Anlage Ablichtungen einiger mir recht aufschlußreich erscheinender Dokumente, die die Tätigkeit von Dr. Harster und Wilhelm Zoepf in den Niederlanden betreffen. Außerdem füge ich einen hier gefertigten Vermerk über den Ablauf der Judenmaßnahmen in den Niederlanden zu Ihrer Information bei. Er ist zwar mit besonderer Blickrichtung auf die Mitwirkung des RSHA abgefaßt, gibt jedoch Aufschluß auch über die Tätigkeit der örtlichen Stellen. Aus dieser Niederschrift wollen Sie bitte auch entnehmen, welche Dokumente zum Komplex Niederlande mir im einzelnen vorliegen. Ich bin gerne bereit, Ihnen weitere Ablichtungen herstellen zu lassen und darf gegebenenfalls um Mitteilung der am Rande des Vermerks aufgeführten Fundstellen bitten.

Ergänzend möchte ich aber schon jetzt darauf hinweisen, daß nach meiner Erfahrung allgemeine Erlasse, die die im Rahmen der "Endlösung der Judenfrage" wirklich verfolgten Ziele jeden Zweifel ausschließend zum Ausdruck brügen, kaum zu finden sein dürften, zumal zweifelhaft ist, ob es sie in dieser Form angesichts der strengen Geheimhaltungsvorschriften und der vom RSHA angeordneten verschleiernden Sprachregelung überhaupt jemals gegeben hat. Ich jedenfalls habe einen solchen Erlaß bisher noch nicht finden können.

Sollten Sie Ihrerseits das mir zur Verfügung stehende Dokumentenmaterial aus Ihren Unterlagen ergänzen können, so wäre ich dafür sehr dankbar. Ich darf außerdem darum bitten, mir baldmöglich eine Durchschrift Ihrer Anklageschrift gegen Karl Wolff zuzuleiten, da dieser Vorgang für meine Ermittlungen von Interesse ist. Auf die in meinem Schreiben vom 25. 1. 1965 erbetene Aktenübersendung möchte ich ^{definiert} im Augenblick verzichten, da Sie

die Akten gegenwärtig offenbar selbst benötigen.

Hochachtungsvoll

Berlin, den 17.2.65 ^{3.} i.A. Dan
(Assessor)

get. 19.3.65 Sie
Scarb.

MNU 1/18 + 1/19/3-A
19/3-A

18/1/65 (RSWA)

98

✓ 1) Rote Meldungen von Bl. 141 - 163

2) Dr. Alexander

Bl. 11.3.65
Sch.

✓
BA kennen

Bl. 23.3.65

Sch.

BA geht, 24. März 1965 Sch.

"1965 (RSA)

95

28

1. / Blätter Ablichtungen von Bl. 134 - 140,
2. / uhr abschauen

Jan. 1. 3. 65
Sd

96

Der Leiter der Zentralstelle im Lande Nordrhein-Westfalen
für die Bearbeitung von nationalsozialistischen Massenverbrechen
bei dem Leitenden Oberstaatsanwalt in Dortmund

Geschäfts-Nr.: 45 Js 1/62
Bitte bei allen Schreiben angeben!

46 Dortmund, den 18.2.1965
Saarbrücker Straße 5-9
Fernruf 5278 21-29
Postfach
Fernschreiber 08 22 451

An den
Generalstaatsanwalt
beim Kammergericht
- Arbeitsgruppe -
1 Berlin 21
Turmstraße 91



Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen Dr. Losacker
wegen Beihilfe zum Mord.

Dortiges Schreiben vom 25. 1. 1965 - 1 Js 1/65
(R S H A) -

Anlage: 1 Band Ermittlungsakten 45 Js 1/62. *fo.*

Als Anlage übersende ich die Ermittlungsakten
gegen Dr. Losacker mit der Bitte um baldige Rück-
gabe.

Im Auftrage:

Dr. Kuhlmann
Staatsanwalt

Hallermann
(Hallermann)
Justizangestellte



BA
Hallermann

DR. 10.3.65
SO

Vfg.

zu schreiben an den Polizeipräsidenten in Berlin

Abt. I z. Hd. von KK Paul

Betr.: Ermittlungsverfahren 1 Js 1 / 65 (RSHA) gegen frühere Angehörige des RSHA wegen des Verdachts der Beteiligung an Maßnahmen im Rahmen der sog. " Endlösung der Judenfrage ",

hier : Oppermann, Ernst
geb. 19. 10. 1906 in Berlin,

früher SS-HStuf und Regierungsamtmand im Referat IV D 2 des RSHA.

Nach dem Ergebnis meiner bisherigen Ermittlungen bin ich davon ausgegangen, daß Oppermann am 29. 6. 1948 in Buchenwald verstorben ist. Entsprechende Auskunft erteilte mir auch das EMA auf telefonische Rückfrage.

An der Richtigkeit dieser Auffassung sind jedoch insofern Zweifel aufgetaucht, als der am 23. 3. 1965 vom Vernehmungsrichter des Amtsgerichts Tiergarten Abt. 348 vernommene Zeuge Hans Nelson, 1 Berlin 61, Urbanstraße 137 wie folgt ausgesagt hat :

" Befragt, ob mir weitere Angehörige des Referats IV D 2 bekannt sind, die als Beschuldigte oder Zeugen in Betracht kommen, möchte ich noch Ernst Oppermann erwähnen. Mir ist gesagt worden, daß er 1948 in Buchenwald verstorben sein soll. Ich habe etwas Gegenteiliges gehört. Ein früherer Kollege, ein Amtsgehilfe aus IV D 2, an dessen Namen ich mich leider nicht erinnern kann, der aber damals in der Wissmannstraße in Neukölln wohnte, hat mir erzählt, daß Oppermann bei einer Senatsdienststelle beschäftigt sei und zwar wieder als Amtmann oder sogar Amtsrat. Wie die Dienststelle im einzelnen heißt, weiß ich nicht. Sie hat irgend etwas mit Entschädigung oder Enteignung zu tun, also entweder Entschädigungsamt oder eine Dienststelle des Senators für Bau- und Wohnungswesen. Der Kollege hat, wie er mir sagte, Oppermann selbst aufgesucht uns sich von ihm bestätigen lassen, daß er nur Amtsgehilfe des RSHA war. Zu meiner Zeit gab es in IV D 2 nur einen Boten. Wenn ein anderer Zeuge einen Waldemar Burisch als Boten angegeben hat, so könnte das der von mir Genannte sein. "

Bei dem von Nelson genannten " Kollegen " könnte es sich um den als Bote im Ref. IV D 2 des RSHA tätig gewesenen Waldemar Burisch, Berlin, Mahlowerstraße 8 handeln, der von einem anderen Zeugen benannt worden ist.

Ich bitte, die Angaben des "eugen Nelson zu überprüfen udn mir

das Ergebnis der Ermittlungen umgehend bekanntzugeben.

Die Unterlagen des Amtsgerichts Berlin - Hermsdorf, bei dem
der Tod von Oppermann beurkundet sein soll, habe ich selbst
angefordert und werde sie auswerten.

i.A.

Berlin, 25.3.65

Schneider

(Assessor)

SS

Vfg.

1. Herrn Leiter der Arbeitsgruppe zur Zeichnung

2. zu schreiben an die Sta Itzehoe z.Hd. v. Herrn Sta J a n s :

Betr.: Ermittlungsverfahren gegen Helfer des früheren SS-Obersturmbannführers Eichmann bei der " Sonderaktion " gegen die ungarischen Juden im Jahre 1944,
hier : fr. Regierungsamtmann im RSHA und SS-Hauptsturmführer Werner K r y s c h a ſ k

Bezug.: Dortiges Schreiben vom 22. 3. 1965

Anlage: 1 Blatt Ablichtung

Sehr geehrter Herr Kollege,

ich darf auf Ihr o. a. Schreiben wie folgt antworten :

Anlässlich einer persönlichen Rücksprache eines Mitarbeiters meiner Arbeitsgruppe Anfang Februar 1965 in Frankfurt am Main teilten Herr Oberstaatsanwalt Dr. Großmann und Herr Staatsanwalt Wagner mit, daß die Deportation der Juden aus Ungarn im Jahre 1944 dort Gegenstand verschiedener Verfahren ist.

Das Verfahren 1 Ks 1 / 63 richtet sich gegen Krumey und Hunsche. Hier ist bekanntlich vor kurzem das Urteil ergangen.

Das Verfahren 4 Js 1017 / 59 - 1 Ks 1 / 63 ist ein Teil dieses Verfahrens } richtet sich noch gegen Becher, Dr. Geschke, Grell, Hezinger, Kraege, Neumann, Richter, Schmidtsiefen, Winkelmann, Dannecker und Rau. Es befindet sich in der Voruntersuchung, die kurz vor ihrem Abschluß stehen dürfte.

Diese Personen sind zwar sämtlich nicht Angehörige des RSHA bzw. zumindest in der entscheidenden "eit nicht in Berlin tätig gewesen, sondern Angehörige der örtlichen deutschen Institutionen, die zusammen mit dem SEK Eichmann die Maßnahmen gegen die Juden in Ungarn durchgeführt haben.

Beschuldigter im Verfahren 4 Js 1017 / 59 ist jedoch auch noch K r y s c h a k, der als Angehöriger von Eichmann's Referat IV B 4 (IV A 4 b) wie auch Hunsche zusammen mit Eichmann nach Ungarn gekommen war. Insoweit ist das Verfahren jedoch abgetrennt und nach § 205 StPO eingestellt worden, weil der Aufenthalt des Beschuldigten nicht bekannt war. Zwischenzeitlich habe ich die Anschrift von Kryschak jedoch ermitteln können und dies der Staatsanwaltschaft in Frankfurt am Main mitgeteilt. Eine Ablichtung des Bestätigungsschreibens füge ich zu Ihrer Information bei. Ob hierauf das Verfahren bezüglich Kryschak wieder aufgenommen

worden ist, entzieht sich meiner Kenntnis.

Das in Ffm. wegen der Ungarnaktion anhängige Verfahren richtete sich schließlich zunächst auch noch gegen Novak, der ebenfalls mit Eichmann nach Ungarn gekommen war. Das Verfahren gegen Novak hat die StA Wien zu 27 b Vr 529 / 61 übernommen. Auch hier ist kürzlich das Urteil ergangen.

Das Ergebnis der Rücksprache in Ffm war zusammenfassend, daß dort grundsätzlich die Ermittlungen gegen alle die Personen geführt werden, die in Ungarn an den Judendeportationen mitgewirkt haben, auch, wenn es sich um die mit Eichmann aus Berlin nach Ungarn gegangenen Angehörigen des RSHA handelt, was im Falle K r y s c h a k ja zutreffen würde.

Gegenstand der von mir hier in Berlin geführten Ermittlungen ist nur die Mitwirkung von früheren Angehörigen des RSHA an Maßnahmen im Rahmen der Endlösung der Judenfrage, sofern diese in Berlin tätig geworden sind.

Hochachtungsvoll

(Severin)
Oberstaatsanwalt

Berlin, 25.3.1965

Sch

Aktenzeichen	Name, Vorname und Geburtsdatum	Zahl der sonst überprüften Pers.	Gegenstand des Verfahrens	Systematische Aufklärung des Komplexes	Einzelfall	Archiv	Abschliessende Entscheidung
4 Js 1192/59	Weesemannayer		wegen Mitwirkung an der Endlösung der Judenfrage in Ungarn als Sonderbevollmächtigter des Reiches				Einstellung 13. 6. 1961 im Hinblick auf Verurteilung des Beschuldigten durch ein amerik. Militägericht
4 Js 256/63	Krumey		Mord an einem ehemaligen k. u. k. Offizier in Prag (Anzeiger ist wegen Betruges bestrafter Strafgefangener, seine Angaben sind höchst fragwürdig)				noch offen
4 Ks 1/63	Krumey und Hunsche		Deportation der ungar. Juden				s.Zt. Hauptverhandlung
4 Js 919/58	Krumey, Dongus, Püschel, Dr. Ehlich, Pettern, Fichler, Dr. Bradfisch, Fischer, Preuss		Komplex Lidice				Voruntersuchung
4 Js 1017/59	Becher, Dr. Geschke, Grell, Hezinger, Kraege, Neumann, Richter, Schmidtziefen, Winkelmann, Dannecker, Rau		Sonderaktion gegen die Juden in Ungarn 1944				Voruntersuchung
4 Js 541/61	Dr. Oebsger-Roeder, Gries, Freuwört, Boskoczil		Teilnahme an der Endlösung der Judenfrage in Ungarn als Angehörige eines Eins. Edos.				Einstellung

12

Aktenzeichen	Name, Vorname und Geburtsdatum	Zahl der sonst überprüften Pers.	Gegenstand des Verfahrens	Systematische Klärung des Komplexes	Einzelfall	Archiv	Abschliessend Entscheidung
4 Js 540/61	Stick		Teilnahme an Endlösung der Judenfrage in Ungarn im Rahmen eines Gend.Eins.Kdos.				Einstellung
4 Js 833/61	Rosendahl, Hicke		Körperverletzung im Amt, begangen im KL Topolya (Endlösung der Judenfrage in Ungarn)				Einstellung
4 Js 51/62	Krummholz		Teilnahme an der Deportation der ungar. Juden i. Stabes des Höh. SS- und Pol. Führers Winkelmann				Einstellung
4 Js 1064/62	Lencke, Werner		Endlösung der Judenfrage in Ungarn (Tötung eines jüd. Häftlings und Mitwirkung bei der Deportation des Lagers Kistarcsa)				Einstellung
4 Js 1161/62	Lenke, Willy		wie vorher				Einstellung
4 Js 336/63	Krumey		Ermordung ungar.-jüd. Häftlinge in Österreich				§ 154 StPO
4 Js 337/63	Hunsche		a) Befehl z. Überfall von Pfeilkreuzlern auf das Ghetto Budapest, Columbusgasse b) Anschluß von 500-600 Mitarbeitern des Jüd.-Zentralrats in Budapest an einen Dep.-Zug nach Auschwitz auf Befehl Hunsches				§ 154 StPO

101

Aktenzeichen	Name, Vorname und Geburtsdatum	Zahl der sonst überprüften Pers.	Gegenstand des Verfahrens	Systematische Klärung des Komplexes	Einzelfall	Archiv	Abschliessende Entscheidung
4 Js 985/63	Jurica und Binder		Mishandlung und Tötung von ungar. Juden bei Befestigungsarbeiten an der ungar. Grenze				§ 205 StPO
4a Js 562/56	Triska		Teilnahme an der Endlösung der Judenfrage in Ungarn als Angehöriger der Dt. Gesandtschaft in Budapest				Einstellung
4 Js 105/64	Becker, Karl		Beteiligung an der Endlösung der Judenfrage in der CSR				noch offen
4 Js 1145/63	Günther, Hans Günther, Rolf Moes, Haas, Abromeit		Einziehung jid. Vermögens als Referent im RSHA				§ 154 StPO
4 Js 614/63	Poehrn, Hunsche, Förster, Prüfer		Teilnahme an der Erschiebung von Mitge. der Reichseinigung der Juden in Berlin als Bedienstete des RSHA				noch offen
4 Js 908/62	Krumey		Überstellung von arbeitsunfähigen Polen aus dem Kreis Zamosc zur Vernichtung nach Auschwitz				Voruntersuchung

102

18. 1. 65 (RSTA)

103

1) zu schicken an Ständesamt Bl.-Kreislauf:

Betr.: Oppermann, Ernst, geb. 15. 10. 1906
in Berlin; früher Regierungsdienstmann.

In einem bei anhängigen Ermittlungen erhaltenen
ist bekannt geworden, daß der Obengenannte
am 29. 6. 1948 in Buchenwald verstorben
und sein Tod unter Nr. 526/48 beim
Std. A. Bl.-Kreislauf Buchenwald sein soll.
Sollte dies zutreffen, bitte ich um baldmöglich-
liche Übersendung einer Sterbeurkunde und

der eventuell vorhandenen Sachunterlagen
die eine Nachprüfung der Todesumstände zu-
lassen.

2. Rtl. u. Anfang

Br. 24.3.65

~~Hochachtungsvoll~~
i. A.

Dmeid
(verset)

gff 25. MRZ. 1965
zu) S.hb. 2 x + ab

24. März 1965

109

1 Js 1/65 (RSHA)

An das
Standesamt Reinickendorf

Betrifft: O p p e r m a n n , Ernst, geboren am 19. Oktober 1906
in Berlin, früher Regierungstmann

In einem hier anhängigen Ermittlungsverfahren ist bekanntgeworden,
daß der Obengenannte am 29. Juni 1948 in Buchenwald verstorben
und sein Tod unter Nr. 526/48 beim Standesamt Berlin-Hermsdorf
beurkundet sein soll. Sollte dies zutreffen, bitte ich um bald-
mögliche Übersendung einer Sterbeurkunde und der eventuell vor-
handenen Sachunterlagen, die eine Nachprüfung der Todesumstände
zulassen.

Im Auftrage
Schneider
Assessor

Le

105

Vfg.

19. MRZ. 1965
VS

- ✓ 1. Herrn Leiter der Arbeitsgruppe zur gfl. Kenntnis
- ✓ 2. zu schreiben an die Zentralstelle in Ludwigsburg :

Betr.: Ermittlungen gegen frühere Angehörige des ehemaligen Reissicherheitshauptamtes wegen des Verdachts der Mitwirkung an Maßnahmen im Rahmen der "Endlösung der Judenfrage;
hier: Weiterleitung eines Schreibens an das Bundesministerium für Inneres in Wien.

Anlage: 1 Schreiben (2x)

In der Anlage übersende ich ein Schreiben an das Bundesministerium für Inneres in Wien mit der Bitte um gfl. Weiterleitung nebst Durchschrift zum dortigen Verbleib.

Hochachtungsvoll

i.A.

(Assessor)

- ✓ 3. zu schreiben an das

Bundesministerium für Inneres
Generaldirektion für die Öffentliche Sicherheit
Abt. 2 c, z. Hd. von Herrn Polizeirat Dr. Wiesinger
in Wien

Betr.: Ermittlungen gegen frühere Angehörige des ehemaligen Reissicherheitshauptamtes wegen Verdachts der Mitwirkung an Maßnahmen im Rahmen der "Endlösung der Judenfrage;

hier: Karl Hrosinek, geb. 6. 11. 1909 in Wien

Bezug : Dortiges Schreiben vom 18. 2. 1965 m. Anlagen

Sehr geehrter Herr Polizeirat,

aus den mir von Ihnen mit. o.a. Schreiben übermittelten Namensblättern ehemaliger Angehöriger des RSHA entnehme ich, daß der frühere SS-Hstuf und Mitarbeiter im Referat IV B 4, Karl H r o s i n e k, laut LGfZRS Wien zum 31. 3. 1945 für tot erklärt worden ist.

Darf ich bitten, ~~hiermit~~ aus den entsprechenden Gerichtsakten Ablichtungen der wesentlichen Entscheidungsgrundlagen und

des Gerichtsbeschlusses herstellen zu lassen und diese
~~mir~~ zusammen mit einer Ausfertigung der Sterbeurkunde
übersenden zu wollen. Sollte es für Sie einfacher sein,
mir die Akten selbst ~~zu~~ übersenden, so bin ich gerne be-
reit, die benötigten Ablichtungen ~~selbst~~ ^{zu} fertigen ~~zu~~
lassen. Für Ihre Bemühungen darf ich mich im voraus schon
bestens bedanken.

Mit vorzüglicher Hochachtung
i.A.

(Assessor)

3. mir zur Unterschrift.

Bln, den 18. 3. 1965



qf 25. MRZ. 1965 Le
zu 2) Sch. 2 x } + ab
3) Sch. 3 x } 26. März 1965


18. März 1965

106

1 Js 1/65 (RSHA)

An die
Zentrale Stelle der
Landesjustizverwaltungen

714 Ludwigsburg
Schorndorfer Straße 28

Betrifft: Ermittlungen gegen frühere Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) wegen des Verdachts der Mitwirkung an Maßnahmen im Rahmen der "Endlösung der Judenfrage";
hier: Weiterleitung eines Schreibens an das Bundesministerium für Inneres in Wien

Anlage: 1 Schreiben (2 x)

In der Anlage übersende ich ein Schreiben an das Bundesministerium für Inneres in Wien mit der Bitte um gefl. Weiterleitung nebst Durchschrift zum dortigen Verbleib.

Hochachtungsvoll
Im Auftrage

(Schneider)
Assessor

Le

18. März 1965

107

1 Js 1/65 (RSHA)

An das
Bundesministerium für Inneres
Generaldirektion für die Öffentliche Sicherheit
- Abteilung 2 C -
z.Hd. von Herrn Polizeirat
Dr. W i e s i n g e r

W i e n
Herrengasse 7

Betrifft: Ermittlungen gegen frühere Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) wegen Verdachts der Mitwirkung an Maßnahmen im Rahmen der "Endlösung der Judenfrage";

hier: Karl H r o s i n e k ,
geboren am 6. November 1909 in Wien

Bezug: Dortiges Schreiben vom 18. Februar 1965 mit Anlagen

Sehr geehrter Herr Polizeirat,

aus den mir von Ihnen mit o.a. Schreiben übermittelten Namensblättern ehemaliger Angehöriger des RSHA entnehme ich, daß der frühere SS-Hauptsturmführer und Mitarbeiter im Referat IV B 4, Karl H r o s i n e k , laut LGfZRS zum 31. März 1945 für tot erklärt worden ist.

Darf ich bitten, für mich aus den entsprechenden Gerichtsakten Ablichtungen der wesentlichen Entscheidungsgrundlagen und des Gerichtsbeschlusses herstellen zu lassen und mir diese zusammen mit einer Ausfertigung der Sterbeurkunde übersenden zu wollen. Sollte es für Sie einfacher sein, mir die Akten selbst übersenden zu lassen, so bin ich gerne bereit, die benötigten Ablichtungen hier anzufertigen. Für Ihre Bemühungen darf ich mich im voraus schon bestens bedanken.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Im Auftrage

Schneider

(Schneider)
Assessor

Le

Vfg.

- 1) Herrn OStA Severin mit der Bitte um Kenntnisnahme von dem anliegenden Vermerk.
- 2) Vermerk v. 5.2.65 und
4 Dokumentenbände -II J/1-4

Herrn Dezernenten für 1 Js 1/65 (RSHA)

mit der Bitte um Verwertung im dortigen Komplex überreicht.

18.3.65

Eggers

1 Js 1 / 65 (RSHA)

Vfg.

1. V e r m e r k :

Der Vermerk vom 5. 2. 1965 (s.o. Ziff. 2) ergänzt das Ergebnis der bisherigen Ermittlungen in 1 Js 1 / 65 (RSHA), ohne jedoch neue Taten oder Täterkreise zu eröffnen. Die Angehörigen der Referate IV B 4 und IV D 1 des RSHA sind bereits Beschuldigte in diesem Verfahren, das, soweit es Serbien betrifft, die in obigem Vermerk dargestellten Vernichtungsaktionen schon zum Gegenstand hat.

2. Der Vermerk Ziff. 2 der obigen Verfügung wird als Ergänzung zu dem Serbien - Vermerk in 1 Js 1 / 65 (RSHA) - Bl. 83 ff des Vermerkordners - genommen.
Die Dokumentenbände II J / 1 - 4 erhalten die neue Bezeichnung " Serbien 2 - 5 "
3. zu schreiben an die Zentralstelle in Ludwigsburg :

Betr.: Ermittlungsverfahren 1 Js 1 / 65 (RSHA) gegen frühere Angehörige des ehemaligen RSHA wegen des Verdachts der Beteiligung an Maßnahmen im Rahmen der Endlösung der Judenfrage.

hier : Ergänzung des Vermerkordners

Anlage: 1 Vermerk

In der Anlage übersende ich zu Ihrer Information einen Ergänzungsvermerk zu dem in dem bereits übergebenen " Vermerkordner 1 Js 1 / 65 (RSHA) " auf Bl. 83 - 88 enthaltenen Serbien - Vermerk, den Frau Staatsanwältin Eggers nachträglich noch angefertigt hat.

zu3) ab 26. März 1965
lf

Hochachtungsvoll
Den 19.3.65 Düsseldorf (Obersaw)

109

1 AR 123/63 - II J

An die
Zentrale Stelle der
Landesjustizverwaltungen

714 Ludwigsburg
Schorndorfer Straße 28

Betrifft: Ermittlungsverfahren 1 Js 1/65 (RSHA) gegen
frühere Angehörige des ehemaligen Reichssicher-
heitshauptamtes (RSHA) wegen des Verdachts der
Beteiligung an Maßnahmen im Rahmen der
"Endlösung der Judenfrage";
hier: Ergänzung des Vermerkordners

Anlage: 1 Vermerk

In der Anlage übersende ich zu Ihrer Information einen
Ergänzungsvermerk zu dem in dem bereits übergebenen
"Vermerkordner 1 Js 1/65 (RSHA)" auf Bl.83-88 enthalte-
nen Serbien-Vermerk, den Frau Staatsanwältin Eggers
nachträglich noch angefertigt hat.

Hochachtungsvoll
Im Auftrage

(Schneider)
Assessor

Le

J 18 1/65 (RSUA)

~~ein~~ 10
~~selig~~

Ug.

1) Bitte folgende Abdrücke

Bl. 153, 154, 242, 243, 261, 262, 264 - 271

2) Wo. Abschau

Br. 11. 3. 1965

Sd.

Ug.

1) BA

~~Kennen chl. Ber. Wachmutter~~
Br. 29. 3. 65

sd Rkt

1) ab Reinhard
d. Ber. Buchholz.
29/3/4

Ein-
lieferungs-
schein

4080

Bitte sorgfältig abweichen
Hastilz



Wert (in Ziffern)

500 DM

Freigebühr

440 Pf

Empfänger:

An den Herrn
Vorsitzenden
d. Strafk. III
b. d. LG. Hagen
in 58 Hagen

Postgewicht bei
vers. Wertpaket

Postannahme:

Zur gefälligen Beachtung!

Die Angaben des Absenders auf dem Einlieferungsschein sind nur dann rechtsverbindlich, wenn sie mit den Angaben auf dem Hauptteil der Paketaufklebe übereinstimmen.

**Höchstgewicht für Pakete
innerhalb der
Bundesrepublik:** 20 kg

Kurze Mitteilungen für den Empfänger, z. B. Hinweise auf das Auftragsschreiben, die Bestell-Nr., die Gesamtzahl der gleichzeitig eingelieferten Pakete usw., können in etwa 4 cm Breite am linken Rand der Paketaufschrift angebracht werden.

Die Deutlichkeit der Paketaufschrift darf durch die Mitteilungen nicht beeinträchtigt werden.

1 Js 1/65 (RSWA)

Landgericht Hagen

W

Geschäfts-Nr.: 45 Js 27/61 StA Dortmund
Bitte bei allen Schreiben angeben!

58 Hagen, den 3. März 1965
Fernruf: 26851 - 55

Herrn



Generalstaatsanwalt bei dem
Kammergericht

1 Berlin 21
Turmstrasse 91

Einschreiben !
Luftpost !



Zu 1 Js 1/65 (RSHA)
Ihr Schreiben vom 26.2.1965

In der Strafsache gegen Bolender u.a.

- 45 Js 27/61 StA Dortmund-

übersende ich auf das Ersuchen vom 26. 2. 1965 den Sonderband I
enthaltend 319 Blätter mit der Bitte um Rückgabe bis zum
31. März 1965.

Anlage

Der Vorsitzende der Strafkammer III
Müller, Landgerichtsdirektor
Beclaubigt:

Wagner
Justizangestellter

Der Oberstaatsanwalt
bei dem Landgericht
4 AR 4/65

NR

221 Itzehoe, den 22. 3. 1965



2	L	Anlagen
		Abschriften
		DM Kost M.

75. MRZ. 1965

✓ G

An den
Herrn Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht in Berlin
- "Arbeitsgruppe Reichssicherheitshauptamt"-
in Berlin 21
Turmstraße 91

Betr.: Ermittlungsverfahren gegen Helfer des früheren SS-Obersturmbannführers Eichmann bei der "Sonderaktion" gegen die ungarischen Juden im Jahre 1944
hier: fr. Regierungsamt Mann im RSHA und SS (SD)-Hauptsturmführer Werner Kryschak.

Bezug: Rücksprache Staatsanwalt Nagel - Staatsanwalt Jans in Berlin am 5. 2. 1965.

Anlagen: 2 Blatt Ablichtungen.

Als Anlagen übersende ich Ablichtungen meines Schreibens vom 22. 2. 1965 an den Leitenden Oberstaatsanwalt in Frankfurt/Main sowie des Antwortschreibens vom 26. 2. 1965 mit der Bitte um Kenntnisnahme und baldige Mitteilung, ob die Angaben des Oberstaatsanwalts in Frankfurt/Main zutreffen. In diesem Falle bitte ich um Nachricht, welche Staatsanwaltschaft für die Ermittlungen gegen die Angehörigen des Reichssicherheitshauptamtes zuständig ist, die sich an der Aktion gegen die ungarischen Juden im Jahre 1944 beteiligt haben.

Im Auftrage:

Jans
(Jans)
Staatsanwalt

Vorwärts: tel. Richtstelle
am 29.3.65 mit St. A. Pfeiff.
(STA Pfeiff)
Sch.

MB

1. Schreiben

an den

Berlin Leitenden Oberstaatsanwalt

in Frankfurt/Main

zu 4 Js 1037/59

Betr.: Ermittlungsverfahren gegen Helfer des früheren
 SS-Obersturmbannführers Eichmann bei der "Sonder-
 aktion" gegen die ungarischen Juden im Jahre 1944.
 hier: fr. Regierungsamt Mann im RSHA und SS (SD)-
 Hauptsturmführer Werner Kryschak.

Bezug: a) Dortiges Schreiben an die zentrale Stelle der Landes-
 justizverwaltungen in Ludwigsburg v. 9.9.1964

b) Dortiges Schreiben v. 13.11.1964

Nach den Angaben in den beiden Bezugsschreibern soll Kryschak zu Beginn der Sonderaktion gegen die ungarischen Juden im Jahre 1944 dem "Sondereinsatzkommando Eichmann" angehört haben. Nähere Hinweise über den genauen Zeitpunkt und die Art und Umfang der Tätigkeit Kryschaks bei den Massnahmen gegen die Juden in Ungarn ergeben sich aus den Bezugsschreibern nicht. Es ist daher zunächst davon auszugehen, dass sich die Ermittlungen allgemein gegen Kryschak nur als Angehörigen des RSHA richten.

Ich habe bei der "Arbeitsgruppe Reichssicherheitshauptamt" des Generalstaatsanwalts beim Kammergericht in Berlin festgestellt, dass der Complex Ungarn ~~noch~~ nicht verfasst worden ist. Nach Angaben des zuständigen Sa habe bearbeitete der "Arbeitsgruppe" wird der gesamte Complex Ungarn in dem dortigen Verfahren 4 Js 1037/59 bearbeitet. Ich bitte, mir mitzuteilen, ob diese Angabe zutrifft und ob daher die Tätigkeit Kryschaks als früherer Angehöriger des SD bei der Aktion gegen die Juden in Ungarn Gegenstand des dortigen Verfahrens ist. Weiter bitte ich, mir mitzuteilen, ob gegebenenfalls gegen Kryschak die Unterbrechung der Verjährung in dem dortigen Verfahren veranlasst werden wird.

Für eine möglichst umfassende Beantwortung wäre ich dankbar.

je Tag

zu 1964

632651 Br.

7 (ab 24/2 - Itz. 22.2.65)

7 u.

DER OBERSTAATSANWALT
bei dem Landgericht

Az. Nr. 6 J. 10. 1965

für Zeichen: Wagner

6. FRANKFURT (MAIN), SPP. 522-5-1792
Postfach 2745
Telefon: 28671
Heiligkronsgasse 34

M4

5. MAI 1965

AN DEN

OBERRICHTERSTAATSAWALT

AM 1. FEBRUAR

Herr: Voruntersuchung gegen Helfer des früheren SS-Obersturmführers Riedmann bei der „Sonderaktion“ gegen die jüdischen Juden im Jahre 1941;

Herr: früherer Regierungsbeamter im RSHA und SS (SD)-Obersturmführer Werner Kryschak

Zeug: Schreiben vom 2. 2. 1965 (A AR 4/64)

In einer Besprechung mit einem angenörgigen der „Arbeitsgruppe Reha“ des Generalstaatsanwalts beim Kassimergericht wurde kurzlich klargestellt, daß zuständige Anklageschäfte des hierigen Verfahrens zu keiner Zeit dem RSHA angehört haben und dass deshalb keine Möglichkeit bestehen, den Komplex (Reha) - soweit er das zumutet - im Rahmen der hier anhängigen Voruntersuchung zu überprüfen.

Der oben genannte Kryschak ist in die Voruntersuchung nicht einzbezogen.

Im Auftrage

S. Wagner
(Wagner)
Staatsanwalt

Am 1. Februar

MS

Vfg.

1. Herrn Leiter der Arbeitsgruppe zur Zeichnung

2. zu schreiben an die Sta Itzehoe z.Hd. v. Herrn Sta J a n s :

Betr.: Ermittlungsverfahren gegen Helfer des früheren SS-Obersturmbannführers Eichmann bei der "Sonderaktion" gegen die ungarischen Juden im Jahre 1944,
hier : fr. Regierungsamt Mann im RSHA und SS-Hauptsturmführer Werner K r y s c h a k

Bezug.: Dortiges Schreiben vom 22. 3. 1965

Anlage: 1 Blatt Ablichtung

Sehr geehrter Herr Kollege,

ich darf auf Ihr o. a. Schreiben wie folgt antworten :

Anläßlich einer persönlichen Rücksprache eines Mitarbeiters meiner Arbeitsgruppe Anfang Februar 1965 in Frankfurt am Main teilten Herr Oberstaatsanwalt Dr. Großmann und Herr Staatsanwalt Wagner mit, daß die Deportation der Juden aus Ungarn im Januar 1944 dort Gegenstand verschiedener Verfahren ist.

Das Verfahren 1 Ks 1 / 63 richtet sich gegen Krumey und Hunsche. In dieser Sache Hier ist bekanntlich vor kurzem das Urteil ergangen.

Das Verfahren 4 Js 1017 / 59 - 1 Ks 1 / 63 ist ein Teil dieses Verfahrens - richtet sich noch gegen Becher, Dr. Geschke, Grell, Hezinger, Kraege, Neumann, Richter, Schmidtsiefen, Winkelmann, Dannecker und Rau. Es befindet sich in der Voruntersuchung, die kurz vor ihrem Abschluß stehen dürfte.

Diese Personen sind zwar sämtlich nicht Angehörige des RSHA bzw. zumindest in der entscheidenden Zeit nicht in Berlin tätig gewesen, sondern Angehörige der örtlichen deutschen Institutionen, die zusammen mit dem SEK Eichmann die Maßnahmen gegen die Juden in Ungarn durchgeführt haben.

Beschuldigter im Verfahren 4 Js 1017 / 59 ist jedoch auch noch K r y s c h a k, der als Angehöriger von Eichmann's Referat IV B 4 (IV A 4 b)-wie auch Hunsche-zusammen mit Eichmann nach Ungarn gekommen war. Insoweit ist das Verfahren jedoch abgetrennt und nach § 205 StPO eingestellt worden, weil der Aufenthalt des Beschuldigten nicht bekannt war. Zwischenzeitlich habe ich die Anschrift von Kryschak jedoch ermitteln können und dies der Staatsanwaltschaft in Frankfurt am Main mitgeteilt. Eine Ablichtung des Bestätigungsschreibens füge ich zu Ihrer Information bei. Ob hierauf das Verfahren bezüglich Kryschak wieder aufgenommen

worden ist, entzieht sich meiner Kenntnis.

Das in ~~Frankfurt/M.~~ wegen der Ungarnaktion anhängige Verfahren richtete sich ~~schließlich~~ zunächst auch noch gegen Novak, der ebenfalls mit Eichmann nach Ungarn gekommen war. Das Verfahren gegen Novak hat die StA Wien zu 27 b Vr 529 / 61 übernommen. Auch hier ist kürzlich ~~es~~ Urteil ergangen.

Das Ergebnis der Rücksprache in ~~Frankfurt/M.~~ war zusammenfassend, daß dort grundsätzlich die Ermittlungen gegen alle die Personen geführt werden, die in Ungarn an den Judendeportationen mitgewirkt haben, auch, wenn es sich um die mit Eichmann aus Berlin nach Ungarn gegangenen Angehörigen des RSHA handelt, was im Falle K r y s c h a k ~~ja~~ zutreffen würde.

Gegenstand der von mir hier in Berlin geführten Ermittlungen ist nur die Mitwirkung von früheren Angehörigen des RSHA an Maßnahmen im Rahmen der Endlösung der Judenfrage, sofern diese in Berlin tätig geworden sind.

3) Wiederrufe übern an. Klemmer

Hochachtungsvoll

(Severin)
Oberstaatsanwalt

Berlin, 25.3.1965

- ✓ 1/ Ziff 2 der obige Sp ausfüllen
✓ ab dann kann OSA Berlin und Unterstdt.
3/ Sp. mit vorlegen

Bl 29.3.65
SD.

gff 31. MRZ. 1965 le
gff zu 2) Schb. 2 x + ab

St. April 1965 le

116

1 Js 1/65 (RSHA)

An die
Staatsanwaltschaft
z.Hd. von Herrn
Staatsanwalt J a n s

221 I t z e h o e

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen Helfer des früheren SS-Obersturmbannführers E i c h m a n n bei der "Sonderaktion" gegen die ungarischen Juden im Jahre 1944;

hier: früherer Regierungsamtmand im RSHA und SS-Hauptsturmführer Werner K r y s c h a k

Bezug: Dortiges Schreiben vom 22. März 1965

Anlage: 1 Blatt Ablichtung

Sehr geehrter Herr Kollege!

Ich darf auf Ihr o.a. Schreiben wie folgt antworten:

Anlässlich einer persönlichen Rücksprache eines Mitarbeiters meiner Arbeitsgruppe Anfang Februar 1965 in Frankfurt am Main teilten Herr Oberstaatsanwalt Dr. Großmann und Herr Staatsanwalt Wagner mit, daß die Deportationen der Juden aus Ungarn im Jahre 1944 dort Gegenstand verschiedener Verfahren bzw. Verfahrensteile ist.

Das Verfahren 1 Ks 1/63 richtet sich gegen K r u m e y und H u n s c h e . In dieser Sache ist bekanntlich vor kurzem das Urteil ergangen.

Das Verfahren 4 Js 1017/59 (1 Ks 1/63 ist ein Teil dieses Verfahrens) richtet sich noch gegen B e c h e r , Dr. G e s c h k e , G r e l l , H e z i n g e r , K r a e g e , N e u m a n n , R i c h t e r , S c h m i d t s i e f e n , W i n k e l m a n n , D a n n e c k e r und R a u . Es befindet sich in der

117

Voruntersuchung, die kurz vor ihrem Abschluß stehen dürfte. Diese Personen sind zwar sämtlich nicht Angehörige des RSHA bzw. zumindest in der entscheidenden Zeit nicht in Berlin tätig gewesen, sondern Angehörige der örtlichen deutschen Institutionen, die zusammen mit dem "SEK Eichmann" die Maßnahmen gegen die Juden in Ungarn durchgeführt haben.

Beschuldigter im Verfahren 4 Js 1017/59 ist auch noch Kryschak, der als Angehöriger von Eichmanns Referat IV B 4 (IV A 4 b) - wie auch Hunsche - zusammen mit Eichmann nach Ungarn gekommen war. Insoweit ist das Verfahren jedoch abgetrennt und nach § 205 StPO vorläufig eingestellt worden, weil der Aufenthalt des Beschuldigten nicht bekannt war. Zwischenzeitlich habe ich die Anschrift von Kryschak jedoch ermitteln können und dies der Staatsanwaltschaft in Frankfurt/Main mitgeteilt. Eine Ablichtung des Bestätigungs-schreibens füge ich zu Ihrer Information bei. Ob hierauf das Verfahren bezüglich Kryschak wieder aufgenommen worden ist, entzieht sich meiner Kenntnis.

Das in Frankfurt/Main wegen der Ungarnaktion anhängige Verfahren richtete sich zunächst auch noch gegen Novak, der ebenfalls mit Eichmann nach Ungarn gekommen war. Das Verfahren gegen Novak hat die Staatsanwaltschaft Wien zu 27 b Vr 529/61 übernommen. Auch in diesem Verfahren ist kürzlich ein Urteil ergangen.

Das Ergebnis der Rücksprache in Frankfurt/Main war zusammenfassend, daß dort grundsätzlich die Ermittlungen gegen alle Personen geführt werden, die in Ungarn an den Judendeportationen mitgewirkt haben, auch wenn es sich um die mit Eichmann aus Berlin nach Ungarn gegangenen Angehörigen des RSHA handelt, was im Falle Kryschak zutreffen würde.

Gegenstand der von mir hier in Berlin geführten Ermittlungen

M8

ist nur die Mitwirkung von früheren Angehörigen des RSHA
an Maßnahmen im Rahmen der Endlösung der Judenfrage, sofern
diese in Berlin tätig geworden sind.

Hochachtungsvoll
Im Auftrage

(Severin)
Oberstaatsanwalt
(Leiter der Arbeitsgruppe)

Le

MG

Vfg.

zu schreiben an den Polizeipräsidenten in Berlin
Abt. I z. Hd. von KK Paul

Betr.: Ermittlungsverfahren 1 Js 1 / 65 (RSHA) gegen frühere Angehörige des RSHA wegen des Verdachts der Beteiligung an Maßnahmen im Rahmen der sog. " Endlösung der Judenfrage ",

hier : Oppermann, Ernst
geb. 19. 10. 1906 in Berlin,

früher SS-HStuf und Regierungsamtmand im Referat IV D 2 des RSHA.

Nach dem Ergebnis meiner bisherigen Ermittlungen bin ich davon ausgegangen, daß Oppermann am 29. 6. 1948 in Buchenwald verstorben ist. Entsprechende Auskunft erteilte mir auch das EMA auf telefonische Rückfrage.

An der Richtigkeit dieser Auffassung sind jedoch insofern Zweifel aufgetaucht, als der am 23. 3. 1965 vom Vernehmungsrichter des Amtsgerichts Tiergarten Abt. 348 vernommene Zeuge Hans Nelson, 1 Berlin 61, Urbanstraße 137 wie folgt ausgesagt hat :

" Befragt, ob mir weitere Angehörige des Referats IV D 2 bekannt sind, die als Beschuldigte oder Zeugen in Betracht kommen, möchte ich noch Ernst Oppermann erwähnen. Mir ist gesagt worden, daß er 1948 in Buchenwald verstorben sein soll. Ich habe etwas Gegenteiliges gehört. Ein früherer Kollege, ein Amtsgehilfe aus IV D 2, an dessen Namen ich mich leider nicht erinnern kann, der aber damals in der Wissmannstraße in Neukölln wohnte, hat mir erzählt, daß Oppermann bei einer Senatsdienststelle beschäftigt sei und zwar wieder als Amtmann oder sogar Amtsrat. Wie die Dienststelle im einzelnen heißt, weiß ich nicht. Sie hat irgendetwas mit Entschädigung oder Enteignung zu tun, also entweder Entschädigungsamt oder eine Dienststelle des Senators für Bau- und Wohnungswesen. Der Kollege hat, wie er mir sagte, Oppermann selbst aufgesucht uns sich von ihm bestätigen lassen, daß er nur Amtsgehilfe des RSHA war. Zu meiner Zeit gab es in IV D 2 nur einen Boten. Wenn ein anderer Zeuge einen Waldemar Burisch als Boten angegeben hat, so könnte das der von mir Genannte sein. "

Bei dem von Nelson genannten " Kollegen " könnte es sich um den angeblich als Bote im Ref. IV D 2 des RSHA tätig gewesenen Waldemar Burisch, Berlin, Mahlowerstraße 8 handeln, der von einem anderen Zeugen benannt worden ist.

Ich bitte, die Angaben des Eugen Nelson zu überprüfen und mir

das Ergebnis der Ermittlungen umgehend bekanntzugeben.
Die Unterlagen des Amtsgerichts Berlin - Hermsdorf, bei dem
der Tod von Oppermann beurkundet sein soll, habe ich selbst
angefordert und werde sie auswerten.

i.A.

Berlin, 25.3.65

Schneider

(Assessor)

gpf 3 U. MRZ. 1965 L
15. Mrz. 2x + ab
- 1. April 1965 Jle

120

1 Js 1/65 (RSHA)

An den
 Polizeipräsidenten in Berlin
 - Abteilung I -
 z.Hd. von Herrn KK Paul

Betrifft: Ermittlungsverfahren 1 Js 1/65 (RSHA) gegen frühere Angehörige des RSHA wegen des Verdachts der Beteiligung an Maßnahmen im Rahmen der "Endlösung der Judenfrage";

hier: Oppermann, Ernst,
 geboren am 19. Oktober 1906 in Berlin,
 früher SS-HStuf. und Regierungsamt Mann im
 Referat IV D 2 des RSHA

Nach dem Ergebnis meiner bisherigen Ermittlungen bin ich davon ausgegangen, daß Oppermann am 29. Juni 1948 in Buchenwald verstorben ist. Entsprechende Auskunft erteilte mir auch das Einwohnermeldeamt auf telefonische Rückfrage.

An der Richtigkeit dieser Auffassung sind jedoch insofern Zweifel aufgetaucht, als der am 23. März 1965 vom Vernehmungsrichter des Amtsgerichts Tiergarten - Abteilung 348 - vernommene Zeuge Hans Nelson, 1 Berlin 61, Urbanstraße 137, wie folgt ausgesagt hat:

"Befragt, ob mir weitere Angehörige des Referats IV D 2 bekannt sind, die als Beschuldigte oder Zeugen in Betracht kommen, möchte ich noch Ernst Oppermann erwähnen. Mir ist gesagt worden, daß er 1948 in Buchenwald verstorben sein soll. Ich habe etwas Gegenteiliges gehört. Ein früherer Kollege, ein Amtsgehilfe aus IV D 2, an dessen Namen ich mich leider nicht erinnern kann, der aber damals in der Wissmannstraße in Neukölln wohnte, hat mir erzählt, daß Oppermann bei einer Senatsdienststelle beschäftigt sei, und zwar wieder als Amtmann oder sogar Amtsrat. Wie die Dienststelle im einzelnen heißt, weiß ich nicht. Sie hat irgendetwas mit Entschädigung oder Enteignung zu tun, also entweder Entschädigungsamt oder eine Dienststelle des Senators für Bau- und Wohnungs- wesen. Der Kollege hat, wie er mir sagte, Oppermann selbst aufgesucht und sich von ihm bestätigen lassen, daß er nur

Amtsgehilfe des RSHA war. Zu meiner Zeit gab es in IV D 2 nur einen Boten. Wenn ein anderer Zeuge einen Waldemar Burisch als Boten angegeben hat, so könnte das der von mir Genannte sein."

Bei dem von Nelson genannten "Kollegen" könnte es sich um den angeblich als Bote im Referat IV D 2 des RSHA tätig gewesenen Waldemar Burisch, Berlin, Mahlowerstraße 8, handeln, der von einem anderen Zeugen benannt worden ist.

Ich bitte, die Angaben des Zeugen Nelson zu überprüfen und mir das Ergebnis der Ermittlungen umgehend bekanntzugeben. Die Unterlagen des Amtsgerichts Berlin-Hermsdorf, bei dem der Tod von Oppermann beurkundet sein soll, habe ich selbst angefordert und werde sie auswerten.

Im Auftrage

(Schneider)
Assessor

Le

Der Oberstaatsanwalt

bei dem Landgericht
4 Js 1676/64

8	Anlagen
	Abschriften
	DM Kost M.

122
221 Itzehoe, den 18. März 1965

Breitenburgerstr. 70
Fernruf 2782



An den

Herrn Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
-Arbeitsgruppe Reichssicherheitshauptamt-

(1) Berlin 21

Turmstr. 91.

zu: 1 Js 1/65 (RSHA)

W. JS
24. MARZ 1965

Kerry Ass.-blau, der
mit der Brieke zum Rück-
sprache.

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen Helfer des früheren SS (SD) Obersturmbannführers Eichmann wegen NS-Gewaltverbrechen gegen die Juden in Dänemark im Jahre 1943;

- hier:
- 1) früherer Regierungsmann im RSHA und SS (SD) Hauptsturmführer Werner Krysak, geb. am 20.1.1906 in Küstrin,
 - 2) SS-Obersturmführer Max Pachow, geb. am 13.10.1910 in Hoyerswerda,
 - 3) SS-Obersturmführer Richard Hartenberg, geb. am 27.4.1911 in Wien.

Bezug: Rücksprache Staatsanwalt Nagel / Staatsanwalt Jans in Berlin am 5.2.1965.

Die Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigburg hat mir ihre Vorgänge betreffend Vorermittlungen wegen der Judenverfolgungen in Dänemark - 9 AR-Z 26/64 - übersandt, weil sich meine Zuständigkeit aus dem Wohnsitz des Hauptbeschuldigten Krysak ergäbe. Im Zuge der Ermittlungen hat sich herausgestellt, daß Krysak jedoch nicht als Hauptbeschuldigter anzusehen ist. Nach den bei der Arbeitsgruppe Reichssicherheitshauptamt befindlichen Unterlagen, die zum größten Teil aus dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes in Bonn stammen, oblag die Ausführung des von Hitler am 21. September 1943 erteilten Befehls zur Deportation der dänischen Juden dem Referat IV B 4 des Reichssicherheitshauptamtes, das den damaligen BdS Kopenhagen, SS-Standartenführer

Dr. Rudolf Mildner, mit der Leitung der Aktion betraute. Zur Vorbereitung der Aktion entsandte das Reichssicherheits-hauptamt ein Sonderkommando nach Kopenhagen, das von dem Stellvertreter Eichmanns, Günther, geführt wurde. Diesem Sonderkommando gehörten u.a. auch die Angehörigen des Referats IV B 4, Kryschak, Pachow und Hartenberger an. An den Vorbereitungen zur Deportation der dänischen Juden soll ferner der SS-Sturmbannführer Dr. Karl-Heinz Hoffmann, geb. am 12.2.1912 in Duisburg, jetzt Rechtsanwalt in Koblenz, maßgeblich beteiligt gewesen sein. Nach den Aussagen Hoffmanns vor der dänischen Kriminalpolizei im Jahre 1947 hat er den Führern der zu der Festnahmekaktion herangezogenen Schutzpolizeieinheiten die Einzelanweisungen über die Durchführung der Aktion erteilt und ihnen die erforderlichen Unterlagen ausgehändigt. Er soll ferner die Leiter der i-n Dänemark verteilten Gestapo-Außenstellen zusammengerufen und ihnen ebenfalls entsprechende Befehle erteilt haben. Die Tätigkeit Kryschaks hat nach den vorhandenen Unterlagen im wesentlichen darin bestanden, daß er den Transport der festgenommenen Juden von Kopenhagen nach Theresienstadt begleitete, gemeinsam mit Pachow und Hartenberger.

Der Sachbearbeiter des hiesigen Verfahrens, Staatsanwalt Jans, hat bei seiner Rücksprache in Berlin am 5.2.1965 festgestellt, daß die Arbeitsgruppe Reichssicherheitshauptamt bereits seit längerer Zeit umfangreiche Ermittlungen bezüglich der Beschuldigungen, die Gegenstand des hier anhängigen Verfahrens sind, geführt hat. Sie verfügt insbesondere über Kenntnisse aus Dokumenten, die hier bislang unbekannt waren, da sie auch in dem Abschlußbericht der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen vom 21. Oktober 1964 nicht erwähnt sind. Da in die Ermittlungen der Arbeitsgruppe Reichssicherheitshauptamt auch Kryschak, Pachow und Hartenberger als Beschuldigte einbezogen sind, beabsichtige ich, das hier

124

- 3 -

anhängige Ermittlungsverfahren aus den dargelegten Gründen einzustellen. Hinzu kommt, daß die von dort geführten Ermittlungen sich auch gegen den SS-Sturmbannführer Dr. Hoffmann richten. Für diese Ermittlungen ist eine hiesige Zuständigkeit nicht gegeben.

Ich bitte daher um baldige Mitteilung, ob die Ermittlungen u.a. gegen Kryschat, Pachow und Hartenberger von dort aus weitergeführt werden und sichergestellt ist, daß insoweit die Verjährung der Strafverfolgung rechtzeitig unterbrochen wird.

Im Auftrage:
gez. Völker
Erster Staatsanwalt

Beglaubigt:

Reeves
Justizamtssekretär.



Vfg.

- ✓ 1. Herrn Leiter der Arbeitsgruppe mit der Bitte um Kenntnisnahme.
- ✓ 2. zu schreiben an die Staatsanwaltschaft in Itzehoe
z.Hd. von Herrn Ersten Staatsanwalt Völker :
(mit 2 Durchschlägen)
- zu: 4 Js 1676/64
- Betrifft: wie Anlage
- Bezug: Dortiges Schreiben vom 18. 3. 1965

Sehr geehrter Herr Kollege,

auf Ihr oben angegebenes Schreiben teile ich Ihnen mit, daß ^{fürstens} ~~der Kriminelle~~ das Ermittlungsverfahren 4 Js 1676 / 64 der Staatsanwaltschaft ~~in Itzehoe u.a.~~ gegen Kryschat, Pachow, Hartenberger und Dr. Hoffmann ~~nicht nach hier übernommen~~ und von meiner "Arbeitsgruppe Reichssicherheitshauptamt" weitergeführt werden kann. ~~und hier verfolgt werden~~.

Die Ermittlungen meiner Arbeitsgruppe ~~können~~ sich ~~lediglich~~ gegen die früheren Angehörigen des Reichssicherheitshauptamtes, ~~richten~~, die verdächtig sind, von Berlin aus an Maßnahmen im Rahmen der "Endlösung der Judenfrage" mitgewirkt zu haben. ~~hingegen ermittelte es nicht gegen~~ Ich bin dagegen nicht zu ~~ständig~~, soweit frühere RSHA - Angehörige, ~~die~~ außerhalb Berlins ~~im Rahmen der~~ für die Judenvernichtung tätig geworden sind.

Zwar sind in dem hiesigen Ermittlungsverfahren 1 Js 1 / 65 (RSHA) auch Kryschat, Pachow, Hartenberger und Dr. Hoffmann Beschuldigte. Entsprechend meiner Zuständigkeit wird ihnen jedoch nur vorgeworfen, sich als Angehörige des Referate IV B 4 (Kryschat, Pachow und Hartenberger) sowie IV D 4 (Dr. Hoffmann; aber nur bis August 1943) durch ihre Tätigkeit im Reichssicherheitshauptamt in Berlin an der Ermordung mehrerer Millionen Juden in Europa beteiligt zu haben. Soweit die Betroffenden im Falle Dänemark an Ort und Stelle in die Deportationen eingegriffen haben, sind sie von dem hiesigen Verfahren nicht betroffen, da keine Zuständigkeit gegeben ist. Bei Dr. Hoffmann kommt noch hinzu, daß er - wie oben bereits ~~ausgegliucht~~ angedeutet - im Zeitpunkt der Judenmaßnahmen in Dänemark schon aus dem "eichssicherheitshauptamt ausgeschieden und Leiter der Abteilung IV beim BdS Dänemark war.

126

Abschließend darf ich noch bemerken, daß es grundsätzlich auch nicht meine Aufgabe ist, gegen Angehörige des Reichssicherheitshauptamtes, die bereits in staatsanwaltlichen Ermittlungsverfahren gegen örtliche Täter in Erscheinung getreten sind, gesondert zu ermitteln. Dies kommt bereits in dem Rundschreiben der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg vom 15. 1. 1964 (4 / 64) zum Ausdruck. Es ist dort ausgeführt, daß die Berliner Arbeitsgruppe nur den Gesamtkomplex Reichssicherheitshauptamt untersucht, soweit er noch nicht anderweitig anhängig ist.

Hochachtungsvoll

30. MRZ. 1965

(Severin)
Oberstaatsanwalt

3. Herrn Leiter der Arbeitsgruppe mit der Bitte um Zeichnung.
4. Diese Verfügung und einen Durchschlag von Ziff. 2 mir vorlegen, mit d. Ablage.
- ✓ 5. Einen weiteren Durchschlag Herrn Leiter der Arbeitsgruppe zu den Akten.

Berlin, dne 30.3.1965



gff 31. MRZ. 1965 Le
gff zu 2) S.hb. 3x + ab

- 1. April 1965 Le

1 Js 1/65 (RSHA)

An die
Staatsanwaltschaft
z.Hd. von Herrn
Ersten Staatsanwalt Völkner

221 I t z e h o e

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen Helfer des früheren SS (SD) Obersturmbannführers Eichmann wegen NS-Gewaltverbrechen gegen die Juden in Dänemark im Jahre 1943;

- hier:
1. früherer Regierungsamtmann im RSHA und SS (SD) Hauptsturmführer Werner Kryschak, geboren am 20. Januar 1906 in Küstrin,
 2. SS-Obersturmführer Max Pachow, geboren am 13. Oktober 1910 in Hoyerswerda,
 3. SS-Obersturmführer Richard Hartenberger, geboren am 27. April 1911 in Wien.

Bezug: Dortiges Schreiben vom 18. März 1965
- 4 Js 1676/64 -

Sehr geehrter Herr Kollege!

Auf Ihr oben angeführtes Schreiben teile ich Ihnen mit, daß ich mich nicht in der Lage sehe, das bei Ihnen anhängige Ermittlungsverfahren 4 Js 1676/64 gegen Kryschak, Pachow, Hartenberger und Dr. Hoffmann zu übernehmen und hier weiterzuführen.

Die Ermittlungen meiner Arbeitsgruppe richten sich ausschließlich gegen die früheren Angehörigen des Reichssicherheits-hauptamtes, die verdächtig sind, von Berlin aus an Maßnahmen im Rahmen der "Endlösung der Judenfrage" mitgewirkt zu haben. Hingegen ermittle ich nicht gegen frühere RSHA-Angehörige, die außerhalb Berlins im Rahmen der Judenvernichtung tätig geworden sind. Zwar sind in dem häesigen Ermittlungsverfahren

128

1 Js 1/65 (RSHA) auch Kryschak, Pachow, Hartenberger und Dr. Hoffmann Beschuldigte. Entsprechend meiner Zuständigkeit wird ihnen jedoch nur vorgeworfen, sich als Angehörige der Referate IV B 4 (Kryschak, Pachow und Hartenberger) sowie IV D 4 (Dr. Hoffmann; aber nur bis August 1943) durch ihre Tätigkeit im Reichssicherheitshauptamt in Berlin an der Ermordung mehrerer Millionen Juden in Europa beteiligt zu haben. Soweit die Betreffenden im Falle Dänemark an Ort und Stelle in die Deportationen eingegriffen haben, sind sie von dem hiesigen Verfahren nicht betroffen. Bei Dr. Hoffmann kommt hinzu, daß er - wie oben bereits ausgeführt - im Zeitpunkt der Judenmaßnahmen in Dänemark schon aus dem Reichssicherheitshauptamt ausgeschieden und Leiter der Abteilung IV beim BdS Dänemark war.

Abschließend darf ich noch bemerken, daß es grundsätzlich auch nicht meine Aufgabe ist, gegen Angehörige des Reichssicherheitshauptamtes, die bereits in staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren gegen örtliche Täter in Erscheinung getreten sind, gesondert zu ermitteln. Dies kommt bereits in dem Rundschreiben der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg vom 15. Januar 1964 (4/64) zum Ausdruck. Es ist dort ausgeführt, daß die Berliner Arbeitsgruppe den Gesamtkomplex Reichssicherheitshauptamt nur untersucht, soweit er noch nicht anderweitig anhängig ist.

Hochachtungsvoll
Im Auftrage

(Severin)
Oberstaatsanwalt
(Leiter der Arbeitsgruppe)

Le

129/130

Fehlblatt

Bl. 129/130 entlieftet und zu den HA genommen
(handschrift des Kern. erudens vom 6/4/65
an das Af Heidenheim betr. Wanne).

9/8/65
y

Vfg.

1. Herrn Leiter der Arbeitsgruppe mit der Bitte um Kenntnisnahme.
2. zu schreiben an das Oberlandesgericht in Karlsruhe
12. Zivilsenat :

zu : 7 U 37 / 64 b Entsch.

0 (E II) 38 / 61

Betrifft: Dr. Franz Schüler gegen das Land Baden - Württemberg.

Bezug: Dortiges Schreiben vom 2. 4. 1965.

Auf das oben angegebene Schreiben teile ich mit, daß der frühere Kriminalsekretär Oskar B a a d e r in den Telefonverzeichnissen des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) von 1942 und 1943 und in der sog. Seidl - Aufstellung als Angehöriger des Referats IV A 4 aufgeführt ist. Nach der sog. Ostliste wohnte Baader im Krieg in Berlin - Steglitz, Schlagerstraße 2. Weitere Angaben zur Person sowie sein gegenwärtiger Aufenthalt konnten bisher noch nicht ermittelt werden.

Das Referat des RSHA, das nach den Geschäftsverteilungsplänen mit stand vom 1. 3. 1941, 1. 1. 1942 und 1. 10. 1943 im Jahre 1942 die Bezeichnung IV A 4 führte, bearbeitete in der Gruppe IV A (" Gegener, Sabotage und Schutzdienst; Gruppenleiter SS-Standartenführer und Regeirungsdirektor Panzinger) das Aufgabengebiet " Schutzdienst, Attentatsmeldungen, Überwachungen, Senderaufträge, Fahndungstrupp ". Referatsleiter war SS'Sturmabnführer RuKR Schulz.

Ich gehe mangels weiterer Angaben davon aus, daß es sich bei dem in dem oben angegebenen Schreiben genannten, mir bisher nicht bekannten Vorgang " RSHA - IV A 4 b - 840 / 42 gegen Dr. Franz Schüler " um einen solchen aus dem Jahre 1942 handelt, obwohl hier die Unterteilung des Referats IV A 4 in Abteilungen a und b für das Jahr 1942 noch nicht aufgetaucht ist. Der Vollständigkeit halber möchte ich jedoch darauf hinweisen, daß Eichmanns Judenreferat IV B 4 etwa im April 1944 die neue Bezeichnung IV A 4 b bei gleichbleibendem Aufgabengebiet erhielt. Es wäre immerhin denkbar, wenn auch sehr unwahrscheinlich, daß der dort vorhandene Vorgang zwar mit dem Aktenzeichen aus 1942 jedoch erst 1944 unter der neuen Referatsbezeichnung vom Eichmann - Referat bearbeitet worden ist. Entscheidend kommt es darauf an, was Gegenstand des Vorgangs war.

Akten des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes konnten im Zuge der hiesigen Ermittlungen noch nicht erfaßt werden. Es kann wohl mit großer Wahrscheinlichkeit angenommen werden, daß sie gegen Ende des Krieges vollständig vernichtet worden sind. Meine Erkenntnisse stützen sich auf Unterlagen, die vom RSHA an örtliche Dienststellen oder andere "eichsbehörden gesandt und dort nicht zerstört worden sind.

Die oben zitierten Telefonverzeichnisse des RSHA sind in den im Bundesarchiv in Koblenz vorhandenen sog. Alexandria - Akten enthalten. Bei der sog. Seidl - Aufstellung handelt es sich um eine vermutlich von den Amerikanern für einen der Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse zusammengestellte Personalliste des ~~RSHA~~ Amtes IV im RSHA, die der Verteidiger Seidl in den Prozess 1 Ks 21 / 50 Sta München II gegen Huppenkothen eingebbracht hat. Die sog. Ostliste ist eine auf bisher nicht bekannten Quellen beruhende Nachkriegsaufstellung über die Angehörigen des RSHA, die in Ablichtung im sog. Deutschen "entralarchiv in Potsdam vorliegt.

Im Auftrage

(Severin)

Oberstaatsanwalt

3. Herrn Leiter der Arbeitsgruppe mit der Bitte um Zeichnung.
4. 1 Durchschrift H.L.d.A. zum dortigen Verbleib.
5. Urschrift dieser Verfügung und 1 Durchschlag mir vorlegen.

Berlin, den 8. 4. 1965



1 Jg 1/65 (RSKA)

NB

W

1) Alle erforderl.

Sprachkammerälter

J. Kühn,
Erhard

II / 648 Berlin

2) Vorlage nach Eingang

Dr. 7.4.65

zu 1) Rücken auf
- 8. APR. 1965 Jch

Dr.

+32147

Der Polizeipräsident in Berlin

N34

I 1 - KI 2 -1728/65

(Angabe bei Antwort erbeten)

1 Berlin . 42 , den 8 . 4 . 19 65
Tempelhofer Damm 1-7

Fernruf: 66 0017

Im Innenbetrieb: (95) 42 31

} App. 30 15

An den
Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
z.H. von Herrn Assessor
S c h n e i d e r

l B e r l i n 21
Turmstr. 91

Betrifft: Ermittlungsverfahren 1 Js 1/65 RSHA
gegen frühere Angehörige des RSHA we-
gen Verdachts der Beteiligung an Maßnah-
men im Rahmen der "Endlösung der Juden-
frage";
hier: O p p e r m a n n, Ernst,
19.10.1906 in Berlin geb.,

Bezug: Dort. Schreiben vom 25.3.1965

Anlage: -1- Bericht

Als Anlage übersende ich Ihnen einen Bericht, aus
welchem das Ergebnis der hiesigen Ermittlungen er-
sichtlich ist.

Im Auftrage

Paué

(Paul), KK

Ma

**Staatsanwaltschaft
bei dem Landgericht München II**

MÖ.
Aktenzeichen: 10 a Js 29/60
(bitte bei allen Zuschriften angeben!)



8.4.1965
BS

Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht München II

An den
Herrn Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
- zu Hd. v. Herrn Ger.Ass.
Schneider -

1 Berlin 21
Turmstraße 91

Betreff: Ermittlungsverfahren gegen W. Zoepf und and.
wegen Verdachts der Beihilfe zum Mord

Zu Ihrem Schreiben vom 17.3.1965
- 1 Js 1/65 (RSHA) -

Mit 1 Anklageschrift gegen Karl Wolff

Sehr geehrter Herr Kollege!

Verbindlichen Dank für Ihre Auskünfte und die übersandten Unterlagen. Leider konnte ich die Dinge bisher noch nicht genauer studieren.

Die Durchsicht der Dokumente ergab, daß sich jedenfalls die meisten bereits hier ~~hier~~ den sehr umfangreichen Akten befinden. Gegen Ende April werde ich wieder überwiegend für das im Betreff bezeichnete Ermittlungsverfahren arbeiten; es wird zu einer wohl recht umfangreichen Anklageschrift kommen.

Ich wäre dankbar, wenn Sie mich über neue Ermittlungsergebnisse,

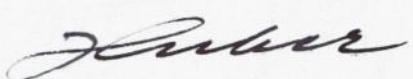
B6

- 2 -

die für mein Verfahren von Bedeutung sein können, weiterhin unterrichten könnten.

Falls Sie nach München kommen, besuchen Sie mich bitte zu einer Besprechung.

Hochachtungsvoll



(Huber)
Erster Staatsanwalt

**Der Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht**

Gesch.-Nr.: 1 Js 1/65 (RSHA)

Bitte bei allen Schreiben angeben!

An das
Standesamt Reinickendorf

Nur in dieser Sache I Berlin 21, den 24. März 1965
(betr. RSHA) Anschrift:

Turmstr. 91, Zimmer

Fernruf: 35 01 11 (933)

I Berlin 19 (Charlottenburg), den

Amtsgerichtsplatz, 1

Fernruf 34 03 71 (968)

Sprechstunden: Montags bis freitags

19

10.00 - 12.00 Uhr



Betreff: Oppermann, Ernst, geboren am 19. Oktober 1906
in Berlin, früher Regierungsaatmann

In einem hier anhängigen Ermittlungsverfahren ist bekanntgeworden,
daß der Obengenannte am 29. Juni 1948 in Buchenwald verstorben
und sein Tod unter Nr. 526/48 beim Standesamt Berlin-Hermsdorf
beurkundet sein soll. Sollte dies zutreffen, bitte ich um bald-
mögliche Übersendung einer Sterbeurkunde und der eventuell vor-
handenen Sachunterlagen, die eine Nachprüfung der Todesumstände
zulassen.

Im Auftrage
Schneider
Assessor

Leder
Begläubigt
Justizangestellte

+ Bok

— Stand VII —

Urschriftlich

19. APR 1961
F.G.
an ... Miss. ... ausender
mit 1 originalen Personenstandsurkunde(n) + 1 Fotokopie
~~Ersatzurkunde(n)~~ zurückgesandt.

Berlin-Wittenau, den
Standesamt Reinickendorf von Berlin

Der Standesbeamte

I.V.

Dipl. gr.

Amtsgericht München

Abt. Strafgericht

Registratur S

8 München, Mariahilfplatz 17a

Eingang II

Parteiverkehr: Mo.-Fr.: 8-12 Uhr

Ortsverkehr Tel. 5597/611

(durchwählen)

Fernverkehr Tel. 55971

8.4.65

B8

Zimmer Nr. 47

An den Generalstaatsanwalt
beim Kammergericht
Berlin 21, Turmstr. 91

Betreff:

1 Js 1/65 RSHA - Ihr Schreiben vom 16.II.65
Willi Dienst, 1.Januar 1912 geboren.

11 APR. 1965

FS

Trotz eingehender Nachforschungen konnte im hiesigen Archiv
kein Nachweis gefunden werden, dass ~~sein~~ Dienst nach 1945
in einem bayerischen Internierungslager festgehalten wurde.

Auch Entnazifizierungsakten konnten keine aufgefunden werden.

Falls inzwischen anderweitig die Aufenthaltsorte von ihm
festgestellt werden könnten, wird um Mitteilung gebeten, wo er
sich im April-Mai 1946 aufgehalten hat, damit seine Spruchkammer-
akten aufgefunden werden können.

Amtsgericht München, Abt. 4

— Registratur S +
Mariahilfplatz 17a

Andreas

(Truchsess, Justizangestellte)

18 1/65 (RSHA)

B9

Vf.

- 1/ Anrede: Der Vf. 2/ 148/61 STA Hannover
berufe die Tatigkeit des SEK Saar
in Kuhnhof.
- 1/ Name f. A.S.S. Roessig Zuständigkeitsbereich unter
Kunnen auf die Rückgrat verlegt mit
der Bitte um Rückgabe nach Einvernehmen

Per. 22. 3. 65

Sd.

Eier! Sper!

4
A.

✓ 1) RT 2 p 148/h St. hammer brummen & zwitschern

2) brummt bestimmt in 2 p 1/k- (kS+1) min dazwischen liebt

zu 1) 5 BT - gelb.
- 9. APR. 1965 Schi

Ruth 8. 4. 65

**Staatsanwaltschaft
bei dem Landgericht**

Bitte bei allen Schreiben angeben:
Geschäfts-Nr.

2 Js 148/61

3 Hannover, den 1. 3. 1965
Volgersweg 65
Fernruf 16171

Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht, 3 Hannover, Volgersweg 65

An den

Herrn Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
- Arbeitsgruppe -

1. Berlin 21
Turmstraße 91



Zu: 1 Js 1/65 (RSHA).

In dem Ermittlungsverfahren gegen Walter Keuck u. And. wegen Beihilfe zu Morden werden unter Bezugnahme auf das dortige Schreiben vom 25.1.1965 anliegend die hiesigen Akten

2 Js 148/61

übersandt.

Rückgabe nach 4 Wochen.

Auf Anordnung
Lüdinger
(Mainzer)
Justizangestellte

141

**OBERLANDESGERICHT
KARLSRUHE**

12. ZIVILSENAT

7 U 37/64b Entsch.
O (E II) 38/61

-7. APR 1965

VS

75 Karlsruhe, den 2.4. 1965
Hoffstr. 10

Herrn Dr. h.c. Baader In Sachen
mit der Akte von reicher
Veranlassung Dr. Schüler gegen Ld. Baden-Würt-
temberg
Aufzeichnungen bei mir
für Zeichnung - wegen Entschädigung

In obiger Sache wird der frühere Kriminalsekretär Baader vom Reichssicherheitshauptamt - nähere Personalien nicht bekannt - als Zeuge benötigt. Es wird um Auskunft über den Verbleib des Genannten gebeten. Ferner wird um Auskunft gebeten, ob und gegebenenfalls wo Akten über Einzelsevorgänge des Reichssicherheitshauptamtes verwahrt werden. Hier interessiert der Vorgang RSHA - IV A 4b - 840/42 gegen Dr. Franz Schüler. Es muß sich um mehrere Bände Akten gehandelt haben. Mit welchem Aufgabenkreis war die Abteilung IV A 4b des RSHA befaßt?

Der Einzelrichter:

gez. Wittber

Ausgefertigt:

Der Urkundsbeamte der Geschäftsstelle

Panspach
(Panspach)



An den Herrn
Generalstaatsanwalt
b.d.Kammergericht Berlin
z.Hd.v.H.Oberstaatsanwalt Severin

B e r l i n

Vfg.

- ✓ 1. Herrn Leiter der Arbeitsgruppe mit der Bitte um Kenntnisnahme.
 2. zu schreiben an das Oberlandesgericht in Karlsruhe
 12. Zivilsenat : (2 Durchschläge)

zu : 7 U 37 / 64 b Entsch.

O (E II) 38 / 61

SendeBetrifft: Dr. Franz Schüler gegen das Land Baden - Württemberg.Bezug: Dortiges Schreiben vom 2. 4. 1965.

Auf das oben angegebene ^{filiale} Schreiben teile ich mit, daß der frühere Kriminalsekretär Oskar Baader in den Telefonverzeichnissen des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) von 1942 und 1943 und in der sog. Seidl - Aufstellung als Angehöriger des Referats IV A 4 aufgeführt ist. Nach ~~deren~~ einer Ostliste wohnte Baader im Kriege in Berlin - Steglitz, Schlagerstraße 2. Weitere Angaben zur Person sowie sein gegenwärtiger Aufenthalt konnten bisher noch nicht ermittelt werden.

Das Referat des RSHA, das nach den Geschäftsverteilungsplänen ~~mit Stand~~ vom 1. 3. 1941, 1. 1. 1942 und 1. 10. 1943 im Jahre 1942 die Bezeichnung IV A 4 führte, bearbeitete in der Gruppe IV A (" Gegener, Sabotage und Schutzdienst; Gruppenleiter SS-Standartenführer und Regierungsdirektor Panzinger) das Aufgabengebiet " Schutzdienst, Attentatsmeldungen, Überwachungen, Senderaufträge, Fahndungstrupp ". Referatsleiter war SS-Sturmbannführer RuKR Schulz.

Ich gehe mangels weiterer Angaben davon aus, daß es sich bei dem im oben angegebenen Schreiben genannten, mir bisher nicht bekannten Vorgang " RSHA - IV A 4 b - 840 / 42 gegen Dr. Franz Schüler " um einen solchen aus dem Jahre 1942 handelt, obwohl hier die Unterteilung des Referats IV A 4 in Abteilungen a und b für das Jahr 1942 noch nicht aufgetaucht ist. Der Vollständigkeit halber möchte ich jedoch darauf hinweisen, daß Eichmanns Judenreferat IV B 4 etwa im April 1944 die neue Bezeichnung IV A 4 b bei gleichbleibendem Aufgabengebiet erhalten. Es wäre immerhin denkbar, wenn auch sehr unwahrscheinlich, daß der dort ^{untergeordnete} verhandelte Vorgang zwar mit dem Aktenzeichen aus 1942, jedoch erst 1944 unter der neuen Referatsbezeichnung vom Eichmann - Referat bearbeitet worden ist. Entscheidend kommt es darauf an, was Gegenstand des Vorganges war. //

Original

Akten des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes konnten im Zuge der hiesigen Ermittlungen noch nicht ~~erfaßt~~ ^{entzweit} werden. Es kann ~~wohl~~ mit großer Wahrscheinlichkeit angenommen werden, daß sie gegen Ende des Krieges ^{an e. b. v. A. A. P. f. d. T. d.} ~~vollständig~~ vernichtet worden sind. Meine Erkenntnisse stützen sich auf Unterlagen, die vom RSHA an örtliche Dienststellen oder andere "eichsbehörden" gesandt und ~~dort erhalten geblieben~~ ~~dort nicht zerstört~~ worden sind.

Die oben zitierten Telefonverzeichnisse des RSHA sind in den im Bundesarchiv in Koblenz vorhandenen sog. Alexandria - Akten enthalten. Bei der sog. Seidl - Aufstellung handelt es sich um eine vermutlich von den Amerikanern für einen der Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse zusammengestellte Personalliste des ~~Kriegs~~ Amtes IV im RSHA, die der Verteidiger Seidl in den Prozess 1 Ks 21 / 50 Sta München II gegen Huppenkothen eingebracht hat. Die sog. "Ostliste" ist eine auf bisher nicht bekannten Quellen beruhende Nachkriegsaufstellung über die Angehörigen des RSHA, die in Ablichtung im sog. Deutschen "entralarchiv" in Potsdam vorliegt.

- 8. APR. 1965
Im Auftrage
(Severin)
Oberstaatsanwalt

- ✓ 3. Herrn Leiter der Arbeitsgruppe mit der Bitte um Zeichnung.
~~Karteikarten freuen~~.
- ✓ 4. 1 Durchschrift H.L.d.A. zum dortigen Verbleib.
5. Urschrift dieser Verfügung ^{des Schreibens vom 2.4.65} und 1 Durchschlag mir vorlegen.

Berlin, den 8. 4. 1965



gg. 15.4.65 Ser.
Zur 1/ Schreib. 5x
Tab
21. APR. 1965 

1 Js 1/65 (RSHA)

An das
Oberlandesgericht Karlsruhe
- 12. Zivilsenat -

75 K a r l s r u h e
Hoffstraße 10

zu: 7 U 37/64b Entsch.
O (E II) 38/61

Betrifft: Sache Dr. Franz Schüller
gegen das Land Baden-Württemberg

Bezug: Dortiges Schreiben vom 2. April 1965

Auf das oben angeführte Schreiben teile ich mit, daß der frühere Kriminalsekretär Oskar Baader in den Telefonverzeichnissen des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) von 1942 und 1943 und in der sogenannten Seidl-Aufstellung als Angehöriger des Referats IV A 4 aufgeführt ist. Nach einer "Ostliste" wohnte Baader im Kriege in Berlin-Steglitz, Schlageterstraße 2. Weitere Angaben zur Person sowie sein gegenwärtiger Aufenthalt konnten bisher noch nicht ermittelt werden.

Das Referat des RSHA, das nach den Geschäftsverteilungsplänen vom 1. März 1941, 1. Januar 1942 und 1. Oktober 1943 im Jahre 1942 die Bezeichnung IV A 4 führte, bearbeitete in der Gruppe IV A ("Gegner, Sabotage und Schutzdienst"; Gruppenleiter SS-Standartenführer und Regierungsdirektor Panzinger) das Aufgabengebiet "Schutzdienst, Attentatsmeldungen, Überwachungen, Sonderaufträge, Fahndungstrupp". Referatsleiter war SS-Sturmbannführer, Regierungs- und Kriminalrat Schulz.

Ich gehe mangels weiterer Angaben davon aus, daß es sich bei dem im oben angegebenen Schreiben genannten, mir bisher nicht bekannten Vorgang "RSHA - IV A 4b - 840/42 gegen Dr. Franz Schüler" um einen solchen aus dem Jahre 1942 handelt, obwohl hier die Unterteilung des Referats IV A 4 in Abteilungen a und b für das Jahr 1942 noch nicht aufgetaucht ist. Der Vollständigkeit halber möchte ich jedoch darauf hinweisen, daß Eichmanns Judenreferat IV B 4 etwa im April 1944 die neue Bezeichnung IV A 4b bei gleichbleibendem Aufgabengebiet erhielt. Es wäre immerhin denkbar, wenn auch sehr unwahrscheinlich, daß der dort interessierende Vorgang zwar mit dem Aktenzeichen aus 1942, jedoch erst 1944 unter der neuen Referatsbezeichnung vom Eichmann-Referat bearbeitet worden ist. Entscheidend kommt es darauf an, was Gegenstand des Vorganges war.

Originalakten des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes konnten im Zuge der hiesigen Ermittlungen noch nicht aufgefunden werden. Es kann mit großer Wahrscheinlichkeit angenommen werden, daß sie gegen Ende des Krieges auf entsprechende Anordnung zum größten Teil vernichtet worden sind. Die mir vorliegenden Erkenntnisse stützen sich auf Unterlagen, die vom RSHA an örtliche Dienststellen oder andere Reichsbehörden gesandt und dort erhalten geblieben sind.

Die oben zitierten Telefonverzeichnisse des RSHA sind in den im Bundesarchiv in Koblenz vorhandenen sogenannten Alexandria-Akten enthalten. Bei der sogenannten Seidl-Aufstellung handelt es sich um eine vermutlich von den Amerikanern für einen der Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse zusammengestellte Personalliste des Amtes IV

im RSHA, die der Verteidiger Seidl in den Prozeß 1 Ks 21/50 Staatsanwaltschaft München II gegen Huppenkothen eingebracht hat. Die "Ostliste" ist eine auf bisher nicht bekannten Quellen beruhende Nachkriegsaufstellung über die Angehörigen des RSHA, die in Ablichtung im sogenannten Deutschen Zentralarchiv in Potsdam vorliegt.

Im Auftrage

(Severin)
Oberstaatsanwalt

Sch

Der Senator für Inneres

I F 1 - 0258 (Kühn, Gerhard)

Berlin 31, den 14. April 1965
Fehrbelliner Platz 2
Fernruf: 87 04 86 App. 10
Innenbetrieb (95) 4265 3810
Fernruf: 7801 3810

147

An den
Herrn Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
- Arbeitsgruppe -

Vertraulich - Verschlossen!

Mit Empfangsbekenntnis!

EB ab

15. April 1965

alle

Betr.: Gerhard Kühn, geboren am 15. März 1902

Vorg.: Ihr Schreiben vom 8. April 1965 - 1 Js (RSHA) 1.65 -

Anl.: 1 Akte(n) / Auskunft des BDC / Fotokopie(n)

Auf Grund des § 17 - § 13 Abs. 4 des Zweiten Gesetzes zum Abschluß der Entnazifizierung vom 20. Dezember 1955 (GVBl. S.1022) übersende(n) ich / wir Ihnen die erbetene(n) Entnazifizierungsakte(n) - die Auskunft des Berlin Document Center Nummer vom und Fotokopie(n) sämtlicher / der wesentlichsten Unterlagen des BDC über den / die Obengenannte(n) zur Einsichtnahme mit der Bitte um Rückgabe der Akte(n) - Fotokopie(n) bis zum nach Gebrauch.

In meinem / unserem Archiv konnten keine Unterlagen über den / die Obengenannte(n) ermittelt werden.

Das Berlin Document Center hat durch die beigegebene Auskunft Nummer vom mitgeteilt, daß Unterlagen über den / die Obengenannte(n) nicht ermittelt werden konnten ("negativ").

Eine Weitergabe der Unterlage(n) ist nur im Rahmen des § 17 aaO. zulässig.

BA
Vf
nehmen

BD. 21.4.65
SD.

BR. 1. EB geh.
22. APR. 1965

Im Auftrage
M
(Magen)

148

Teilblatt

(Original - Bericht vom 28/4/65 - zu den HA gerückt).

9/8/65
y

149

Vfg.

S.B. 199 Ref. V

zu schreiben an die Zentralstelle in Ludwigsburg:

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen frühere Angehörige des ~~ehemaligen~~
 Reichssicherheitshauptamtes;
 hier: gegen Karl A n d e r s und 151 andere.

Bezugnehmend auf das von der "entralen Stelle der Landesjustizverwaltungen, Abteilung III vorgelegte" Verzeichnis von Dokumenten, die sich im Original im Staatsarchiv in Prag / CSR befinden" bitte ich, mir Ablichtungen folgender Dokumente zur Verfügung stellen zu wollen:

aus Teil II des Verzeichnisses Bild Nr. 169 - 174, 179, 180, 181 - 182, 183 - 184, 188, 189, 190 - 191, 191 - 193, 203, 204 (Nr. 129 und 130), 206 - 209, 210 - 214, 215, 216-217, 218 - 219, 220, 221, 222, 223 - 224, 225, 226, 227, 228, 229, 230, 231 (232 Nr. 146 und 147), 232, 233 - 234, 235, 236, 237, 238 (Nr. 154), 241, 242, 243, 255 - 256, 257 - 258, 270 - 271.

i.A.

Schneider
 (Assessor)

Bln, 14.4.65

Sch

22. APR. 1965 Lp
 Sch. 2x + ab 22/4. 6160-

150

1 Js 1/65 (RSHA)

An die
Zentrale Stelle der
Landesjustizverwaltungen

714 Ludwigsburg
Schorndorfer Straße 28

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen frühere Angehörige des
ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA);
hier: gegen Karl Anders und 151 andere

Bezugnehmend auf das von der Zentralen Stelle der Landes-
justizverwaltungen, Abteilung III, vorgelegte Verzeichnis
von Dokumenten, die sich im Original im Staatsarchiv in
Prag/CSR befinden, bitte ich, mir Ablichtungen folgender
Dokumente zur Verfügung stellen zu wollen:

Aus Teil II des Verzeichnisses

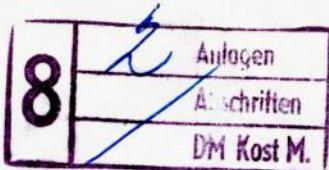
Bild Nr. 169-174, 179, 180, 181-182, 183-184, 188, 189, 190-191,
192-193, 203, 204 (Nr. 129 und 130), 206-209, 210-214,
215, 216-217, 218-219, 220, 221, 222, 223-224, 225,
226, 227, 228, 229, 230, 231 (Nr. 146 und 147), 232,
233-234, 235, 236, 237, 238 (Nr. 154), 241, 242, 243,
255-256, 257-258, 270-271.

Im Auftrage

(Schneider)
Assessor

Aktenzeichen: 22 Js 68/61

Obliges Aktenzeichen bei Rückantwort erbeten



8 München 35, den 12.2.1965

Postfach
Justizgebäude Maxburgstraße
(Fernruf: 55971)

151

Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht München I

An den
Herrn Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
1 Berlin 21
Turmstraße 91



Betrifft: Strafverfahren gegen Josef Oberhauser u.A.
wegen Beihilfe zum Mord

Zur dortigen Anfrage vom 27.1.1965 - Gesch.Nr. 1 Js 1/65 (RSHA)

Anlagen: 2

Das vorbezeichnete Strafverfahren hatte die Vergasung jüdischer Menschen in dem im Bezirk Lublin gelegenen Vernichtungslager Belzec zum Gegenstand.

Bei den ausgemittelten ehemaligen Angehörigen der deutschen Lagerbesatzung handelte es sich durchwegs um Leute, die vor ihrem Einsatz in Belzec im Rahmen des Euthanasieprogramms verwendet wurden und nach Einstellung der Euthanasie geschlossen dem SS- und Polizeiführer in Lublin, Odilo Globocnik (tot) zur Verfügung gestellt wurden. Die maßgebliche Dienststelle dieser Leute war demnach die "Reichsarbeitsgemeinschaft für Heil- und Pflegeanstalten", die mehr unter dem Namen "T 4" (= Tarnname nach dem Sitz der Dienststelle an der Tiergartenstraße 4) bekannt geworden ist. Diese Dienststelle war eng verflochten mit dem Hauptamt II der "Kanzlei des Führers".

In welcher Weise diese Dienststelle mit dem RSHA zusammengearbeitet hat, kann aus den hiesigen Unterlagen nicht geklärt werden. Ich empfehle Ihnen, sich insoweit mit der Staatsanwaltschaft Hamburg in Verbindung zu setzen. Meines Wissens ist

dort ein Verfahren gegen Angehörige der Dienststelle T 4 (Hauptbeschuldigter Allers) anhängig.

Möglicherweise könnte Ihnen zur weiteren Aufklärung als Zeuge noch der ehemalige Leiter der SS-Standortverwaltung in Lublin, SS-Sturmbannführer Georg Wippern, nunmehr wohnhaft in Saarbrücken, Am Eschberg, Block C links, nützlich sein. Wippern hat seinerzeit im Auftrag des RSHA die bei den Judenvernichtungsaktionen angefallenen Schmuck- und Wertgegenstände vereinnahmt und der weiteren Verwertung zugeführt.

Zu Ihrer weiteren Information füge ich Ihnen noch eine Zusammenstellung der im Verfahren Oberhauser bekanntgewordenen Dienststellen bei; ebenso eine Photocopie der Anklageschrift vom 8.8.1963. Oberhauser wurde zwischenzeitlich am 21.1.1965 vom Schwurgericht beim Landgericht München I zu 4 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt. Das noch nicht abgesetzte Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Hinsichtlich der übrigen in der Anklageschrift aufgeführten Angeschuldigten wurde die Eröffnung des Hauptverfahrens rechtskräftig abgelehnt.



(Bär)

Staatsanwalt

**Staatsanwaltschaft
bei dem Landgericht**

Bitte bei allen Schreiben angeben:

Geschäfts-Nr.

- 2 a Ks 1/64 -

314 Lüneburg, den 25. 2. 1965
Bardowicker Straße 31
Fernruf 6621

152

Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht, 314 Lüneburg, Bardowicker Str. 31

Herrn Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
- Arbeitsgruppe -

1 Berlin 21
Turmstraße 91



Auf Ihre Anfrage vom 25. 1. 1965 - 1 Js 1/65 (RSHA) -
2 Anlagen: 2 Schriftstücke.

Die Strafakten gegen D e g e n h a r d t u. A. sind zur Zeit nicht entbehrlich. Das Hauptverfahren ist eröffnet worden. Zur Zeit entscheidet die Strafkammer beim Landgericht Lüneburg darüber, ob die Sache als verhandlungsbereit anzusehen ist, weil der Hauptangeklagte D e g e n h a r d t krank ist.

Zur Information füge ich je ein Stück der Anklageschrift und des Abschlußvermerkes bei.

H o e n i s c h
Staatsanwalt



Der Leitende Oberstaatsanwalt
bei dem Landgericht Dortmund

Geschäfts-Nr.: 45 Js 1/61

Bitte bei allen Schreiben angeben!

46 Dortmund, den 25.2.1965

Saarbrücker Str. 5-9
Fernruf: 527821
Fernschreiber: 0822451
Postfach

153

An den
Generalstaatsanwalt bei dem
Kammergericht

1 Berlin
Turmstraße 91

Einschreiben



153.

Betrifft: Strafsache gegen den Rechtsanwalt Dr. Herbert Zimmermann u.A. wegen Mordes und Beihilfe zum Mord

Bezug: Ihr Schreiben vom 27.1.1965
-1 Js 1/65 (RSHA)

Anlage: Abdruck meiner Anklage vom
15.12.1964.

Wunschgemäß übersende ich Ihnen einen
Abdruck meiner Anklageschrift vom
15.12.1964 für die dortigen Vorgänge.

In Auftrage:
Schaplow
(Schaplow)
Staatsanwalt

Arbeitsgruppe 1/941

1 Js

Vfg.

1. zu schreiben

an die Staatsanwaltschaft in D o r t m u n d (Zentralstelle)
z.Hd. von Herrn Staatsanwalt Schaplow:

zu: 45 Js 1/61 gegen Dr. Zimmermann u.A.

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen frühere Angehörige des
ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA);

hier: gegen Karl A n d e r s u.A.

Bezug: Mein Schreiben vom 25. 2. 1965;
persönliche Rücksprache mit Herrn Staatsanwalt Schaplow
in Berlin am 5. 5. 1965.

Bezugnehmend auf die persönliche Rücksprache von Herrn Staats-
anwalt Schaplow am 5. 5. 1965 in Berlin bitte ich, mir baldmög-
lich Durchschriften der in dem o.a. Ermittlungsverfahren gegen
Dr. Zimmermann u.A. gefertigten Vernehmungen des beschuldigten
Dr. A l t e n l o h zur Verfügung zu stellen.

Weiterhin wäre ich für die Überprüfung dankbar, ob sich aus den
dortigen Unterlagen sonstige Anhaltspunkte dafür ergeben, daß
das RSHA- vornehmlich das Eichmannreferat IV B 4 - in irgend-
einer Weise an der Vernichtung der im Bezirk Bialystok leben-
den Juden mitgewirkt hat. Gegebenenfalls darf ich um Mitteilung
und Übersendung der entsprechenden Unterlagen zur Auswertung
bitten.

i.A.

Schneider

Assessor

Bln, 5. 5. 65

gef. 5.5.65 Sch
zu 1/ Scrb.



155/6

Fehlblatt

entnommen (Bl. 155) zu den HA 1751/65 bzw.

" 156 " " " 1757/65.

9/8/65

ly

1 Jg 1/65 (RSA)

157

✓ 1) Spalte Meldungen von Bl. 45, 12, 13,
und 14

PF

1, 1, 1, 1

der Sp. A 7 Sp. Jg 46/450 N Bie-1.
Dr. Tumber.

- ✓ 2) BA als dann sofort trennen.
- 3.) Meldungen mit PF 48 und vorlegen

Bl. 27. 4. 65

SD

zu 2) 37 ges.
10.5. He

1 Js 1/65 (RSHA)

158

V.

✓ 1.) Beilegen 141 Js 846/61 STA Flensburg
trennen.

2.) ~~zurück~~ W.V.

10/5/65
Y

Zu 1) BH geht.

10. Mai 1965
Ike

Teilblatt

Bl. 159/160 (Bericht vom 13/4/65)
zu den HA genommen.

9/8/65
y

Staatsanwaltschaft

bei dem Landgericht

FREIBURG I. BR.

1 Ks 1/64

Es wird gebeten, dieses Aktenzeichen
bei allen Schreiben anzugeben

161
78 FREIBURG I. BR., den 5. Februar 1965

Kaiser-Joseph-Straße 257

Fernsprecher: Justizzentrale Nr. 319 23



9	1	Anlagen
	—	Abdrücke
	—	DM Kost M.

An den

Herrn Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht

Berlin 21

Turmstr. 91

Betr.: Strafsache gegen Robert Weißmann und Arno Sehmisch
wegen Beihilfe zum Mord

Bezug: Dortiges Schreiben vom 27.1.1965 - 1 Js 1/65 (RSHA) -

Anlg.: 1

Beifolgend übersende ich ein Exemplar der Anklage vom 24.1.1964 in der im Betreff genannten Strafsache. Die Hauptverhandlung vor dem Schwurgericht hat am 25. Januar 1965 begonnen und wird voraussichtlich bis Ende April 1965 andauern.

Jm Ermittlungsverfahren und bis jetzt in der Hauptverhandlung haben sich keine Hinweise ergeben, ob und in welcher Weise das RSHA sichtbar an den Vernichtungsaktionen, die Gegenstand des Verfahrens sind, beteiligt war. Jm übrigen darf ich auf die Ausführungen in der Anklageschrift Bezug nehmen.

A handwritten signature in blue ink, appearing to read "Dr. Hertel."

(Dr. Hertel)
Staatsanwalt

162

Der Leiter der Zentralstelle im Lande Nordrhein-Westfalen
für die Bearbeitung von nationalsozialistischen Massenverbrechen
bei dem Leitenden Oberstaatsanwalt in Dortmund

Geschäfts-Nr.: 45 Js 14/62

Bitte bei allen Schreiben angeben!

46 Dortmund, den 18.2.1965

Saarbrücker Straße 5-9
Fernruf 5278 21-29
Postfach
Fernschreiber 08 22 451

An den
Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
- Arbeitsgruppe -
1 Berlin 21
Turmstraße 91



Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen Weirauch u.a.
wegen Beihilfe zum Mord.

Bezug: Schreiben vom 25.1.1965 - 1 Js 1/65 (RSHA) --.

Anlage: 1 begl. Abschrift meines Einstellungsvermerkes

Auf das Bezugschreiben übersende ich eine begl. Abschrift
meines Einstellungsvermerkes.

Die Akten nebst Beiakten habe ich an den Leitenden
Oberstaatsanwalt bei dem Landgericht Mainz zu 3 Js 51/65
zur Fortführung des Ermittlungsverfahrens gegen die Be-
schuldigten Türk und Reuter abgegeben.

Im Auftrage:

Dr. Kuhlmann
Staatsanwalt



Begläubigt:
Johann Hallermann
(Hallermann)
Justizangestellte

163

Für den Oberstaatsanwalt
bei dem Landgericht in Kiel
der gemäss § 145 GVG beauftragter
Staatsanwalt Plath aus Flensburg
2 Ks 6/63 Sta.Kiel

Flensburg, den 3. Februar 1965



Einschreiben!

1	4
	Anlagen
	Abschriften

DM. Kost M.

An den

Herrn Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht in Berlin
- Arbeitsgruppe RSHA -

1 Berlin 21
Turmstr. 91

Betrifft: Strafverfahren gegen Martin F e l l e n z
wegen Mordes.

Bezug: Ihr Schreiben vom 27.1.1965 - 1 Js 1/65 -.

Anlagen: 4 Schriftstücke.

Mit den Anlagen übersende ich je eine Abschrift
der ersten Anklage gegen Fellenz vom 5.4.1962, des Ur-
teils des Schwurgerichts bei dem Landgericht in Flensburg
vom 11.1.1963, des Urteils des 5.Strafsenats des BGH
vom 8.10.1963 sowie der Anklageschrift in der zweiten Sache
gegen Fellenz vom 1.9.1964.

Zum Stand der Verfahren ist folgendes zu sagen:

Gegen Fellenz waren zwei Strafverfahren anhängig.

Das erste Verfahren 2 Js 486/60 StA. Flensburg ~~■~~ = 2 Ks 1/62
StA. Flensburg ist bereits einmal vor dem Schwurgericht
bei dem Landgericht in Flensburg verhandelt worden (vgl.
Urteil des Schwurgerichts bei dem Landgericht in Flensburg
vom 11.1.63). Vor allem auf die Revision der Staatsanwalt-
schaft hin ist das Urteil durch den 5.Strafsenat des BGH
vom 8.10.63 aufgehoben worden (s.Anlage). Die Sache ist zur
erneuten Verhandlung und Entscheidung an das Schwurgericht
bei dem Landgericht in Kiel zurückverwiesen worden. Sie

trägt dort jetzt das Aktenzeichen 2 Ks 6/63 StA.Kiel. Staatsanwaltschaftlich wird sie entsprechend dem oben gegebenen Geschäftsauftrag meines Generalstaatsanwalts weiterhin von mir bearbeitet.

Im zweiten Verfahren gegen Fellenz (2 Js 117/63) ist das Hauptverfahren vor dem Schwurgericht eröffnet worden. Es trug das Aktenzeichen 2 Ks 1/64 StA.Flensburg. Sodann ist diese Sache mit der ersten Sache gegen Fellenz (2 Ks 6/63 StA. Kiel) zum Zwecke gemeinschaftlicher Verhandlung und Entscheidung verbunden worden.

In der somit jetzt vorliegenden einheitlichen Sache ist ein Termin zur Hauptverhandlung noch nicht anberaumt worden.

Dem Angeklagten Fellenz wird zur Last gelegt, als Stabsführer des SS- und Polizeiführers im Distrikt Krakau die Judenaussiedlungen in Krakau, Tarnow, Miechalowice, Reichshof und Przemysl verantwortlich geleitet und sich dadurch der Mittäterschaft zum Massenmord schuldig gemacht zu haben. Das Verfahren betrifft mithin lediglich die Massenvernichtung von Juden im sogenannten GG, nicht aber die ausserhalb von Aussiedlungen durch Angehörige der Geheimen Staatspolizei vorgenommenen Tötungen (Sonderbehandlungen). Da somit Einzeltötungen, die von Gestapo-Angehörigen vorgenommen worden sind, nicht Gegenstand des Verfahrens gegen Fellenz waren, kann ich auch nicht angeben, ob insoweit die Einzeltötungen (Sonderbehandlungen) auf generellen oder speziellen Befehlen des Reichssicherheitshauptamtes beruhen. In Bezug auf die Massenvernichtung der Juden im Wege von Judenaussiedlungen, und Vergasungen in Belzec, Treblinka, Sobibor und Maidaneck haben die Ermittlungen ergeben, dass insoweit diese Aktionen fast ausschliesslich im Generalgouvernement geplant und auch durchgeführt worden sind. Ein unmittelbarer Einfluss des Reichssicherheitshauptamtes war bisher insoweit nicht zu erkennen. Nach dem bisherigen Stand der Ermittlungen

ist davon auszugehen, dass der Höhere SS- und Polizeiführer im Generalgouvernement, SS-Obergruppenführer Krüger, vom Reichsführer SS den Auftrag bekommen hat, die Judenvernichtung in seinem Bereich (im GG) in eigener Zuständigkeit durchzuführen. In diesem Zusammenhang erhielt der SS- und Polizeiführer im Distrikt Lublin, SS-Brigadeführer Globocnik den Sonderauftrag, die vier schon bezeichneten Vernichtungslager zu errichten und zu betreiben. Die übrigen 4 SS- und Polizeiführer in den Distrikten Krakau, Warschau, Radom und Galizien (Lemberg) hatten die Aufgabe, die Juden ihres Bereiches zu sammeln und mit der Eisenbahn in die Vernichtungslager im Bereich Lublin abzutransportieren. Naturgemäß hat der SS- und Polizeiführer in Lublin in seinem eigenen Distrikt diese Tätigkeit ebenfalls vorgenommen. Da der Höhere SS- und Polizeiführer im GG und die SS- und Polizeiführer in den Distrikten - wie urkundlich nachgewiesen - sowohl der Sicherheits- als auch der Ordnungspolizei ihres Bereichs weisungsberechtigt waren und da die eigentlichen Judenaussiedlungen auf entsprechende Befehle der SS- und Polizeiführer zurückgehen, ist eine unmittelbare Einflussnahme des Reichssicherheitshauptamtes insoweit nicht zu erkennen. Das Reichssicherheitshauptamt hat teilweise nur die allgemeine Tätigkeit der Sicherheitspolizei gesteuert, Allerdings auch nur im beschränkten Umfang; denn das Generalgouvernement war ein an sich abgeschlossenes Gebiet; der Höhere SS- und Polizeiführer im Generalgouvernement war seit 1942 Staatssekretär für das Sicherheitswesen in diesem Bereich. Ein grosser Teil der Befehle auch zur Sicherheit im Generalgouvernement ist vom Höheren SS- und Polizeiführer ausgegangen. Das Nähere über die Durchführung der Judenaussiedlungen sowie die im Generalgouvernement bestehende Polizeiorganisation bitte ich den beiliegenden Anklageschriften zu entnehmen.

Im übrigen darf ich darauf hinweisen, dass zu dieser Frage auch im Eichmann Urteil einige Stellen enthalten sind. Das israelische Gericht hat nicht mit Sicherheit feststel-

- 4 -

len können, dass das Reichssicherheitshauptamt auch die Judenvernichtung im Generalgouvernement gesteuert hat. Es hat im Gegenteil ausgeführt, dass insoweit die Einflussnahme des Reichssicherheitshauptamtes nicht von Bedeutung war.

Der Ordnung halber teile ich mit, dass das hier vorliegende Aktenmaterial gegen Fellenz z.Zt. nicht über sandt werden kann, da es dem Schwurgericht in Kiel zur Vorbereitung der Hauptverhandlung vorliegt.

Plath

(P l a t h)

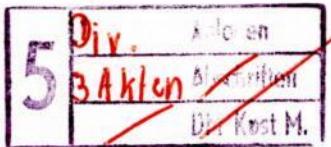
**Der Leiter der Zentralstelle im Lande Nordrhein-Westfalen
für die Bearbeitung von nationalsozialistischen Massenverbrechen
bei dem Leitenden Oberstaatsanwalt in Dortmund**

Geschäfts-Nr.: 45 Js 1/61
Bitte bei allen Schreiben angeben!

167
46 Dortmund, den 14.5.1965
Saarbrücker Straße 5-9
Fernruf 527821-29
Postfach
Fernschreiber 0822451

An den
Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht

1 Berlin
Turmstraße 91



Schnellpaket

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen frühere
Angehörige des ehemaligen Reichs-
sicherheitshauptamtes (RSHA);
hier: gegen Karl Anders u.A.

Bezug: Ihr Schreiben vom 5.5.1965;
persönliche Rücksprache des Unter-
zeichneten mit den Herren Staatsanwalt
Nagel und Gerichtsassessor Schneider
am 5. und 11.5.1965

Anlagen: 8 Vernehmungsniederschriften
3 Schnellhefter (Polen 1-3)

Vereinbarungsgemäß übersende ich Ihnen mit der
Bitte um Auswertung und Rückgabe folgende Ver-
nehmungsprotokolle:

- a) Dr. Altenloh vom 21. 9.1960 (Bd.II-1 Bl.122-131),
- b) Dr. Altenloh vom 21. 9.1961 (Bd.XII Bl.157-170),
- c) Dr. Altenloh vom 10. 7.1962 (Bd.XXIII Bl.130-136),
- d) Dr. Altenloh vom 19. 8.1963 (Bd.XXI Bl.114-125),
- e) Dr. Altenloh vom 20. 8.1965 (Bd.XXI Bl.150-154),
- f) Heimbach vom 21./22.5.1965 (Bd.XXII Bl.139-159),
- g) Heimbach vom 16./18.10.1963 (Bd.XXII Bl.81-101).

168

Ferner gebe ich mit verbindlichem Dank die mir zur Auswertung freundlicherweise überlassenen drei Schnellhefter mit Dokumenten über Polen (Polen 1 bis 3) zurück. Sollten dort noch weitere Dokumente, die insbesondere Hinweise auf die Tätigkeit von Dienststellen im Raum Bialystok enthalten, zur Verfügung stehen oder noch bekannt werden, darf ich um Mitteilung bitten.

Im Auftrage:

Schaplow
Staatsanwalt



Beglaubigt:

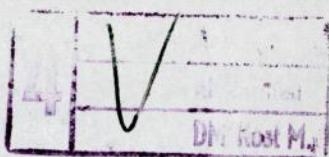
Lippemeier
(Lippemeier)
Justizangestellte

Landgericht Baden-Baden
- Der Untersuchungsrichter -

VU 1/65

Baden-Baden, den 19. Mai 1965

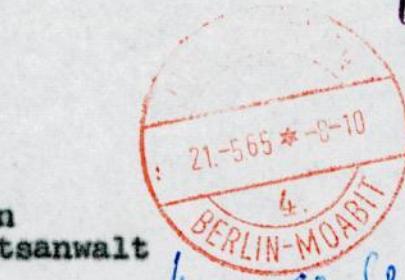
169



An die
Zentralstelle für die
Bearbeitung von national-
sozialistischen Verbrechen
bei dem Herrn Generalstaatsanwalt

B e r l i n 21 - West

Turmstrasse 91a



hier

Kerry G.H. Blumster
mit der Bitte um Rückgabe.

21. MAI 1965

Betreff: Strafsache gegen

1. Hellmuth Reinhard (alias Patzschke)
aus Unterwerschen

2. Wilhelm Wagner aus Altenkirchen
wegen Beihilfe zum Nord

Bezug: ohne

Anlagen: 1

Wie ich von der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltung in Ludwigsburg erfahren habe, soll die Zentralstelle für die Bearbeitung von nationalsozialistischen Verbrechen bei dem Herrn Generalstaatsanwalt in Berlin - vermutlich unter dem Aktenzeichen 1 AR (RSHA) 944/64 - eine umfangreiche Untersuchung über die Tätigkeit der beim Reichssicherheitshauptamt beschäftigten Personen führen. Ich hege deshalb die Hoffnung, dass möglicherweise dort Urkunden oder andere Beweismittel und Erkenntnisse vorhanden sind, die für das bei mir anhängige Verfahren erheblich sein könnten.

Aus der beiliegenden Abschrift der Verfügung über die Eröffnung der gerichtlichen Voruntersuchung ergibt sich im wesentlichen der Gegenstand des hier anhängigen Verfahrens. Das bisherige Belastungsmaterial stammt im wesentlichen aus einer Dokumentensammlung über

HO

"Die Deportierung der Juden aus Norwegen nach Auschwitz", zusammengestellt von Towiah Friedmann, herausgegeben durch die Stadtverwaltung von Ramat Gan, August 1963.

In dieser Dokumentensammlung ist zunächst einmal ein Fernschreiben folgenden Inhalts abgedruckt:

"+ Oslo Nr. 19898 25.11.42 0055 = GE =
An die Stapoleitstelle S t e t t i n =
G e h e i m =
Betr.: Abtransport von Juden aus Norwegen =
Dringend sofort vorlegen==
Vorg: ohne=

Aus besonderen Gründen kann ich erst heute mitteilen, das am 26.11.42 ein Schiffstransport von ungefähr 7 - 900 männlichen und weiblichen Juden in allen Altersstufen von Oslo nach Stettin durchgeführt werden wird. Die Überfahrt wird wahrscheinlich in gefähr 3 Tage beanspruchen.= Da das von der Kriegsmarine zur Verfügung gestellte Schiff nach seiner Ankunft in Stettin sofort wieder benötigt wird, bitte ich, die sofortige Ausschiffung und Unterbringung der Juden nach ihrer Ankunft vorzubereiten. Die Juden sollen nach Auschwitz verbracht werden. Ich habe soeben das RSHA-unterrichtet, und nehme an, dass von dort aus weitere Weisung erfolgt.=

B. D.S. U. SD- Oslo B.NR. ROEM.4 - GEZ. R E I N H A R D T ,
SS-STUBAF=+++ "

Das Schreiben bzw. FS, mit dem das Reichssicherheitshauptamt unterrichtet worden ist, ist in der Dokumentensammlung von T.Friedmann nicht enthalten. Es muss jedoch ein entsprechendes Blitz-FS unter der Nummer 19892 am 25.11.42 vom BDS Oslo an das Reichssicherheitshauptamt ergangen sein, wie sich aus dem nachfolgend, ebenfalls in der Dokumentensammlung von T.Friedmann abgedruckten Antwort FS des Reichssicherheitshauptamtes ergibt:

"+++ Blitz Berlin NUE Nr 215 667 25.11.42 1745 = GR =
An BDS Oslo -
Nachrichtlich an Stapoleitstelle Stettin =
Geheim -
Betr: Abransport von Juden aus Norwegen.-
Bezug: Dort.Blitz FS Nr. 19.892 vom 25.11.42 -
Die plötzlich von Seiten der Kriegsmarine angebotene Möglichkeit zum Abtransport der Juden aus Norwegen bitte

FIIQ-SG1-

FIIQ-SGO -

111

ich auf alle Fälle auszunutzen.- Bei der Bestimmung des zu evakuierenden Personenkreises bitte ich folgende Richtlinien genau zu beachten:

1) Es dürfen nur Personen mit der Staatsangehörigkeit von Norwegen, Deutsches Reich, Slowakei, Kroatien und den vom Reich besetzten Länder u. Staatenlose, die nach den in Norwegen vorliegenden Bestimmungen als gelten, abgeschoben werden. (Unter Bezugnahme auf den hiesigen Erlass vom 28.7.42 - IV B 4 klein A - 2644/42 - nach dem Juden mit der Staatsangehörigkeit des britischen Empire, der USA, von Mexiko, der Mittel- und südamerikanischen Feindstaaten sowie der neutralen und verbündeten Staaten wie Italien, Ungarn, Bulgarien, Ruma IEN usw). In keinem Fall (unterstrichen) abzuschieben sind, W D besonders hingewiesen) -

2) Von der Evakuierung sind zunächst zurückzustellen:
A) In deutsch-jüdischer oder norwegisch-jüdischer

Misshehe lebende Juden mit Familienangehörigen.-

B) Jüdische Mischlinge, die nicht als Juden gelten, mit Familienangehörigen.- Eine Ehetrennung sowie die Trennung von Kindern unter 14 Jahren ist zu vermeiden.-

Den Transporten bitte ich Lebensmittel in ausreichender (UNTERSTR) Menge für den Zeitraum von mindestens 14 Tagen mitzugeben. Ausserdem soll jeder Jude ausreichend mit guter Arbeitskleidung, Schuhwerk, Wäsche, Bettzeug, Decken, Ess- und Trinkgeschirr usw. ausgerüstet sein.-

Nicht mitgenommen werden dürfen: Wertpapiere, Devisen, Sparkassenbücher und sonstige Wertsachen (Gold, Silber, Platin- mit Ausnahme des Eheringes) - sowie lebendes Inventar. Die Juden sind vor Abfahrt der Transporte u.a. nach Waffen, Spionagestoffen, Giften usw. zu durchsuchen.- Zur Sicherung der Transporte ist eine entsprechend ausgerüstete Begleitmannschaft unter Führung eines SS-Führers oder Polizeioffiziers einzusetzen.-

Weiter bitte ich zu erwirken, dass die abbeförderten Juden nach Verlassen des norwegischen Gebietes ihre norwegische Staatsangehörigkeit verlieren und die norwegische Regierung keinerlei Ansprüche mehr hinsichtlich einzelner Juden erhebt. Eine Rückkehr abbeförderter Juden nach Norwegen kommt in keinem einzigen Fall mehr in Frage.- Die Abfahrt der Transporte bitte ich mit FS unter Angabe der Transportstärke, des Führers und der Stärke der Belegmannschaft sowie der voraussichtlichen Ankunftszeit in Stettin dem RSHA, IV B 4, und der Stapoleitstelle Stettin bekanntzugeben.-

Für die vorübergehende Konzentrierung der in Stettin ankommenden Juden wird die Stapoleitstelle Stettin sorgen. Der baldige Weitertransport nach Auschwitz wird von hier veranlasst. - Einem abschliessenden Bericht sehe ich ausserdem entgegen.-

142

Zusatz für Stettin:-

Ich bitte, wie von Oslo beantragt, für eine vorübergehende Konzentrierung der in Stettin voraussichtlich am 29.11.42 ankommenden Juden zu sorgen. Der für den Weitertransport der Juden erforderliche Sonderzug wird von hier beim Reichsverkehrsministerium beantragt. Weitere Weisung ergeht.

RSHA ROEM. 4 B 4 3771 / 42 KLEIN G = 1546)
I.A. GEU. GUENTHER SS-STURMBANNFÜHRER + -"

Es befindet sich in der Dokumentensammlung von T.Friedmann auch noch ein weiteres wichtiges FS:

"+ Berlin Nue 217 o82 1// 26.11.42 1740 = JO =

An die Stapoleitstelle S t e t t i n -

z.Hd.SS-STUBAF. DR. R I E D E L - O.V.I.A.-

S t e t t i n . --

Dringend - sofort vorlegen - geheim.-

Betr.: Abbeförderung von Juden aus Norwegen.-

Bezug: FS.-Erlass ROEM. 4 B KL.A - 3771/42 KL.G (15 vom 25.11.42.-

Im Nachgang zu dem obengenannten FS.-Erlass und unter Bezugnahme auf den dortigen FS.-Bericht vom 25.11.42 - ROEM. 2 B 4 - 1514 KL. G-

teile ich mit, dass beim Reichsverkehrsministerium die Bereitstellung eines Sonderzuges für die Weiterbeförderung der voraussichtlich am 29.11.1942 mit Schiffstransport in Stettin ankommenden Juden aus Norwegen nach Auschwitz beantragt wurde.- Der Sonderzug wird voraussichtlich am 30.11.42 ab Stettin verkehren.

Den genauen Fahrplan bitte ich bei der Reichsbahndirektion Stettin zu erfragen.-

Die Bereitstellung der für den Eisenbahntransport ab Stettin nach Auschwitz erforderlichen Begleitmannschaft (Ordnungspolizei in Stärke von 1 Führer und mindestens 15 Mann) bitte ich von dort zu veranlassen.- Die Abfahrt des Transportes ab Stettin bitte ich mit dringendem FS. dem RSHA. ROEM. 4 B 4, dem Inspekteur der KL. in Granienburg und dem KL Auschwitz unter Angabe der Transportstärke und des Führers und der Stärke des Begleitkommandos bekanntzugeben.- Die Verrechnung der durch den Transport entstehenden Kosten ist gemäss Runderlass ROEM. 2 C 1/2 NR. 650/41 - 238-1e. vom 10.1.1942 zu regeln.=

RSHA. BLN - ROEM. 4 B 4 - KL. A -

3771/42 KL. G (1546) I. A. GEZ.

GUENTHER - SS-STUBAF.-- "

Über den zweiten im Frühjahr 1943 durchgeführten Transport von Juden nach Norwegen nach Auschwitz weist die Dokumentensammlung von T. Friedmann nach folgende wichtige FS auf:

"+ Oslo FS 3113 23/2 2145 = FR =

An die Stapoleitstelle Stettin . ==

Dringend, sofort vorlegen. ==

Betr.: Abtransport von Juden aus Norwegen. ==

Vorg.: Hiesg. FS Nr. 19898 v. 25.11.42 - Roem. 4 B 4 -
1554/42 G. ==

Am 24. Febr. 1943 wird ein weiterer Schiffstransport von ungefähr 160 männl. und weibl. Juden in allen Altersstufen von Oslo nach Stettin durchgeführt. (Ca. 75 Männer, der Rest Frauen und Kinder). Die Überfahrt wird wahrscheinlich 2 Tage beanspruchen.-- Ich bitte, zu veranlassen, dass unmittelbar nach Ankunft des Schiffes in Stettin das Schiff ausgeladen wird und für die Unterbringung der Juden nach ihrer Ankunft gesorgt ist. Auch diese Juden sind wiederum für das Konzentrationslager Auschwitz vorgesehen. Ich habe soeben das Reichssicherheitshauptamt unterrichtet, und nehme an, dass von dort weitere Weisung erfolgt. ==

S L.D. S D Oslo- ROEM. 4 B 4 - Nr. 1554/42 G -

I.A. Gez. WAGNER, - HAUPTSTURMFÜHRER + - "

"Berlin Nue Nr. 35781 25.2.43 1855 = HU =

An die Stl. Stettin = Nachrichtlich: an die Stl. Berlin
- G e h e i m --

Dingend sofort vorlegen --

Betr.: Abbeförderung von Juden aus Norwegen.-

Nach der Mitteilung des BDS. U.D. SD in Oslo werden am 26.2.43 etwa 160 Juden aus Norwegen in Stettin eintreffen. Ich bitte diese Juden im Einvernehmen mit der Stl. Berlin nach Berlin zu überführen, wo sie geschlossen einem der nächsten Judentransporte nach Auschwitz angeschlossen werden.- Die Überstellung nach Berlin erfolgt zweckmäßig mit mehreren an einem Regelzug angeschlossenen Sonderwaggons, die bei der Reichsbahndirektion Stettin zu beantragen sind. Für entsprechende Bewachung bitte ich Sorge zu tragen.- Zusatz für STL. Berlin: Die genannten Juden bitte ich dem am 1.3.43 vorgesehenen Judentransport nach Auschwitz anzuschliessen. In der Abfahrtmeldung sind diese Juden besonders anzuführen.=

RSHA - ROEM 4 B 4 A - 3771/42 G (1546).

-I.A. Gez. EICHMANN,- OSTUBAF + "

FüG - 595-

"+++ Oslo FB 3304 26.2.43 1745 = FR =

Geheim, dringend, sofort vorlegen---

An St. Stettin----

Betr.: Abtransport von Juden aus Norwegen----

Vorg.: Hies. FS. ROEM. 4 B 4 V 1554/42 G V. 23.2.43 Nr. 3114

---- Am 25.2.43 wurden mit dem Transportschiff "Gotenland" 158 Juden (74 Männer, 84 Frauen und Kinder) nach Stettin abgeschickt. Das Schiff wird voraussichtlich am 27.2.43 in Stettin ankommen. Die Ankunftszeit wird der Marinedienststelle Stettin durch Funkspruch der "Gotenland" bekannt gegeben. Das RSHA wurde ebenfalls über die Abfahrt des Schiffes durch FS verständigt----

TIG-SSA- BDS u. D SU Oslo ROEM. 4 B 4--1554/42 G.--I.A.gez.

WAGNER, SS-HAUPTSTURMFÜHRER! ++

Ich erlaube mir deshalb die Bitte, ob etwas und gegebenenfalls was dort über die beiden hier interessierenden Deportationen von Juden aus Norwegen nach Auschwitz bekannt ist, und ferner insbesondere, ob und gegebenenfalls welche einschlägigen Unterlagen, insbesondere Fernschreiben, dort vorliegen.

Der Beschuldigte Reinhard lässt sich im vorliegenden Verfahren dahin ein, dass er mit der Deportation der Juden überhaupt nichts zu tun gehabt und von Auschwitz nur soviel gewusst hätte, dass es sich um ein Konzentrationslager gehandelt habe; er habe jedoch bis zu Kriegsende nicht gewusst, dass Juden in Auschwitz oder sonstwo systematisch umgebracht, insbesondere vergast worden seien.

Soweit ich informiert bin, geht die "Endlösung der Judenfrage", also die systematische Vernichtung jüdischer Menschen, auf die Wannsee-Konferenz vom 20.1.1942 zurück. Es müssen jedoch in der Folgezeit weitere Besprechungen und Anweisungen erfolgt sein, die den reibungslosen Ablauf der beiden hier interessierenden Deportationen und die - wie bisher bekannt - sofortige Vernichtung des größten Teils dieser Menschen am Ankunftstage in Auschwitz erklären. Ich darf deshalb auch um Mitteilung bitten, was über derartige Besprechungen, Anweisungen, Befehle etc., die für das vorliegende Verfahren von Bedeutung sein können, dort bekannt ist; insbesondere interessiert, ob die beiden hier Beschuldigten

115

Reinhard und Wagner auf Grund solcher Besprechungen, Anweisung etc. wussten, dass dann Juden mit ihrer Deportation aus Norwegen der Tod in Auschwitz drohte.

Schliesslich wäre ich für die Überlassung einer Fotokopie des Organisationsplanes des Reichssicherheitshauptamtes, insbesondere der Abteilung IV, sehr dankbar.

Da es sich in vorliegender Sache um eine Haftsache handelt, darf ich höflichst um baldige Beantwortung meines Schreibens bitten.

X.W.
(Kollrack)
Landgerichtsrat

AH

Vfg.

1. zu schreiben an das Landgericht Baden-Baden - Der Untersuchungsrichter - z.Hd. von Herrn Landgerichtsrat K o l l r a c k :

zu : VU 1 / 65

Betrifft: Strafsache gegen Reinhard und Wagner

Bezug: Ihr Schreiben vom 19. 5. 1965

Anlagen: 1 Bd. 1 AR (RSHA) 944/64

1 Dok.Bd. " Norwegen " 1 Js 1 / 65 (RSHA)

1 Bd. GVP1. des RSHA - Stand 1. 3. 1941

Sehr geehrter Herr Landgerichtsrat,

auf Ihr o.a. Schreiben hin erlaube ich mir, Ihnen die hier vorhandenen Unterlagen über die gegen die Juden in Norwegen gerichteten Maßnahmen zur Kenntnisnahme und Auswertung im dortigen Verfahren zu übersenden. Um baldmögliche Rückgabe, spätestens nach 3 Wochen, darf ich höflichst bitten.

Bezüglich des Geschäftsverteilungsplanes darf ich ergänzend noch darauf hinweisen, daß die aus den Jahren 1942 und 1943 ebenfalls vorhandenen Unterlagen ~~bezüglich~~ hinsichtlich des Amtes IV im RSHA keine oder nur unwesentliche Änderungen enthalten.

Weitere Beweismittel, insbesondere solche, aus denen sich die Kenntnis von Reinhard und Wagner über das Schicksal der nach Auschwitz deportierten Juden ergibt, konnten hier nicht erfaßt werden.

Hochachtungsvoll

i.A.

(Schneider)
Gerichtsassessor

2. mir zur Unterschrift

Bln., den 21. 5. 1965

ggf 24. MAI 1965
zu 1) Scht. 2.
tab 25. MAI 1965

176a

1 Js 1/65 (RSHA)

An das
Landgericht Baden-Baden
Der Untersuchungsrichter
z.Hd. von Herrn
Landgerichtsrat K o l l r a c k

757 Baden - Baden

Betrifft: Strafsache gegen Reinhard und Wagner
Bezug: Ihr Schreiben vom 19. Mai 1965 - VU 1/65 -
Anlagen: 1 Band Akten 1 AR (RSHA) 944/64
1 Dokumentenband "Norwegen" 1 Js 1/65 (RSHA)
1 Band GVPl. des RSHA - Stand 1. März 1941

Sehr geehrter Herr Landgerichtsrat,

auf Ihr o.a. Schreiben hin erlaube ich mir, Ihnen die hier vorhandenen Unterlagen über die gegen die Juden in Norwegen gerichteten Maßnahmen zur Kenntnisnahme und Auswertung im dortigen Verfahren zu übersenden. Um baldmögliche Rückgabe, spätestens nach drei Wochen, darf ich höflichst bitten.

Bezüglich des Geschäftsverteilungsplanes darf ich ergänzend noch darauf hinweisen, daß diese aus den Jahren 1942 und 1943 ebenfalls vorhandenen Unterlagen hinsichtlich des Amtes IV im RSHA keine oder nur unwesentliche Änderungen enthalten.

Weitere Beweismittel, insbesondere solche, aus denen sich die Kenntnis von Reinhard und Wagner über das Schicksal der nach Auschwitz deportierten Juden ergibt, konnten hier nicht erfaßt werden.

Hochachtungsvoll
Im Auftrage

(Schneider)
Gerichtsassessor

Le

177

Vfg.

1. zu schreiben an das Staatsarchiv in Nürnberg, Archivstr. 17:

Betr.: Archiv des IMT in Nürnberg

hier: Ermittlungsverfahren gegen ehemalige Angehörige
des Reichssicherheitshauptamtes wegen Beteiligung
an Maßnahmen im Rahmen der "Endlösung der Juden-
frage" - 1 Js 1 / 65 (RSHA).

In dem hier anhängigen o.a. Ermittlungsverfahren benötige ich
folgende Dokumente zur kurzfristigen Einsichtnahme und wäre
für ihre baldmögliche Übersendung dankbar:

- N 0 057 ~~1682~~. bis 064 (Bl. 158 bis 187) ✓
 " 148 (Bl. 352) ✓
 " 485 (Bl. 709 - 714) ✓
 " 1266 (Bl. 7) ✓
 " 1567 (Bl. 870 - 877) ✓
 " 1746 (Bl. 233 - 237) ✓
 " 2202 (Bl. 415 - 424) ✓
 " 2444 (Bl. 63 - 66) ✓
 " 2477 (Bl. 112 - 120) ✓
 " 2562 (Bl. 375 - 377) ✓
 " 2756 (Bl. 942) ✓
 " 3031 (Bl. 123 - 125) ✓
 " 3034 (Bl. 130) ✓

Hochachtungsvoll

i.A.
(Schneider)
Assessor

2. mir zur Unterschrift

Bln., 20.5.65

Schneider

qf 21. MAI 1965 fe
zu Sch. 2 x+ab

21. Mai 1965 *He*

M 78

1 Js 1/65 (RSHA)

An das
Staatsarchiv in Nürnberg

85 N ü r n b e r g
 Archivstraße 17

Betrifft: Archiv des IMT in Nürnberg
hier: Ermittlungsverfahren gegen Angehörige des
ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA)
wegen Beteiligung an Maßnahmen im Rahmen der
"Endlösung der Judenfrage" - 1 Js 1/65 (RSHA) -

In dem hier anhängigen o.a. Ermittlungsverfahren benötige ich
folgende Dokumente zur kurzfristigen Einsichtnahme und wäre
für ihre baldmögliche Übersendung dankbar:

N O	057 bis 064 (Bl.158-187)
"	148 (Bl.352)
"	485 (Bl.709-714)
"	1266 (Bl.7)
"	1567 (Bl.870-877)
"	1746 (Bl.233-237)
"	2202 (Bl.415-424)
"	2444 (Bl.63-66)
"	2477 (Bl.112-120)
"	2562 (Bl.375-377)
"	2756 (Bl.942)
"	3031 (Bl.123-125)
"	3034 (Bl.130)

Im Auftrage

(Schneider)
Assessor

MGS

Vfg.

v o r z u l e g e n Herrn Ersten Staatsanwalt V o l g t
mit den Akten 3 P (K) Js 49 / 63 :

Auf die Anfrage vom 26. 5. 1965 teile ich mit, daß hier keine neuen Erkenntnisse über H a r t m a n n vorliegen, die für das dortige Verfahren von Interesse sein können.

In dem Ermittlungsverfahren 1 Js 1 / 65 (RSHA) ist Hartmann zwar einer von 152 Beschuldigten. Gegenstand dieses Verfahrens ist jedoch lediglich die Mitwirkung von früheren Angehörigen des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes an Maßnahmen im Rahmen der " Endlösung der Judenfrage ", soweit diese im RSHA von Berlin aus erfolgte. Die Ermittlungen richten sich hingegen nicht gegen RSHA - Angehörige, die außerhalb von Berlin an der Judenvernichtung beteiligt waren. H a r t m a n n wird demzufolge hier auch nur seine Tätigkeit im Judenreferat IV B 4 im RSHA in Berlin zum Vorwurf gemacht.

Allein schon diese Zuständigkeitsregelung schließt gegenwärtig und auch für später eine Übernahme des dortigen Verfahrens aus, da es allein die Zeit der Zugehörigkeit von H a r t m a n n im Jahre 1943 zum Sonderkommando Brunner in Südfrankreich betrifft. Hinzu kommt aber, daß es grundsätzlich nicht Aufgabe der Arbeitsgruppe ist, gegen frühere Angehörige des ehemaligen RSHA zu ermitteln, die bereits in staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren gegen örtliche Täter in Erscheinung getreten sind. Es kommt dies bereits in dem Rundschreiben der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg vom 15. Januar 1964 (4 / 64) zum Ausdruck.

Zu der Möglichkeit einer Einstellung des dortigen Verfahrens nach § 154 StPO vermag ich im gegenwärtigen Stand der Ermittlungen noch nicht Stellung zu nehmen. Ich halte sie jedoch schon deswegen für nicht sehr wahrscheinlich, da der Vorwurf örtlicher Straftaten erfahrungsgemäß eine strengere Bestrafung zur Folge hat als der des sog. Schreibtischtäters im hiesigen Verfahren.

Berlin, dne 26.5.1965



1880

Der Leiter der Zentralstelle im Lande Nordrhein-Westfalen
für die Bearbeitung von nationalsozialistischen Massenverbrechen
bei dem Leitenden Oberstaatsanwalt in Dortmund

Geschäfts-Nr.: 45 Js 12/63

Bitte bei allen Schreiben angeben!

46 Dortmund, den
Saarbrücker Straße 5-9
Fernruf 52 78 21-29
Postfach
Fernschreiber 08 22 451

28.5.1965

An den
Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
- Arbeitsgruppe -

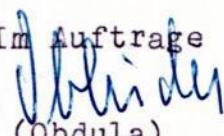
1 Berlin 21
Turmstrasse 91
z.Hd. von Herrn Staatsanwalt Nagel

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen Rechtsanwalt
Bosshammer und andere wegen Mordes bzw.
Beihilfe zum Mord (BDS Italien)

Bezug: Mein Ferngespräch mit Staatsanwalt Nagel

Der beschuldigte Rechtsanwalt Bosshammer hat bei
dem am 25.5.1965 vorgesehenen Vernehmungstermin er-
klärt, daß er grundsätzlich bereit sei, Aussagen
zur Sache zu machen, daß er jedoch einen Verteidiger
bestellen wolle, der bei der Vernehmung zugegen sei.
Der neue Vernehmungstermin ist für den 23.6.1965
vorgesehen.

Nach Durchführung dieser Vernehmung werde ich eine
Vernehmungsabschrift zu den dortigen Akten über-
senden.

Im Auftrage

(Obdula)

Staatsanwalt

1881

Landgericht Baden-Baden
- Der Untersuchungsrichter-

VU 1/65
zu 1 Js 1/65 (RSHA)



Baden-Baden, den 28. Mai 1965

1	1 Akten
	- Abschriften
	- DM Kost M.

An den
Herrn Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht

1 Berlin 21

Turmstrasse 91
z.Hd.v.Herrn Gerichts-Ass.Schneider

Betr.: Strafsache gegen Hellmut Reinhard (alias Patzschke)
aus Unterwerschen und Wilhelm Wagner aus Altenkirchen

Bezug: Dortiges Schreiben vom 21.5.1965

Anlage: 1 Band Akten 1 AR (RSHA) 944/64.

Sehr geehrter Herr Gerichtsassessor Schneider !

Ich bedanke mich für die schnelle Übersendung der erbetenen Akten. In der Anlage darf ich Ihnen die Akten 1 AR (RSHA) 944/64 zurückgeben, da ich diese Unterlagen bereits bei meinen Akten habe. Demgegenüber enthalten die übersandten Akten "Norwegen" 1 Js 1/65 (RSHA) und der Band über den Geschäftsverteilungsplan des Reichssicherheitshauptamtes für mich neues Material. Da ich jedoch die nächste Woche zu einer Tagung nach Stuttgart muss und anschliessend in Urlaub gehe, bin ich nicht in der Lage, diese beiden Akten jetzt noch durchzuarbeiten. Ich würde es deshalb begrüßen, wenn ich diese beiden Akten erst bis 10.7.65 zurücksenden bräuchte. Sollte dies nicht möglich sein, bitte ich, mir dies mitzuteilen, damit Ihnen die Akten unverzüglich zurückgesandt werden können. Ich würde mir dann erlauben, nach meinem Urlaub die Akten noch einmal anzufordern.

Ich verbleibe mit

vorzüglicher Hochachtung

(Koßlack)
Landgerichtsrat.

Vfg.

zu schreiben an das Landgericht Baden - Baden - Der Untersuchungsrichter - z. Hd. von Herrn Landgerichtsrat Kollrack:

Betr.: Strafsache gegen Reinhard (alias Patzschke) und Wagner - VU 1 / 65 -

Bezug: Ihr Schreiben vom 28. 5. 1965

Sehr geehrter Herr Landgerichtsrat Kollrack,

ich bestätige hiermit dankend den Eingang Ihres o.a. Schreibens mit meinem Akten 1 AR (RSHA) 944 / 64 gegen Reinhard. Den Dok. Bd. "Norwegen" aus 1 Js 1 / 65 (RSHA) und den GVPl. des RSHA können Sie wunschgemäß bis zum 10. 7. 1965 für das dortige Verfahren auswerten.

Ich verbleibe mit den besten Wünschen für einen erholsamen Urlaub und vorzüglicher Hochachtung

(Schneider)

Gerichtsassessor

Bln, den 1. 6. 1965

Sch

ff - 1. JUNI 1965 Le
Schl. 2 x Ab 2/64

1. Juni 1965

183

1 Js 1/65 (RSHA)

An das
Landgericht Baden-Baden
Der Untersuchungsrichter
z.Hd. von Herrn
Landgerichtsrat K o l l r a c k

757 B a d e n - B a d e n

Betrifft: Strafsache gegen R e i n h a r d (alias Patzschke)
und W a g n e r

Bezug: Ihr Schreiben vom 28. Mai 1965 - VU 1/65 -

Sehr geehrter Herr Landgerichtsrat Kollrack,

ich bestätige hiermit dankend den Eingang Ihres o.a. Schreibens mit meinen Akten 1 AR (RSHA) 944/64 gegen R e i n h a r d . Den Dokumentenband "Norwegen" aus 1 Js 1/65 (RSHA) und den Geschäftsverteilungsplan des RSHA können Sie wunschgemäß bis zum 10. Juli 1965 für das dortige Verfahren auswerten.

Ich verbleibe mit den besten Wünschen für einen erholsamen Urlaub

und vorzüglicher Hochachtung

(Schneider)
Gerichtsassessor

Le

Zentrale Stelle
der Landesjustizverwaltungen

15 AR 1310/63

Bei Antwortschreiben Aktenzeichen angeben

714 Ludwigsburg, den 31. Mai 1965
Schorndorfer Straße 28
Fernsprechanschluß:
Ludwigsburg Nr. 22221
bei Durchwahl 2222 App. Nr.

184

An den
Herrn Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht Berlin
z.Hd.v.Herrn Oberstaatsanwalt
Severin

- 1 - Berlin 21

Turmstraße 91

Betr.: Ermittlungsverfahren gegen ehemalige Angehörige
des RSHA wegen Mordes

Bezug: Ohne

Beil.: 2

Als Anlagen übersende ich ein Schreiben des Bundes-
ministeriums für Inneres der Republik Österreich in Wien
vom 24.5.1965 mit Ablichtungen des Todeserklärungsver-
fahrens H r o s i n e k mit der Bitte um Kenntnisnahme.

In Vertretung


(Dr. Artzt)
Erster Staatsanwalt



185

REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM FÜR INNERES
GENERALDIREKTION
FÜR DIE ÖFFENTLICHE SICHERHEIT
Abteilung 2C

Zl. I - P 91.800-2C/10/65

Betr.: RSHA

Bezug: do. Schreiben v. 18.3.1965
Zl. 1 Js 1/65 (RSHA)

Wien, den 24. Mai 1965
I, Herreng. 7
Tel. 63 17 41

An den
Generalstaatsanwalt bei dem
Kammergericht Berlin
zu Handen des Herrn
Oberstaatsanwalt SEVERIN
Turmstraße 91
1 Berlin 21

Sehr geehrter Herr Oberstaatsanwalt!

Das Bundesministerium für Inneres übermittelt
Ihnen beigeschlossen die Ablichtungen der wesentlichen
Schriftstücke aus dem Todeserklärungsverfahren des
Landesgerichtes für Zivilrechtsachen in Wien, Zahl
48 T 201/60.

1 Anlage

Mit vorzüglicher Hochachtung

Griemig

1 Js 1/65 (RSWA)

186

V.

1.) Kernpunkt: Die Akten 24 Js 1/65 (7) StA Köln I. Andreas Vollmer
(z. Aktenanforderung vom 26/1/65) habe ich in dem Verfahren
1 Js 7/65 ausgewertet.
Sie sind für das vorl. Verfahren unerreichbar, da sie die Unterbringung
ausländischer deportierter jüdischer Frauen im Lager Rotteckhause
zwecks Arbeitseinsatz in den Agfa-Werken zum Gegenstand hatten.
Da keine Hinweise auf eine Beteiligung von Angehörigen der Stapo =
Leitstelle Berlin an den dort verübten Gewalttaten bestehen, erhebe ich
sich eine Vorlage für 1 Js 9/65 (Stapoleit).

2.) Zur Frist

8/6/65
Ug

STAATSARCHIV NÜRNBERG

184

Nr. 1596

(Bitte in der Antwort angeben.)

Nürnberg, den 4.6.1965

Archivstraße 17 · Fernruf 30437

Postscheckkonto Nürnberg 10658

An den
Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht in Berlin
1 Berlin 21
Turmstraße 21

Betreff: Ermittlungsverfahren gegen Angehörige des RSHA
Bezug : Ihr Schreiben vom 20./25.V.65 Gesch.-Nr.: 1 Js 1/65 (RSHA)
Sachbearbeiter: Kreutzer
Beilagen: 20 Archivalien
1 Empfangsschein

Das Staatsarchiv übersendet anbei die erbetenen NO-Dokumente zur gefälligen Einsichtnahme und eventuellen Ablichtung der benötigten Textteile.

Die Leihfrist beträgt 4 Wochen. Es wird gebeten, den Empfangsschein sofort nach Erhalt der Sendung anher zurückleiten zu wollen.

I.A.

O. Puchner
(Dr.O.Puchner)
Oberregierungsarchivrat

Der Leitende Oberstaatsanwalt
bei dem Landgericht Bonn

Geschäfts-Nr.: 4 Ks 5 / 48
(Bitte bei allen Schreiben angeben)

Staatsanwaltschaft
b. d. Kammergericht - Berlin

Eing. am - 5. JUN. 1965

Sch.
mit Anl. Blatts. Bd. Akten

SS Bonn, den
Wilhelmstraße 21
Fernruf 31161
31164 (nach Dienstschluß)
Fernschreiber 08-86521

1.6.1965

An die

Generalstaatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht - Arbeitsgruppe -

in Berlin

zum dortigen Aktenzeichen: 1 AR 123 / 63 Sachkomplex



Es wird um die Rücksendung der hiesigen Akten
gebeten.

Falls die Akten dort zur Zeit noch unentbehrlich sind, wird um kurze
Benachrichtigung nach hier gebeten.

4 Ks 5 / 48
Lieberndt 15/2.65 g

Auf Anordnung:

~ Schreiber

Justiz-Hauptsekretär-Angestellte

AV.Nr.5
(Rücksendungs-

1 Js 1 / 65 (RSHA)

Vfg.

189

✓ zu schreiben an StA Bonn :

Betrifft: Dortiges Az. 4 Ks 5 / 48

Mein Az. 1 Js 1 / 65 (RSHA) - früher 1 AR 123 / 63 Sachkomplex I -

Bezug: Dortiges Schreiben vom 1. 6. 1965

Auf das o.a. Schreiben teile ich mit, daß die erinnerten Akten 4 Ks 5 / 48 bereits am 15. 2. 1965 wieder nach dort zurückgesandt worden sind.

i.A.

(Schneider)

Gerichtsassessor

gef. 11. 6. 65 Sch
Schob. + ab

Blm. 11. 6. 1965

Sch

Vfg.

1. zu schreiben an den Herrn Leitenden Oberstaatsanwalt
bei dem Landgericht in Essen:
unter Beifügung der Akten 29 AR 104/65

Betrifft: Ermittlungsverfahren 1 Js 1 / 65 (RSHA) gegen frühere Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA).

Bezug: Dortige Verfügung vom 31. Mai 1965
- Bl. 101 der Akten 29 AR 104 / 65 -

Anlage: *1 Band* Dortige Akten 29 AR 104 / 65 (*1 Band*)

Als Anlage sende ich den dortigen Vorgang 29 AR 104 / 65 gegen Theodor Dannencker u.a. zurück. Zur Übernahme dieses Verfahrens sehe ich mich nicht in der Lage.

Die Ermittlungen meiner Arbeitsgruppe - RSHA richten sich ausschließlich gegen die früheren Angehörigen des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes, die verdächtig sind, von Berlin aus an Maßnahmen im Rahmen der " Endlösung der Judenfrage " mitgewirkt zu haben. Ich ermitte hingegen nicht gegen frühere RSHA - Angehörige, die außerhalb von Berlin bei der Judenvernichtung tätig geworden sind mit Ausnahme der als sog. Judenberater ins Ausland abgestellten Personen.

Es kann dahingestellt bleiben, ob Dannencker unter diesen Personenkreis fallen würde. Er ist am 10. 12. 1945 in Bad Tölz verstorben und sein Tod beim dortigen Standesamt unter Nr. 508/45 beurkundet.

Auch die übrigen auf Bl. 2 d.A. genannten Personen gehörten der Dienststelle des BdS in Paris an. Sie sind also zumindest in der fraglichen Zeit sämtlich nicht von Berlin aus tätig geworden, ganz abgesehen davon, daß sie nach hiesiger Kenntnis bis auf Heinrichssohn dem RSHA überhaupt nicht angehört haben.

~~Abschließend darf ich noch bemerken, daß es grundsätzlich auch nicht meine Aufgabe ist, gegen Angehörige des RSHA, die bereits in staatsanwaltlichen Ermittlungsverfahren gegen örtliche Täter in Erscheinung getreten sind, gesondert zu ermitteln. Dies kommt bereits in dem Randschreiben der entralen Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg vom 15. 1. 1964 (4/64) zum Ausdruck. Es ist dort ausgeführt, daß die Berliner Arbeitsgruppe den Gesamtkomplex Reichssicherheitshauptamt nur untersucht, soweit~~

er noch nicht anderweitig anhängig ist.

Die letzte hier bekannte Anschrift von Ernst Heinrichsohn geb. am 13. 5. 1920 in Berlin - Hermsdorf, früher SS-Oberscharführer, ist im übrigen Bürgstadt, Lkrs. Miltenberg, Freudenergerstraße 2 (8.6.1964).

i.A.

(Severin)

Oberstaatsanwalt
Leiter der Arbeitsgruppe

- ✓ 2. Herrn Leiter der Arbeitsgruppe mit der Bitte um Zeichnung.
✓ 3. Erbitte aus 29 AR 104/65 Ablichtung von Bl. 9/10 für 1 Js. 1 /65.

Berlin, den 14. 6. 65

SD

get. 18.6.65 Sch.
zu 1/ Scrbt. Mh + 1 AR/KE
21/6 K

Für Bulgarien werden benötigt:

Bl. 9/10

Hoffmeyer

MAI

Ab Bl. 25 Frankreich - bis Bl. 67, weiter von Bl. 70

✓ ? vorhanden Bericht Danneders v. 1/7/41 Bl. 29 ff 34?

✓ a " Bl. 35 Sch. Danneder v. 28/1/42?

✓ a " Bl. 39 Verm. Dann. v. 15/6/42 betr. Perspredg. in
RSHA v. 11/6/42

✓ a " Bl. 56 Sch. Dann. v. 9/7/42 an Dienststelle Brüssel

✓ a " Bl. 63 Verm. Danneder vom 3/8/42

✓ a " Bl. 64, 90, 93 Fernsch. Roethke an Danneder v. 28/8/42

✓ a " Bl. 71/2 " Ahmet an " vom 26/8/42

✓ a " Bl. 80/81 Vermisch. Heinrichsdorff vom 27/8/42

✓ a " Bl. 84 f Vermisch. Roethke v. 28/7/42

✓ a " Bl. 88 " " " 18/8/42

✓ a " Bl. 89 Fernsch. Roethke v. 20/8/42

✓ a " Bl. 91 f Vermisch. " v. 1.9.42

Vfg.

192

zu schreiben an das Staatsarchiv Nürnberg, Nürnberg, Archivstr. 17:

Betrifft: Ermittlungen gegen frühere Angehörige des ehemaligen
Reichssicherheitshauptamtes.

Bezug: Dortiges Schreiben vom 4. 6. 1965 - Gesch.Nr. 1596

Anlage: 20 Archivalien

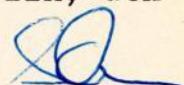
In der Anlage reiche ich zu meiner Entlastung die mir freundlicherweise überlassenen Dokumente

- ✓ NO 57 - 64 (Bl. 158 - 187)
- ✓ NO 148 (Bl. 352)
- ✓ NO 485 (Bl. 709 - 714)
- ✓ NO 1266 (Bl. 7)
- ✓ NO 1567 (Bl. 870 - 877)
- ✓ NO 1746 (Bl. 233 - 237)
- ✓ NO 2202 (Bl. 415 - 424)
- ✓ NO 2444 (Bl. 63 - 66)
- ✓ NO 2477 (Bl. 112 - 120)
- ✓ NO 2562 (Bl. 375 - 377)
- ✓ NO 2756 (Bl. 952)
- ✓ NO 3031 (Bl. 123 - 125)
- ✓ NO 3034 (Bl. 130)

mit bestem Dank zurück.

i.A.
(Schneider)
Gerichtsassessor

Berlin, den 14.6.65



get. 18.6.65 Sch.
Schrift. u. Th. ab * Anlagen
21/6 K

Vfg.

14. JUNI 1965

1965

- ✓ 1. Herrn Leiter der Arbeitsgruppe zur Kenntnis
2. zu schreiben an die Zentralstelle in Ludwigsburg
z.Hd. von Herrn Ersten Staatsanwalt Dr. Artzt:

Betrifft: Vorermittlungen gegen ~~ent~~ ehemalige Angehörige des ehemaligen
Reichssicherheitshauptamtes (RSHA)
hier: Vorermittlungen gegen ~~die~~ sog. Judenberater

Bezug: Persönliche Rücksprache zwischen Herrn Ersten Staatsanwalt
Dr. Artzt und Herrn Oberstaatsanwalt Severin in Stuttgart.

Wie kürzlich bereits bei der Tagung in Stuttgart zum Ausdruck ge-
bracht bin ich grundsätzlich bereit, im Rahmen meiner Arbeitsgrup-
pe - RSHA Vorermittlungen auch gegen solche RSHA - Angehörige zu
führen, die als sog. J u d e n b e r a t e r außerhalb von Berlin
an Maßnahmen im Rahmen der " Endlösung der Judenfrage " mitgewirkt
haben. Bezugnehmend auf die von Herrn Ersten Staatsanwalt Dr. Artzt
und Herrn Oberstaatsanwalt Severin im Hinblick hierauf in Stutt-
gart bereits geführte Unterredung bitte ich um Mitteilung, welche
Erkenntnisse bei der Zentralen Stelle über die sog. Judenberater
vorliegen und gegebenenfalls um Übersendung entsprechender Unter-

lagen.

i.A.

Schneider
Gerichtsassessor

Berlin, 14. 6. 65

*get. 18.6.65 Sch.
zu 2/ Sinst. + ab*

A8

17s 7/65 (RSKA)

199

v.

- 1.) Kennzeichen: Aut. aus Reitordner (Vor. J. Alles)
"Action Reinhard - Italien" J.E.
Die Abbildung soll kommen zum Obs. Bd. Italien
und zum PH Bonnraum.
- 2.) Obige Abbildung (Kopie je 2x)
wurde bei gegebenen Kennzeichen SRR - Z 4/63 der
zentralen Stelle.
- 3.) wr

list! Nur kurz =
fristig verfügbbar!

13/4/65
Ugzel

FA

(Dok. aus Leibzettel (Vof. I. Alles)
"Aktion Reinhard - Halben")

195

17s 1/65 (RSHA)

Edt! Nur kurz =
nicht vorliegbar!

v.

✓ Bitte Ablösung (Kosten je 1x) von den
beigefüllten Schriftstücken.

2.) ur.

13/4/65

Y

1. Jg 1/65 (RSMA)

196

U.F.

- 1) Bitte Kette - Anhänger von den bei -
gefügten Vernehmungen (je 2x)
- 2) Wo. abschließen
(Vernehmungen zurück an Sta Schaylow)

Bdu. 15.6.65

Sch.

1 Js 1 / 65 (RSHA)

197

Vfg.

zu schreiben an die StA Dortmund z.Hd. von Staatsanwalt Schaplow:

Petr.: Ermittlungsverfahren gegen frühere Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA);
hier: gegen Karl Anders u.A. - 1 Js 1 / 65 (RSHA)
Dortiges Az. 45 Js 1 / 61

Bezug: Ihr Schreiben vom 14. 5. 1965

Anlage: 8 Vernehmungsniederschriften

Sehr geehrter Herr Kollege,
ich sende Ihnen in der Anlage die mir freundlicherweise zur Auswertung übersandten Vernehmungsniederschriften des Dr. Altenloh mit bestem Dank zu meiner Entlasung zurück.

i.A.

Schneider
(Gerichtsassessor)

ff 3 U. JUNI 1965 Le
SCHL. 2x entb

Berlin, den 28. 6.

Sch

28. Juni 1965

Abschrift

198

1 Js 1/65 (RSHA)

An die
Staatsanwaltschaft
bei dem Landgericht Dortmund
z.Hd. von Herrn
Staatsanwalt S c h a p l o w

46 D o r t m u n d
Postfach

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen frühere Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA);
hier: gegen Karl A n d e r s u.A. - 1 Js 1/65 (RSHA) -
Bezug: Ihr Schreiben vom 14. Mai 1965 - 45 Js 1/61 -
Anlagen: 8 Vernehmungsniederschriften

Sehr geehrter Herr Kollege!

Ich sende Ihnen in der Anlage die mir freundlicherweise zur Auswertung übersandten Vernehmungsniederschriften des Dr. A l t e n l o h mit bestem Dank zu meiner Entlastung zurück.

Im Auftrage
Schneider
Gerichtsassessor

Le

199

**Zentrale Stelle
der Landesjustizverwaltungen**

- Abt. III Ref. 21 -
Dokumentation

Bei Antwortschreiben Aktenzeichen angeben

714 Ludwigsburg, den
Schorndorfer Straße 28
Fernsprechanschluß:
Ludwigsburg Nr. 22221
bei Durchwahl 2222 App. Nr.

25. Juni 1965

An den
Herrn Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht

1 Berlin 21
Turmstrasse 91

z. Hd. von Herrn Gerichtsassessor
Schneider o. H. V. i. A.



Betr.: Ermittlungsverfahren gegen frühere Angehörige
des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes;
hier: gegen Karl Anders und 151 andere

Bezug: Ihre Dokumentenbestellung vom 14. 4. 1965 → Rr. 149 Rr. V

Beil.: 62 Blatt Fotokopien

Sehr geehrter Herr Gerichtsassessor Schneider!

Beigeschlossen übersende ich Ihnen die erwünschten Fotokopien
von Dokumenten aus dem Staatsarchiv Prag zum dortigen Verbleib.

Im Auftrage
Mittendorf
(Mittendorf)
Gerichtsassessor

Verschr.: Dok. heute zum Ablichten zwecks 'Verarbeitung'
gegeben. Nach Eledigung zum Dok. bd. Protokollat.

2/2/65

Y

Zentrale Stelle
der Landesjustizverwaltung

Bei Automateneinlagen Aufzettelung aufgehen

AI 4 Landwirtschaft, gen
Sektordealer Stilge 38
Ferndienstgeschäft:
Landwirtschaft Nr. 33331
bei DMWAGI 3333 Abb. Nr.

1.) Kopie von 25/6/65 zu Ziff. 1 ausführen.

2.) Bitte folgende Abbildungen aus der beigefügten Akten STA Frankfurt/Main 47s 1145/63 (~~Kontakt~~):

a) Bl. 7 - 15, 21 R - 23 R, 37 - 55 R, - je 1x -

b) 122 - 131 R - je 4x -

c) 249 mit Rück. - je 1x -

3.) Die zu 2.) a) gefertigten Abbildungen in ein neu anzulegendes Zugriffsleit Dr. Seidl, Siegfried nehmen und nur für 17s 1/65 zum Verbleib vorlegen. - Abbildung zu 2 b) je 1x in die Personalleiste Bürger, Auton (Pb 165).

Abbildung zu 2 c) zum PH fürfner, Team (Pg 66) nehmen.

4.) Akten Herrn ESA Selle fum. Ziff. 3 der V. vom 25/6/65 vorlegen. Ich bitte fum. Rückgrinde, bei Übersendung der Akten an die WKA um kurzfristige Übergabe der Päckchen 2) - 7) zu 17s 1/65 (RSHA) nachzukommen.

5.) FdA 17s 1/65 (RSHA).

30/6/65

y

1. Jg 1/65 (RSWA)

Zo1

✓ 1) Wenn ESTA Ringe verlegen. vgl. § 6. 6.

2) Bitte für Jg 1/65 (RSWA) folgende Meldungen:

Bd I Bd. 13 - 14 15 - 21, 41 - 45 / 46 47 - 48
50 - 53 66, 75 - 79 101 - 102

Bd III Bd. 422 - 429 432 - 437, 440 - 445
477 - 480

Bd IV Bd. 736 - 738 805
+ , ,

3) Del als BA mit überdeckte
STA Köln best. Karte AGR

Vorhang 24 Ks 4/53
Bemerk. vor
Bd. 4. 6. 65 Sd

W.F.

- 1) St.Am Bilstein vorzulegen mit der Bitte die Alten 24 Ks 3/53 zusammen mit 24 Ks 4/53 nach Einsortierung zurückzusenden.
- 2) alsdann diese W.F. in d.A. 1 Jg 1/65

V.

D.

22.6.65

Sch.

✓
W.F. 1) Alten 24 Ks 3/53 StA Köln
(einschl. der abgemeldeten Alten 24 Ks 4/53)
teilen und an StA Köln zurückzusenden.
2) dies z.d.A 1 Jg 1/65

G.
7.7.65

17, 1/65 (RSWA)

202

Kernurk (Hirnwein):

In dem Urteil der Spruchkammer II Kassel vom 3/12/48 gegen Werner Wöllecke (Ablösung befindet sich in
17, 7/65 Dok. Bd. 9 Bl. 90 - 114) ist festgestellt, dass von
Kassel drei proze Judentransporte nach dem Osten abgeführt
und zwar im Dez. 1941, Sommer 1942 und
Sept. 1942 (a.a.O. Bl. 104).

Die Juden werden vorher in der Schule Schillerstr. gesammelt,
ihre feierliche Abwesenheit und ausdrückend zum Hauptbahnhof
gebracht.

9/7/65

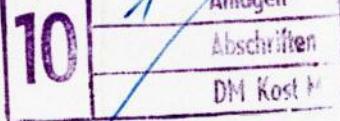
U

Staatsanwaltschaft
bei dem Landgericht
- 2 Js 1000/64 -

Flensburg, den 9. Juli 1965



An den
Herrn Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
- Arbeitsgruppe -



B e r l i n N W 21
Turmstr. 91

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen den Bürgermeister
Heinz Reinefarth, Westerland/Sylt,
wegen Verdachts der Teilnahme an der Vernichtung
von 7176 Juden im Vernichtungslager Kulmhof (Chelmno)
im Sommer 1944.

Bezug: Dortiges Verfahren gegen Angehörige des
Reichssicherheitshauptamts.

Anlage: 1 Vordruck.

Hinsichtlich des Gegenstandes des vorliegenden Verfahrens darf
ich auf die Ausführungen in dem beigefügten Vordruck Bezug
nehmen.

Ich bitte um Mitteilung, ob in dem dortigen Verfahren gegen
Angehörige des ehemaligen RSHA Erkenntnisse darüber vorliegen,
auf Grund welcher Befehle im Sommer 1944 die Aussiedlung von
Juden aus Litzmannstadt und ihre Vernichtung in Kulmhof
erfolgt ist. Dabei ist insbesondere die Frage von Bedeutung,
ob entsprechende Befehle des RSHA über den damaligen HSSPF
Posen, Reinefarth, oder aber ohne dessen Einschaltung unmittel-
bar an die Stapo-Leitstelle in Posen bzw. die Stapo-Stelle
Litzmannstadt übermittelt worden sind.

- 1) Wenn ich fragt in d. W. überprüft,
ob zu der Sache 17/165 entgegen
Erkenntnisse vorliegen.
2) Wo dann wir da verlegen.

12. JULI 1965

S. am 12.7.65
(Biermann)
Leitender Oberstaatsanwalt

12.7.65
Ziff. 2 (WV) der Vfp. v. 12/7/65
nach Rückfr. mit H. ESTA Selle geedigt.
12/7/65
ly

Staatsanwaltschaft
bei dem Landgericht

- 2 Js 1000/64 -

Flensburg, den

An

in _____

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen den Bürgermeister
Heinz R e i n e f a r t h, Westerland/Sylt,
wegen Verdachts der Teilnahme an der Vernichtung
von 7176 Juden im Vernichtungslager Kulmhof
im Sommer 1944;

hier: Vernehmung des

Gegenstand des vorliegenden Verfahrens ist die Vernichtung von über 7000 Juden im Sommer 1944 in Kulmhof (polnisch: Chelmno)/ Warthegau. In den Jahren 1942 und 1943 waren bereits zahlreiche Juden aus dem Getto Litzmannstadt im Lager Kulmhof umgebracht worden. Nach den Feststellungen des Schwurgerichts Bonn im Urteil vom 30. März 1963 gegen Laabs u.A. - 8 Ks 3/62 - soll es sich dabei um 145000 Menschen gehandelt haben. Für diese Tötungen soll u.a. der damalige Höhere SS- und Polizeiführer in Posen, Wilhelm Koppe, mitverantwortlich sein. Gegen Koppe ist deswegen im Verfahren 8 Js 52/60 StA Bonn Anklage wegen Beihilfe zum Mord erhoben worden. In der Zeit vom 23.6. bis 14.7.1944 wurden über 7000 Juden aus dem Getto Litzmannstadt (Lodz) nach Kulmhof gebracht und dort in Lastkraftwagen durch Vergasung getötet. Die Befehle hierzu sollen - im Einverständnis mit dem Gauleiter von Posen, Greiser, - vom Reichssicherheitshauptamt in Berlin gekommen und dem Leiter der Stapo-Stelle Litzmannstadt übermittelt worden sein.

Führer des hierfür eingesetzten Sonderkommandos war der damalige SS-Hauptsturmführer B o t h m a n n. Zu seinem Kommando gehörten u.a. die Polizeibeamten

Gustav L a a b s,
Alois H ä f e l e,
Walter B u r m e i s t e r,
E r n s t B u r m e i s t e r,
Erwin S c h m i d t.

Der Verdacht, daß der Beschuldigte R e i n e f a r t h für die im Sommer 1944 erfolgte Aussiedlung von Juden aus dem Getto Litzmannstadt und ihre Vernichtung in Kulmhof mitverantwortlich sein könnte, ergibt sich aus seiner damaligen Dienststellung.

Nachdem der Nachfolger Koppes, der SS-Obergruppenführer Berkemann, am 27. Dezember 1943 verstorben war, wurde dem Beschuldigten Reinefarth die Führung der Geschäfte des Höheren SS- und Polizeiführers (HSSPF) in Posen, die des Oberabschnitts Warthe und die des stellvertretenden Beauftragten des Reichskommissars für Festigung des deutschen Volkstums im Reichsgau Wartheland übertragen (Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums war Himmler; sein Beauftragter für dieses Amt im Reichsgau Wartheland war der Reichsstatthalter und Gauleiter in Posen Arthur Greiser). Reinefarth übernahm die Führung dieser Geschäfte am 25. Januar 1944. Mit Wirkung vom 20. April 1944 wurde er offiziell zum HSSPF und Führer des SS-Oberabschnitts Warthegau in Posen ernannt. Anfang August 1944 wurde er bei der Niederschlagung des Warschauer Aufstandes eingesetzt.

Zur Klärung der Frage, ob der Beschuldigte Reinefarth in irgend einer Weise an der Vernichtung der Juden beteiligt gewesen ist, bitte ich, die obengenannte Person, die im Kriege der Polizei oder der SS oder der deutschen Verwaltung im Osten angehört hat, zeugenschaftlich zu folgenden Punkten zu befragen:

- 1.) Welcher Dienststelle gehörte der Zeuge von Anfang 1944 bis August 1944 an? Mit welchem Dienstrang und in welcher Funktion?
- 2.) Was ist dem Zeugen über die Person und die dienstliche Stellung des Beschuldigten Reinefarth im Jahre 1944 bekannt? Was kann er allgemein über die dienstliche Tätigkeit Reinefarths sagen? Sind ihm insbesondere Fälle bekannt, in denen Reinefarth ihm, seiner Dienststelle oder anderen Dienststellen bestimmte Befehle - gleich welcher Art - erteilt hat?
- 3.) Ist dem Zeugen damals dienstlich oder auf andere Weise zur Kenntnis gelangt, daß im Jahre 1944 Juden aus dem Getto Litzmannstadt nach Kulmhof gebracht und dort getötet worden sind? Wenn ja,
- 4.) weiß der Zeuge etwas darüber, aufgrund welchen Befehls die Aussiedlungs- und Tötungsaktion erfolgt ist? Kann er insbesondere sagen, ob s.Zt. der Beschuldigte Reinefarth etwas mit dieser Aktion zu tun gehabt hat oder ob der Name Reinefarth damals im Zusammenhang mit der Tötungsaktion genannt worden ist? Kann er ggf. weitere Zeugen hierfür benennen?

Falls der Zeuge die Frage zu Ziffer 3.) nicht verneint, bitte ich, ihm - falls erforderlich - zur Stützung seines Gedächtnisses die vor Ziffer 1.) geschilderten Ereignisse vorzuhalten.

Die Vernehmungsniederschrift erbitte ich 3-fach.

Begläubigt:

gez. Scheske
Staatsanwalt

J

V

1./ Zu ord. - 1. Konsolidirt - unter Beifügung der Anlagen:
 an die Staatsanwaltschaft
 bei dem Landgericht Flensburg

Betrieb: Ermittlungsverfahren gegen Reinefarter,
 dort. Az 275 1000/64

Bezug: Doriges Schreiben vom 9/7/65

Anlagen: Abschrift meines Vermerks "Judenverfolgung in Polen"
 vom 30/10/64 ~~samt~~ nebst Ergänzungsschreiben vom
 19/5/65.

Auf die dortige Auffrage darf ich bemerken, dass ich bisher
 keine speziellen Kenntnisse darüber gewinnen konnte,
 wer die Befehle über die Ausmischung von Juden aus
 Litauenstadt und ihre Tötung im Krematorium im
 Sommer 1944 ergeben hat. Da ich bisher noch keine
 Vernehmungen über die Judenverfolgung in Polen und
 die Beteiligung des RSHA an diesen Taten durchgeführt
 habe, beruhe meine bisherigen Kenntnisse in
 wesentlichen auf den mir vorliegenden Dokumenten; ~~derzeit~~
~~samt~~ in dem zum dortigen Schreiben beigefügten Vermerk
 vom 30/10/64 kurz zusammengefasst. || Von Interesse für das
 dortige Verfahren dürften neben dem auf S. 22 zitierten
 Schreiben des Reidenfattelalters vom 14.2.1944 insbesondere
 die Ausführungen über die Stellung der HSSPF sein.
 Sollten einige der in dem Vermerk zitierten Dokumente dort
 noch nicht bekannt sein, bin ich gern bereit, sie auf
 Aufforderung zu übereindien.

2.) z.d.A.

15/7/65

U

gef. 16. 7. 65 Sch
 zu 1/ Scans u. Druck + ab

15. Juli 1965

206

1 Js 1/65 (RSHA)

An die
Staatsanwaltschaft
bei dem Landgericht

239 F l e n s b u r g

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen Reinhardt
- dort. Az. 2 Js 1000/64 -

Bezug: Dortiges Schreiben vom 9. Juli 1965

Anlagen: Abschrift meines Vermerks "Judenverfolgung in Polen"
vom 30. Oktober 1964 nebst Ergänzungsvermerk vom
19. Mai 1965

Auf die dortige Anfrage darf ich bemerken, daß ich bisher keine speziellen Erkenntnisse darüber gewinnen konnte, wer die Befehle über die Aussiedlung von Juden aus Litzmannstadt und ihre Tötung in Kulmhof im Sommer 1944 erteilt hat. Da ich bisher noch keine Vernehmungen über die Judenverfolgung in Polen und die Beteiligung des RSHA an diesen Taten durchgeführt habe, beruhen meine bisherigen Erkenntnisse im wesentlichen auf den mir vorliegenden Dokumenten; ihr wesentlicher Inhalt ist in dem zum dortigen Verbleib beigefügten Vermerk vom 30. Oktober 1964 kurz zusammengefaßt.

Von Interesse für das dortige Verfahren dürften neben dem auf S. 22 zitierten Schreiben des Reichsstatthalters vom 14. Februar 1944 insbesondere die Ausführungen über die Stellung der HSSPF sein. Sollten einige der in dem Vermerk zitierten Dokumente dort noch nicht bekannt sein, bin ich gern bereit, sie auf Anforderung zu übersenden.

Im Auftrage
Nagel
Staatsanwalt

Sch

V.

1.) Komel: Die zu Ziff. 2.) erforderten Ablichtungen werden für das Verfahren 8 I Js 815/65 STA Düsseldorf benötigt. Sie sind zu übersenden an:

Gauerdienstkommando NW, Referat 15,
Düsseldorf, Jürgensplatz 5-7, Tel. Nr. 6198/64-Bz.-
zu Händen von KOM Borgloß.

- ⑥ 2.) Bitte Ablichtungen (je 1x Kerox bzw. Foto)
von folgenden Dokumenten:

Zentralamt F II b: 299, 296, 291, 3, 4, 31, 784 (hieraus)

nur die ersten 6 Blätter: Scler. Stadoleitk.

Nürnberg-Fürst v. 8.11.1941 nebst "Richtlinien zur
technischen Durchführung der Evakuierung von
Juden nach Ostland" mit Nachtrag),
464, 314, 883

F II a Nr. 3, 40

NPr. 3 S. 4503-05, 4511

- 3.) Mit Ablichtungen vr.

10/6/65

Ugzel

U.

1.) Zu ord. an F Ziff. 1 der ob. Vfp. v. 10.6.65 / - unter Beifügung der Anlagen -
Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen frühere Angeklagte wegen der
Stadoleitstelle Düsseldorf wegen Mordes (Beteiligung an Juden-
deportationen)

Bemerkung: Reisedeutsche mit KOM Borgloß in Verein Auffang Juni des Jahres
Anlagen: 34 Blatt Ablichtungen

Als Anlagen überende ist die von KOM Borgloß erbetenen
Ablichtungen zum dortigen Vorliebt.

- 2.) z.d.A.

9f 14. JULI 1965 Le
zu 1) Sch. 2x + ab
m. Mbl.

13/7/65

U

1 Js 1/65 (RSHA)

An das
Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen
- Dezernat 15 -
z.Hä. von Herrn
Kriminalobermeister Borghoff

4 Düsseldorf
Jürgensplatz 5-7

Zu Tgb.Nr. 6198/64 - Bg. -

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen frühere Angehörige der
Stapoleitstelle Düsseldorf wegen Mordes (Beteiligung
an Judendeportationen)

Bezug: Rücksprache mit KOM Borghoff in Berlin Anfang Juni d.J.

Anlagen: 34 Blatt Ablichtungen

Als Anlagen übersende ich die von KOM Borghoff
erbetenen Ablichtungen zum dortigen Verbleib.

Im Auftrage
Nagel
Staatsanwalt

Le

1 J s 1/65 (RSHA)

V.

- 1.) Vermerk: Weitere Nachforschungen haben ergeben, dass Spruchkammerakten über folgende Personen vorhanden sind, deren Aufenthalt bisher noch nicht feststeht, die aber in diesem Verfahren Beschuldigte sind bzw. als Zeugen in Betracht kommen:

Borkowski, Fritz (BAng. in II A 5),

Doll, Marcel^y (KS in IV D 4),

Ruh, Paul (KS in IV P).

Möglicherweise sind aus den Spruchkammerakten Anhaltspunkte über den Aufenthaltsort dieser Personen zu gewinnen.

- ✓ 2.) Folgende Spruchkammerakten erfordern:

- ✓ a) 9 Sp Ls 279/47 Her (Bielefeld) betr. Borkowski, Fritz
- ✓ b) 3 Sp Ls 242/47 Rec (Bielefeld) betr. Doll, Marcel
- ✓ c) 3 Sp Js 5193/47 Ber (Bielefeld) betr. Ruh, Paul.

- 3.) Zur Frist

(Aktenbl. Doll Personalschmidt zw.
Kantinenkneipe - Verfallen 17.5.16/65)

8/6/65
48

gef. 8.6.65 Sch
zu 2/3 Sichtb. + ab

**Geschäftsstelle
der Staatsanwaltschaft**
bei dem Landgericht Bielefeld

Geschäfts-Nr.: 3 Sp Js 227/48 Ber.
3 Sp Js 5193/47 Ber -

Bielefeld, den 18.16.1965
Postfach: 200
Fernsprecher: 6 32 41
Fernschreiber: 0 932 632

210

Auf das Schreiben vom 8.6.1965
- 1 Js 1/65 (RSHA) -

werden die Akten:



V. 1. Rücken.

Paul R u h

mit der Bitte übersandt, sie nach Gebrauch wieder hierher zurückzugeben.

An
den Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht

Hörmann
(Hörmann)
Justizangestellter

B e r l i n 21
Turmstr. 91

17. 1/65 (RSWA)

✓ ^{V.}
1.) Ablieferungen fertigen für die Personalküste Reihe (Pr. 185)
(Kerot) von Bl. 2 - 4, 23 - 28 Rides. der beiliegenden Sprudelkammer =
akten.

- zu 2)
Abt. Lehr.
14/17 4
- ✓ 2.) BA trennen.
3.) z.d.A.

30/6.65
Jg

**Geschäftsstelle
der Staatsanwaltschaft**
bei dem Landgericht Bielefeld

Geschäfts-Nr.: 9 Sp I s 279/47 Sta.

Auf das Schreiben vom 8.6.1965
- 1 Js 1/65 (RSHA) -

werden die Akten:

Fritz Borkowski

mit der Bitte übersandt, sie nach Gebrauch wieder hierher zurückzugeben.

An
den Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht

JM
(Hörmann)
Justizangestellter

B e r l i n 21

Turmstr. 91

211
Bielefeld, den 18.6.1965
Postfach: 200
Fernsprecher: 63241
Fernschreiber: 0932 632

6	100 Kr. Abschriften DM Kost M.
---	--------------------------------------

28.6.65

3.PK

~~1751/65 (RSMA)~~

15.

a.) Zeigenheft Borkowski, Fritz für 1751/65 (Ref. II AS)
auslegen.

ii) ✓ 2.) Abbildungen (Xeror für 1x) für das Zeigenheft
fertigen von
Pl. 5-8, 13/14, 16 einztl. Rides., 35/36
der Beil. Sprachkammerakten.

3.) BA trennen.

Mit 3.)
Habe gefertigt.
Mittwoch 4.) vor mit Zeigenheft

30/6/65
Ug

**Geschäftsstelle
der Staatsanwaltschaft**
bei dem Landgericht Bielefeld

Geschäfts-Nr.: 3 Sp Ls 242/47 Rec.

Bielefeld, den 18.6.1965
212
Postfach: 200
Fernsprecher: 6 32 41
Fernschreiber: 0 932 632



Auf das Schreiben vom 8.6.1965

- 1 Js 1/65 (RSHA) -

werden die Akten:



28.6.65

3. PK.

Marcel Doll

V. i. Rücks.

mit der Bitte übersandt, sie nach Gebrauch wieder hierher zurückzugeben.

An
den Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht

Hörmann
(Hörmann)
Justizangestellter

Berlin 21

Turmstr. 91

175 1/65 (RSWA)

V.

1.) Abbildungen fertigen für die Personalkarte Kassel D 22(3.78)
von Bl. 5, 7 einzeln. Rücken, 16/17, 43-45
der beiliegenden Spruchkammerakten.

zur Abt.
gebr. 14/4

- 2.) BA trennen
- 3.) z.d.A.

30/6/65
J

213

Staatsanwaltschaft
bei dem Landgericht
- 2 Js 1000/64 -



Flensburg, den 22. Juli 1965

Arbeitsgruppe

An den Herrn Generalstaatsanwalt
beim Kammergericht

B e r l i n N W 21
Turmstr. 91

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen den Bürgermeister
Heinz Reinhardt, Westerland/Sylt,
wegen Verdachts der Teilnahme an der Vernichtung
von 7176 Juden im Vernichtungslager Kulmhof (Chelmno)
im Sommer 1944.

Bezug: Dort. Schreiben vom 15.7.65 - 1 Js 1/65 (RSHA).

Ich danke für den mit dortigem Schreiben vom 15.Juli 1965
übersandten Vermerk vom 30.10.1964 und bitte um Zusendung von
Fotokopien der beiden folgenden, im dortigen Vermerk zitierten
Dokumente:

- Vorläufige Dienstanweisung Himmlers für die
Höheren SS- und Polizeiführer vom 8.1.1943
(Seite 19 des Vermerks);
- Antrag der Stapo Lodz beim RSHA auf Sonderbehandlung
von Juden (Seite 22 oben des Vermerks).

Scheske
(Scheske)
Staatsanwalt

Vom: Ablichtungen
der Dokumente von
Herrn Glaß übergeben.
26.7.65

7. Fe. 216 *W*

Staatsanwaltschaft
bei dem Landgericht Kiel
- 2 Js 307/64 -

Kiel, den 27. Juli 1965

/J.

An den

Herrn Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht Berlin
-zu Hd. v. Herrn Oberstaatsanwalt Severin-

1 Berlin 21
Turmstraße 91

Herrn H.A. Nagel in d. B. im
weiter Verhandlung.

28. JULI 1965
Dr.

Vom: Dring-Abzug
von Vom. Eullöns
Reich von Herrn Dr.
erbeten. 28/7/65
WY

Betrifft: Evakuierung von Juden aus dem Bereich der Stapo Kiel
in den Osten.

hier: Ermittlungsverfahren gegen den ehemaligen
Gestapochef und SS-Sturmbannführer Hans
H e n s c h k e .

Die Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen hat mir mitgeteilt, daß bei Ihnen unter dem Aktenzeichen 1 Js 1/65 (RSHA) u.a. die Deportation der Juden aus dem Altreich in die Vernichtungslager untersucht wird. Ich führe ein ähnliches Verfahren mit dem Tatort Kiel. Der Beschuldigte Henschke hat zugegeben, daß in mindestens 2 Fällen -vermutlich im Jahre 1942- Juden aus Kiel in Richtung Osten evakuiert worden sind.

Nach Mitteilung der Zentralen Stelle befindet sich bei Ihren Akten ein ausführlicher Vermerk über die Entwicklung der NS-Judenpolitik und die "Endlösung" sowie ein Einleitungsvermerk. Ferner soll bei Ihrem Verfahren eine Sammlung der Verordnungen und Erlasse betreffend die "Endlösung" der Judenfrage vorhanden sein. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir je eine Abschrift der Vermerke und der Sammlung überlassen könnten.

Bauer
(Bauer)

Staatsanwalt

1 Js 1/65 (RSHA)

V.

- ✓ 1.) Zu Schr. an den Oberstaatsanwalt bei dem LG Frankfurt/Main:
Betr. : Verfahren gegen Mulka u.a. 4 Ks 2/63

Ich bitte, mir zum o. a. Aktenzeichen (Beteiligung des RSHA an der Endlösung der Judenfrage) eine vollständige Anklageabschrift aus dem dortigen Verfahren zu übersenden.

- ✓ 2.) Erbitte (für StA Flensburg) Ablichtungen - Xerox je einmal -
von Dok.bd. Polen 1 Bl. 90 - 93 und
" " 2 " 43 - 49.

26/7/65

Uy

gef. 28. 7. 65 Sch
zu 1) Scrb. + ab

Vermehrt: StA Wiese von der StA b.d.LG Frankfurt/Main rief auf die obige Aktenanforderung vom 26/7/65 heute an und teilte mit, dass keine Anklageabschrift aus dem Händlitz-Vorfallen mehr zur Verfügung steht. Die Matritze sei so abgenutzt, dass weitere Absätze nicht mehr hergestellt werden könnten.

Ich habe daraufhin gebeten, uns zumindest zu gegebener Zeit eine Urteilsabschrift zu übersenden. StA Wiese sagte dies zu, wies aber darauf hin, dass damit nicht vor Mitte nächsten Falles zu rechnen sei.

5/8/65

Uy

1.

1.) zu ver. - unter Beifügung der Anlagen -

An die STA b. d. Lf

239 Flensburg - zu Händen von Herrn STA Scheske -

Betritt: Ermittlungsverfahren gegen Reisefahrer
- dort. Af. 27s 1000/64 -Bezug: Dritiges Schreiben vom 22.7.1965Anlagen: 11 Blatt Ablichtungen

Sehr geehrter Herr Kollege,

beiliegend darf ich Ihnen Ablichtungen der erbetenen Dokumente übersenden.

Zu der vorläufigen Dienstanweisung für die HSSPF vom 8.1.1943 weise ich darauf hin, dass das aus dem Bundesarchiv Koblenz (NS 19/322) stammende Dokument nicht abgezeichnet ist und nach seiner Überschrift lediglich einen "Entwurf" darzustellen scheint. Wie ich dem von mir zu diesem Zweck beigefügten Schreiben des HSSPF Osk - Krieger - vom 15.2.1943 zu entnehmen bitte, ist diese vorläufige Dienstanweisung jedoch in Kraft getreten und - zweitens ist sie - auch später nicht abgeändert worden. //

Die Dokumente der Stapo Godz habe ich dem Buch "Fascismus, Mord, Massenmord" Dokumentation über Ausrottung und Widerstand der Juden in Polen während des zweiten Weltkrieges", herausgegeben vom Jüdischen Historischen Institut Warschau, entnommen. Das Buch ist in der 1. und 2. Auflage 1960 bzw. 1961 erschienen beim Verlag Rütten & Loening, Ostberlin.

Die Originaldokumente sollen nach dem Quellenwechsel

vorlaufen sein:

- a) Nr. 217: Archiv des Jüdischen Historischen Instituts in Warschau, Akten des Judenrates im getto Lodz, Evidence - Abteilungen Bd. 24,
- b) Nr. 218 und 221: Archiv des Innerministeriums in Warschau, Akten der Gestapo Lodz, Nr. 234 S. 101, 112.

Möglichsterweise sind diese Dokumente jetzt von der zentralen Stelle verfilmt worden.

Falls Sie Abbildungen der Originaldokumente erhalten wollen, wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie mir für 1 Exemplar übersenden könnten.

(Mit vorzüglicher Rückachtung)

2.) Weitere Uff. in Bd. III besonders

5/8/65

Ug

JG. 5.8.65 scz
zu 1/ Seite. und ab 5/8.65

Ug

**Der Leiter der Zentralstelle im Lande Nordrhein-Westfalen
für die Bearbeitung von nationalsozialistischen Massenverbrechen
bei dem Leitenden Oberstaatsanwalt in Dortmund**

Geschäfts-Nr.: 45 Js 1/61

Bitte bei allen Schreiben angeben!

217

46 Dortmund, den 3.8.1965
Saarbrücker Straße 5 - 9
Fernruf 52 78 21 - 29
Fernschreiber 08 22 451
Postfach

An den
Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
z. Hd. von Herrn
Gerichtsassessor Schneider

1 Berlin
Turmstraße 91

S. AUG. 1965


bem. da Kasse mir der
Falle im weiteren Verhandlung.

17.9.1/65 W. 6.8.65

Betrifft: Strafsache gegen frühere Angehörige des
RSHA;
hier: Gebrüder G ü n t h e r

Sehr geehrter Herr Kollege!

In der vor dem Schwurgericht in Bielefeld anhängigen Strafsache gegen Angehörige der Dienststelle "Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD für den Bezirk Bialystok" - gegen Dr. Zimmermann und andere, 45 Js 1/61 - wünscht das Gericht bestimmte Angaben, ob die damals im RSHA tätig gewesenen Gebrüder G ü n t h e r einer von ihnen war in Bialystok an der Februar-Teilräumung des Gettos im Jahre 1943 entscheidend beteiligt - noch leben oder wann sie verstorben oder seit wann sie vermisst sind.

Darf ich Sie bitten, mir die dort gewonnenen Erkenntnisse über Aufenthaltsort oder über den Ort und Zeitpunkt des Todes der Gebrüder G ü n t h e r umgehend mitzuteilen?

Mit bestem Dank voraus und verbindlichen

Grüßen

Im Auftrage:


(Schaplow)
Staatsanwalt

Sofort!

1.) Zu zw. an 1. Auflage - 1. Lesevorwurf -

- zu Händen von Herrn Staatsanwalt Schaplow -

Betreff: Ermittlungsverfahren gegen frühere Angehörige des RSHA - hier: Beteiligung an der sogen. Lösung der Judenfrage - wegen Mordes; hier: Februar fünfster ~~45~~ ~~1945~~ ~~1946~~ ~~1947~~

Beruf: Ortiges Schreiben vom 3. 8. 1965 - 45 Js 1/61 -.

Sehr geehrter Herr Kollege,

Ihr aus den Kollegen Schneider permitteltes Schreiben ist mir zur Beantwortung vorgelegt worden; ich bearbeite das Verfahren nach Rückkehr des Gerichtsherrn Schneider aus Frankfurt/Main nunmehr wieder allein.

Ihre Aufgabe darf ich wie folgt beantworten: //

Mit Aufgaben im Rahmen der "Lösung der Judenfrage" waren 2 Februar fünfster ~~in wesentlichen~~ ~~hatten~~ beteiligt, über die ich bisher folgende Bemerkungen gewonnen habe:

1.) Günther, Rolf, geboren am 8. 1. 1913 in Erfurt, war Angehöriger des Referats IV B 4 des RSHA und zwar als Stellvertreter Eichmanns im Range eines Stabs=beamtenführers.

Er ist Mitbeteiligter in meinem Verfahren 1 Js 1/65 (RSHA) und hier allein schon durch zahlreiche Dokumente stark belastet. Weiterhin ist er im Komplex RSHA Mitbeteiligter in den Verfahren 1 Js 4/65 (RSHA) - Einsatzkommunikat -; 1 Js 7/65 (RSHA) - Schutzhaft = einweisung von Juden - und 1 Js 12/65 (RSHA) - Tötung der polnischen Intelligenz -.

Sein Aufenthaltsort ist jedoch nicht bekannt; es ist weiter anzunehmen, dass Rolf Günther verstorben ist. //

Nach der Kartei der Zentralstelle Ludwigshafen (5 AR-Z. 69/60) soll R.F. im Sommer 1945 im Internierungslager Ebensee Selbstmord durch gift verübt haben.

In meinem Verfahren 1 Js 1/65 (RSWA) hat dagegen ferner die ^E Zeugin Margarete Feicht (1 Berlin 20, Flakenschanze 52) ausgesagt, R. Fünthier habe sie nach damaligen Angaben von Otto Hünseke (jetzt Düsseldorf/Westfalen, Körting 14) im November 1944 das Leben genommen; Hünseke sei sodann sein Nachfolger als Vertreter Eichmanns geworden. // Gegen Rolf Fünthier (ü. A.) ist wegen seiner Tätigkeit im Kommando Eichmann bei der "Endlösung" in Augen bei der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Frankfurt/Main des Verfahren 4 Js 1018/59 aufzuführen, in dem gegen ihn Haftbefehl ergangen ist, da sein Tod nicht mit Sicherheit festgestellt werden konnte. In diesem Verfahren sind u.W. umfangreiche Nachforschungen über den Verbleib von Rolf Fünthier mit negativem Erfolg aufgestellt worden. Ich darf außerdemstellen, bei der STA Frankfurt zu fragen.

2.) Fünthier, Hans, geboren am 22.8.1910 in Erfurt, gleichfalls Sturmführer. // Hans Fünthier wurde 1939 zum BdS Prop-Zentralstelle für jüdische Auswanderung versetzt und ^E im Oktober 1941 zum Leiter dieser Zentralstelle ernannt. Er behielt diesen Posten bis Kriegsende und diente als einer der Hauptverantwortlichen für die Judenverfolgung im Protektorat anzusehen sein. Soweit mir bekannt ist, war er

^E früher als Schreibkraft
im Referat IV BK tätig

^E spätestens

~~Hans Fünfler~~ 1944 gleichfalls kurzfristig in Ungarn tätig.

Hans Fünfler gehörte dem RSHA nicht an und ist daher in keinem der hier aufzähligen Verfahren Mitbeschuldigter. Auch sein Aufenthaltsort ist nicht bekannt.

Gegen ihn ist in dem Vofalven 4 Js 1018/59 STA Frankfurt/Main (früher 4a J, 586/56) ~~gleichfalls~~ ebenfalls Haftbefehl ergangen, jedoch ist die Festnahme inzwischen eingestellt worden (Bl. 30 des Berichtsblattes 4 Js 1145/63 STA Frankfurt/Main). Nach einem Schreiben des Verbandes der antifaschistischen Widerstandskämpfer in Prag vom 27.6.1962 an Staatsanwalt Dr. Steinbacher in Frankfurt/Main soll Hans Fünfler am 10.5.1945 auflasslich seiner Festnahme in Prag getötet worden sein. Soweit ich weiß, liegen darüber auch verschiedene Zeugenaussagen vor.

Ich hoffe, Ihnen mit diesen Angaben behilflich zu haben. Nach meiner Ansicht dürfte für eine Teilnahme an der Räumung des fettos Bielystok nur Rolf Fünfler im Betracht kommen. Er hat verschiedentlich Dienstreisen unternommen, um örtliche Judenaktionen vorzubereiten bzw. durchzuführen während Hans Fünfler nach meiner Einschätzung von seiner kurzfristigen Tätigkeit in Ungarn absehen nur im Protektorat tätig war. Es dürfte jedoch aussichtslos sein, von dort aus Nachforschungen über den Verbleib von Rolf Fünfler anzustellen.

Mit vorzüglicher Rücksichtung

2.) Mir zur Unterschrift

3.) B.d.A.

gf - 6. AUG. 1965 Le
in 1) Sch. 2x + ab

6/8/65

U

1 Js 1/65 (RSHA)

An den
Leiter der Zentralstelle im Lande
Nordrhein-Westfalen für die
Bearbeitung von nationalsozialistischen
Massenverbrechen
bei dem Leitenden Oberstaatsanwalt
in Dortmund
z.Hd. von Herrn Staatsanwalt Schaplow

46 D o r t m u n d
Postfach

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) wegen Mordes (Beteiligung an der sog. Endlösung der Judenfrage); hier: Gebrüder Günther

Bezug: Dortiges Schreiben vom 3. August 1965 - 45 Js 1/61 -

Sehr geehrter Herr Kollege,

Ihr an den Kollegen Schneider gerichtetes Schreiben ist mir zur Beantwortung vorgelegt worden; ich bearbeite das Verfahren nach Rückkehr des Gerichtsassessors Schneider nach Frankfurt/Main nunmehr wieder allein.

Ihre Anfrage darf ich wie folgt beantworten:

Mit Aufgaben im Rahmen der "Endlösung der Judenfrage" waren 2 Gebrüder Günther beteiligt, über die ich bisher folgende Erkenntnisse gewonnen habe:

1. Günther, Rolf, geboren am 8. Januar 1913 in Erfurt, war Angehöriger des Referats IV B 4 des RSHA, und zwar als Stellvertreter Eichmanns im Range eines Sturmbannführers.

Er ist Mitbeschuldigter in meinem Verfahren 1 Js 1/65 (RSHA) und hier allein schon durch zahlreiche Dokumente stark belastet. Weiterhin ist er im Komplex RSHA Mitbeschuldigter in den Verfahren 1 Js 4/65 (RSHA) - Einsatzkommandostab -,

1 Js 7/65 (RSHA) - Schutzhafteinweisung von Juden - und
1 Js 12/65 (RSHA) - Tötung der polnischen Intelligenz -.

Sein Aufenthaltsort ist jedoch nicht bekannt; es ist vielmehr anzunehmen, daß Rolf Günther verstorben ist.

Nach der Kartei der Zentralen Stelle Ludwigsburg (5 AR-Z 69/60) soll Rolf Günther im Sommer 1945 im Internierungslager Ebensee Selbstmord durch Gift verübt haben.

In meinem Verfahren 1 Js 1/65 (RSHA) hat dagegen jetzt die früher als Schreibkraft im Referat IV B 4 tätige Zeugin Margarete Giersch (1 Berlin 20, Flankenschanze 52) ausgesagt, Rolf Günther habe sich nach damaligen Angaben von Otto Hunsche (jetzt Datteln/Westfalen, Körtling 14) im November 1944 das Leben genommen; Hunsche sei sodann sein Nachfolger als Vertreter Eichmanns geworden.

Gegen Rolf Günther (u.A.) ist wegen seiner Tätigkeit im Kommando Eichmann bei der "Endlösung" in Ungarn bei der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Frankfurt/Main das Verfahren 4 Js 1018/59 anhängig, in dem gegen ihn Haftbefehl ergangen ist, da sein Tod nicht mit Sicherheit festgestellt werden konnte. In diesem Verfahren sind m.W. umfangreiche Nachforschungen über den Verbleib von Rolf Günther mit negativem Erfolg angestellt worden. Ich darf anheimstellen, bei der Staatsanwaltschaft Frankfurt anzufragen.

2. Günther, Hans, geboren am 22. August 1910 in Erfurt, gleichfalls Sturmbannführer.

Hans Günther wurde 1939 zum BdS Prag - Zentralstelle für jüdische Auswanderung - versetzt und spätestens im Oktober 1941 zum Leiter dieser Zentralstelle ernannt. Er behielt diesen Posten bis Kriegsende und dürfte als einer der Hauptverantwortlichen für die Judenverfolgung im Protektorat anzusehen sein. Soweit mir bekannt ist, war er 1944 ebenfalls kurzfristig in Ungarn tätig.

Hans Günther gehörte dem RSHA nicht an und ist daher in keinem der hier anhängigen Verfahren Mitbeschuldigter. Auch sein Aufenthaltsort ist nicht bekannt.

Gegen ihn ist in dem Verfahren 4 Js 1018/59 Staatsanwaltschaft Frankfurt/Main (früher 4 a Js 586/56) ebenfalls Haftbefehl ergangen, jedoch ist die Fahndung inzwischen eingestellt worden (Bl.30 des Berichtsheftes 4 Js 1145/63 Staatsanwaltschaft Frankfurt/Main). Nach einem Schreiben des Verbandes der antifachistischen Widerstandskämpfer in Prag vom 27. Juni 1962 an Staatsanwalt Dr. Steinbacher in Frankfurt/Main soll Hans Günther am 10. Mai 1945 anlässlich seiner Festnahme in Prag getötet worden sein. Soweit ich weiß, liegen hierüber auch verschiedene Zeugenaussagen vor.

Ich hoffe, Ihnen mit diesen Angaben geholfen zu haben. Nach meiner eigenen Ansicht dürfte für eine Teilnahme an der Räumung des Ghettos Bialystok nur Rolf Günther in Betracht kommen. Er hat verschiedentlich Dienstreisen unternommen, um örtliche Judenaktionen vorzubereiten bzw. durchzuführen, während Hans Günther nach meiner Erkenntnis von seiner kurzfristigen Tätigkeit in Ungarn abgesehen, nur im Protektorat tätig war. Es dürfte jedoch aussichtslos sein, von dort aus Nachforschungen über den Verbleib von Rolf Günther anzustellen.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Im Auftrage


(Nagel)
Staatsanwalt

V.

Einführung

1.) Zu rder. - 1 Gesendr. - unter Beifügung der Aut. -:

An die STA b. d. Lf Kiel - 2. Edt. von Herrn STA Bauer-Bett.: Evakuierung von Juden aus dem Bereich der Stapo Kiel aus dem Orten (Ermittlungsverfahren gegen Hans Heuselke)

Beruf: Dorf. Sch. vom 27/7/1965 - 2 Js 307/64 -
Autogr. 1 Vermerk

Sehr geehrter Herr Kollege,

auf Wunsch seines überende ich Ihnen eine Abschrift meines Vermerks vom 2/9/65 über die "Endlösung der Judenfrage" im Altreich einschließlich Ostmark.

Hinsichtlich der weiteren erbetenen Vermerke darf ich bemerkern, dass der Vermerk über die Entwicklung der NS-Judenpolitik bis zur Endlösung im Augenblick hier in Überstücken nicht mehr vorhanden ist und auch lediglich einen Überblick über die historische Aufgangsentwicklung gibt, sodass er für das aktuelle Verfahren kaum von Nutzen sein dürfte. Der Einleitungsvormerk selbst bezieht sich lediglich auf die einzelnen mit der "Endlösung" befassten Referate des RSHA und deren Angehörige.

Die Sammlung der Verordnungen und Blätter betr. "Endlösung" besitze ich nicht. Allerdings habe ich im Laufe der Voraussetzungen einen grossen Teil der Deportationsordnungen pp auffinden können. Diese sind jedoch bei mir allein das Reich betreffend - in 15 Dokumentenbänden und 8 Nebenbänden neben anderen Dokumenten entsprechend ~~an~~ dem jeweiligen Zeitpunkt vorliegt (vgl. Zusammenfassung in Bl. 48 f des beiliegenden

Vermisch.). Sie stammen überwiegend aus den
Beständen des ITS Arolsen - ITS Historique Ordner
308/9.

Zur Rückblick auf den Umfang der Dokumente
darf ich um Verständnis bitten, wenn ich Ihnen
die erbetenen Ablichtungen nicht überseenden
kann, zumal ein großer Teil für Ihr
Vorhaben ~~sich bestimmt~~ ohne Nutzen sein
dürfte. Ich möchte daher vorschlagen, dass
Sie aufgrund des beigefügten Vermerks ~~finden~~
die wesentlichen Dokumente gelegentlich hier,
Dienstreise nach Berlin ~~hier~~ selbst die Dokumente
bezeichnen, die Sie benötigen. Ich bin gern bereit,
sodann die erforderlichen Ablichtungen hier
festigen zu lassen.

Mit vorzüglicherachtung

6/8/65

U

z.) z.d.A.

gef. 4.8.65 S.9
zu 1) Summ. 2x

1 Js 1/65 (RSHA)

An die
Staatsanwaltschaft
bei dem Landgericht Kiel
z.Hd. von Herrn Staatsanwalt Bauer

23 K i e l

Betrifft: Evakuierung von Juden aus dem Bereich der Stapo Kiel
aus dem Osten
(Ermittlungsverfahren gegen Hans Henschke)

Bezug: Dortiges Schreiben vom 27. Juli 1965 - 2 Js 307/64 -

Anlage: 1 Vermerk

Sehr geehrter Herr Kollege,

wunschgemäß übersende ich Ihnen eine Abschrift meines Vermerks vom 2. September 1964 über die "Endlösung der Judenfrage" im Altreich einschließlich Ostmark.

Hinsichtlich der weiterhin erbetenen Vermerke darf ich bemerken, daß der Vermerk über die Entwicklung der NS-Judenpolitik bis zur Endlösung im Augenblick hier in Überstücken nicht mehr vorhanden ist und auch lediglich einen Überblick über die historische Anfangsentwicklung gibt, so daß er für das dortige Verfahren kaum von Nutzen sein dürfte. Der Einleitungsvermerk selbst bezieht sich lediglich auf die einzelnen mit der "Endlösung" befaßten Referate des RSHA und deren Angehörige.

Eine Sammlung der Verordnungen und Erlasse betr. "Endlösung" besitze ich nicht. Allerdings habe ich im Laufe der Vorermittlungen einen großen Teil der Deportationsrunderlasse pp. auffinden können. Diese sind jedoch bei mir - allein das Reich betreffend - in 15 Dokumentenbänden und 8 Nebenbänden neben anderen Dokumenten entsprechend dem jeweiligen Zeitpunkt verstreut (vergl. Zusammenfassung in Bl. 48 f. des beiliegenden Vermerks).

Im Hinblick auf den Umfang der Dokumente darf ich um Verständnis bitten, wenn ich Ihnen die erbetenen Ablichtungen nicht übersenden kann, zumal ein großer Teil für Ihr Verfahren ohne Interesse sein dürfte. Ich möchte daher vorschlagen, daß Sie anhand des beigefügten Vermerks gelegentlich einer Dienstreise nach Berlin selbst die Dokumente bezeichnen, die Sie benötigen. Ich bin gern bereit, sodann die erforderlichen Ablichtungen hier fertigen zu lassen.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Im Auftrage


(Nagel)
Staatsanwalt

Sch

226

12 AUG 1965
JG

bemerkung

Geschäftsstelle der
Staatsanwaltschaft bei
dem Landgericht
4 Js 481/65

An den
Herrn Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht

Berlin

Aschaffenburg, den 4.8.1965

Staatsanwaltschaft
b. d. Kammergericht - Berlin

Eing. am - 6. AUG. 1965

mit Anl. Blatts. Bd. Akten

Betreff: Dannecker Theodor u.a. wegen Beteiligung an Judenmaßnahmen.

Auf Anordnung wird nach dem Stand des Verfahrens 1 Js 1/65 (RSHA)
angefragt.

Schulz
Just. Angest.

100 nicht erreichbar.
AUG. 1965

V.

- ✓ 1./ Kurs. mitteilen, dass die Ermittlungen in den
sehr umfangreichen Verfahren noch mehrere Jahre
dauern werden.
2./ z.d. A. 17. 1. 65

13/8/65

W

gft 16. AUG. 1965 Le
w) g 11-18

Vfg.

1. Zu schreiben:

An das
Landgericht Baden-Baden
- Untersuchungsrichter -
z.Hd. von Herrn
Landgerichtsrat Kollrack

757 Baden-Baden

Betrifft: Strafsache gegen Reinhard W a g n e r

Bezug: Dortiges Schreiben vom 28. Mai 1965
 Mein Schreiben vom 1. Juni 1965

Sehr geehrter Herr Landgerichtsrat Kollrack!

Ich nehme an, daß mein Dokumentenband "Norwegen" aus dem Verfahren 1 Js 1/65 (RSHA) sowie der Geschäftsverteilungsplan des Reichssicherheitshauptamtes vom 1. März 1941 dort nicht mehr benötigt werden. Ich darf daher um baldige Rücksendung bitten.

Hochachtungsvoll

2. Z.d.A.

Berlin, den 23. August 1965

gff 23. AUG 1965 Le
gff m.) Schl. + ab

**Der Leiter der Zentralstelle im Lande Nordrhein-Westfalen
für die Bearbeitung von nationalsozialistischen Massenverbrechen
bei dem Leitenden Oberstaatsanwalt in Dortmund**

Geschäfts-Nr.: 45 Js 1/61
Bitte bei allen Schreiben angeben!

228
46 Dortmund, den 17. 8. 1965
Saarbrücker Straße 5 - 9
Fernruf 52 78 21 - 29
Fernschreiber 08 22 451
Postfach

An den
Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
z. H. Herrn Staatsanwalt Nagel
- persönlich oder Vertreter im Amt -

1 Berlin
Turmstraße 91

Betrifft: (Strafsache gegen Rechtsanwalt Dr. Herbert
Zimmermann u. A. wegen Mordes und Beihilfe
zum Mord;
hier: Unterlagen und Tätigkeit des Reichs-
sicherheitshauptamtes)

Bezug: Ferngespräch vom 16. 8. 1965

Anlage: 1 Anklageschrift - 45 Js 1/61 -

Sehr geehrter Herr Kollege!

Ich nehme Bezug auf das oben erwähnte Ferngespräch
und teile Ihnen die Ermittlungswünsche der Strafkammer
mit, die sich auf Fall 10 (Bl. 119, 120) der anliegen-
den Anklageschrift beziehen.

Die Fragen lauten:

- 1) Gibt es einen Erlaß des Reichssicherheitshauptamtes,
daß Kommandeure der Sicherheitspolizei außergewöhnliche
Vorfälle in ihrem Amtsgebiet sofort fernschriftlich
melden und dabei Vorschläge machen mußten, wie sie
die Angelegenheit weiter zu bearbeiten gedachten?

- 2 -

- 2) Sind Meldungen dieser Art von irgendwelchen Kommandeuren bei den Unterlagen des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes?
- 3) Ist bei diesen Unterlagen, sofern sie erhalten sind, das Fernschreiben des Dr. Altenloh betr. das Säureattentat vorhanden?

Ich wäre Ihnen sehr verbunden, wenn Sie mir recht bald eine positive Antwort geben könnten.
Die Anklageschrift stelle ich für das dortige Verfahren zur Verfügung.

Im Auftrage:


(Schaplow)
Staatsanwalt

V.

230

1.) Kernstück:

für die heil. Aufgabe vom 17/8/65 habe ich folgende Dokumente erheben (Abb.):

B_Ia 69 = Schwellbrief CdSipo IV Dz v. 24/2/47 an den Bds Krakau betr. Berichterstattung über das feu. fow.

H 2 = Meldung wichtiger staat. polit. Ereignisse Nr. 3 vom 19.3.1943 d.a. betr. KdS Bialystok.

Weitere Dokum. zu Ziff. 1-3 der Aufgabe habe ich in der Dok. Kartei A_Ia-ol, A_{II} und B_Ia nicht finden können. Die Dokumente A_Ic 33, B_Ia 1 und B_Ia 158 geben u.E. nichts her.

- 2.) Nach Rücksprache mit Fr. StA in Bielefeld als derzeitige Sachbearbeiterin für 1.7.-12/65 (RSWA) liegen dort keine weiteren abhandelbaren Dokumente vor. Vorlage erübrigt sich daher.
- 3.) Nach Eingang der Ablichter. zu 1.) w.v.

20/8/65

U

V.

1.) Zu rde. an F. a. u. Sch. vom 17.8.65] - 1 Konsolidir-
 - zu F. d. von Herrn Staatsanwalt ~~Schäffer~~ Schaplow -

Betr.: (F. a. u. Sch.)

Beruf: Vorläufige Sch. vom 17.8.65

Aufgabe: a) Schnellbrief des CdSipo u. d. SD vom 24.7.1941

b) Meldung wichtiger staatspolitischer Ereignisse Nr. 3
vom 19.3.1943

Sehr geehrter Herr Kollege,

zu meinem Bedauern kann ich Ihnen lediglich zur
Frage 1) Ihres Schreibens vom 17.8.1965 weiterhelfen. //

Zu dem beiliegenden Schnellbrief des RSHA - Referat
IV D 2 (Gouvernementsangelegenheiten, Polen im Reich) -
an die KdS im Generalgouvernement ist die Berichts-
pflicht in einzelnen ~~auszugsweise~~ ^{auszugsweise} geregelt; ich darf Ihnen nähere
Ausschüsse ^{auszugsweise} auf Ziff. III des Blattes hinweisen. //

~~Zusammenfassender~~ Schreiber ist die Ablichtung nicht gut ~~lesbar~~
zu lesen. Das Dokument stammt aus dem Staatsarchiv
Nürnberg und ist dort unter der Signatur NO 1246 erfant.
Falls Sie eine bessere Ablichtung benötigen, dürfte es
deshalb aufgebracht sein, diese aus Nürnberg anzufordern. //

Einzelmeldungen der KdS an das RSHA über ausseige-
wöhnliche Vorfälle sowie das "Feststellreiben des Dr. Altenohl
über das Säuerlichkeit" sind in meinen Dokumenten-
karten nicht erfant. // Bei der Überliefert der Dokumenten-
karten habe ich jedoch die beigefügte "Meldung wichtiger
staatspolitischer Ereignisse" Nr. 3 vom 19.3.1943 ~~noch~~
festgestellt. Möglicherweise ist für Sie die die

(-2-)

Meldung des KdS Bielystok (S. 15f) von Interesse.
Mit vorliegender Rechnung

z/ z.d.A. (Vfghd. V).

26/8/65
U

gff 26. AUG. 1965 Le
gff u.) schb. 2 x
und ab

1 Js 1/65 (RSHA)

An den
Leiter der Zentralstelle im Lande
Nordrhein-Westfalen für die Bearbeitung
von nationalsozialistischen Massen-
verbrechen

bei dem Leitenden Oberstaatsanwalt
in Dortmund

z.Hd. von Herrn
Staatsanwalt S c h a p l o w

46 D o r t m u n d
Postfach

Betrifft: Strafsache gegen Rechtsanwalt Dr. Herbert Zimmermann
u.A. wegen Mordes und Beihilfe zum Mord;
hier: Unterlagen und Tätigkeit des Reichssicherheits-
hauptamtes

Bezug: Dortiges Schreiben vom 17. August 1965
- 45 Js 1/61 -

Anlagen: a) Schnellbrief des CdSipo u.d.SD vom 24. Juli 1941
b) Meldung wichtiger staatspolitischer Ereignisse
Nr. 3 vom 19. März 1943

Sehr geehrter Herr Kollege,

zu meinem Bedauern kann ich Ihnen lediglich zur Frage 1) Ihres
Schreibens vom 17. August 1965 weiterhelfen.

In dem beiliegenden Schnellbrief des RSHA - Referat IV D 2
(Gouvernementsangelegenheiten, Polen im Reich) - an die KdS
im Generalgouvernement ist die Berichtspflicht im einzelnen
geregelt; ich darf ohne nähere Ausführungen insbesondere auf
Ziff.III des Erlasses hinweisen.

Leider ist die Ablichtung nicht gut zu lesen. Das Dokument
stammt aus dem Staatsarchiv Nürnberg und ist dort unter der
Signatur NO 1246 erfaßt. Falls Sie eine bessere Ablichtung
benötigen, dürfte es deshalb angebracht sein, diese aus

Nürnberg anzufordern.

Einzelmeldungen der KdS an das RSHA über außergewöhnliche Vorfälle sowie das Fernschreiben des Dr. A l t e n l o h über das Säureattentat sind in meiner Dokumentenkartei nicht erfaßt.

Bei der Durchsicht der Dokumentenkartei habe ich die beigefügte "Meldung wichtiger staatspolitischer Ereignisse" Nr. 3 vom 19. März 1943 gefunden. Möglicherweise ist für Sie die Meldung des KdS Bialystok (S. 15 f.) von Interesse.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Im Auftrage

(Nagel)
Staatsanwalt

Le

234

Landgericht Baden-Baden
-Der Untersuchungsrichter-
VU 1/65

Baden-Baden, den 1. September 1965



9	Anlagen
	Abschriften
	DM Kost M.

1 A.R.

An den
Herrn Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
1 Berlin 21
Turmstr. 91

Betreff: Strafsache gegen
1. Hellmuth Reinhard (alias Patzschke)
aus Unterwerschen
2. Wilhelm Wagner aus Altenkirchen
wegen Beihilfe zum Mord

Bezug: Dortiges Schreiben vom 23.8.1965 -1 Js 1/65 (RSHA)

Auf die dortige Anfrage vom 23.8.1965 darf ich
mitteilen, dass ich die gewünschten Akten hier noch
benötige. Sollten sie dort nicht benötigt werden,
wäre ich dankbar, wenn sie mir noch weiterhin
überlassen werden könnten; sollten sie dort dringend
benötigt werden, bitte ich mir dieses mitzuteilen,
damit ich sie umgehend zurücksenden kann.

b.
X. u. (Kollrack)
Landgerichtsrat

1 zdlA (Bd v, Vfzheft 5)

2 weitere Vfz ber.

28.9.65 J

!

Elt Baden

1 zu schreiben:

an das LG Baden - Baden

- Unternehmensrichter -

z. Hd. von Herrn Landgerichtsrat
Kollrathnicht schreiben
und ab757 Baden - BadenBetritt: VU 1 / 65Schoepfle gegen Helmut Reinhard
und Wilhelm WegnerBesig: Meine Schreiben vom 1. Juni und
23. August 1965

Dortiger Schreiben vom 1. September 1965

Sehr geehrter Herr Landgerichtsrat Kollrath!

Mein Dokumentenband "Norwegen" aus dem
Verfahren 1 Jp 1/65 (RSWA) sowie der
Feststellungsplan des RSWA vom
1. März 1941 werden nunmehr von mir
dringend zur Fortführung der Ermittlungen
benötigt, weil die Untersuchung als neuer
Sachbearbeiter des Verfahrens 1 Jp 1/65(RSWA) weiterhin die Mutter reinkommen
Mögl. sein Dokumente durcharbeiten muß,
um weitere Entscheidungen treffen zu können.
Ich bitte deshalb, mir den Dokumenten-
band "Norwegen" und den Feststellungs-

plan vom 1. 3. 41 umgehend zu verbessern.

Hochachtungsvoll

28. 4. 65

U

z₁ z dA (Bd Σ , Vtropf Σ)

gg. 28. 4. 65 Scg 10/9.4
zu 1/ Schub. je

V.

zu schreiben:

an die Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht
München II

z. Hd. von Herrn EStA Huber

Betreff: Ein Hingerufverfahren 17 1/65 (RSHA)
gegen ehemalige Angehörige des Reichs-
nachschubkantamtes wegen Mordes

Bemerkung: Darliges Ein Hingerufverfahren 10 a 17
29/60 gegen Zoepf und Dr. Harster
wegen Verdachts der Beihilfe zum
Mord (NSG)

Sehr geehrter Herr Erste Staatsanwalt!

Bei Durcharbeitung ~~aller~~ meiner Dokumenten-
bände beobachtend den Komplex "Deportation
von Juden aus den Niederlanden"
habe ich an Hand einer Dokumentauf-
stellung des "Rijksinstitut voor Oorlogs-
documentatie" Utrecht - festgestellt,
daß sich ein Teil der ^{beim Rijksinstitut} ~~ältesten~~ vorhandener
Dokumente nicht bei meiner Dokumenten-
sammlung befindet. Es handelt sich

dabei um folgende Uhunden:

Einrücken Nr. 16 u. 17
 Dok. Bd. Niedl. A Bl. 85
 Nr. 22, 24 bis 26, 28,
 30 bis 32 Niedl. A Bl. 86,
 Nr. 2 und 3 Niedl. A Bl. 88
 sowie Nr. 6 Niedl. A Bl. 89

~~Herrn M. H. A.~~ Falls Ablichtungen dieser Uhunden dort vorhanden sein sollten, bitte wäre ich Ihnen sehr dankbar, wenn Sie ~~Herrn M. H. A.~~ davon weitere Ablichtungen fertigen lassen und mir möglichst bald übersenden könnten.

~~Sollten dort weitere Dokumente vorhanden sein, die konkrete Hinweise auf die Beteiligung des RSWA an den deportationsmaßnahmen enthalten und mir bisher nicht vorliegen - wo anhand meines dort vorliegenden Vermerkes über die Judenverfolgung in den Niederlanden festgestellt werden kann -, bitte ich, mir auch davon Ablichtungen zur Verfügung zu stellen.~~

Außerdem steht noch bitte ich um ^{fründliche} Mitteilung, ob von dort aus für das Verfahren

1 Jp 1/65 (RSHA)

238

10 a Jp 29/65 die beim "Rijks -
institut voor Oorlogsdокументatie" in Amsterdam
vorhandenen Dokumente eingesehen und ausgewertet
worden sind.

hochachtungsvoll

2/ Msr Wv

1.10.65

W

gef. 4.10.65-SG
für 1/Scrb. 2x
M 5/10. K

Der Polizeipräsident in Berlin

I-A - KI 2 - 3951/65

(Angabe bei Antwort erbeten)

1 Berlin 42 Tempelhofer Damm 1-7, den 27.9.1965
Fernruf: 66 0017 } App. 30 15
Im Innenbetrieb: }

An den
Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
z.H. von Herrn OStA S e v e r i n
-o.V.i.A.-

persönlich überbracht!

l Berlin 21
Turmstr. 91

27 SEP 1965

V

✓, Herrn Reg. und B.
um 1965 Ebdigung

c/2dR

27.9.65

Betrifft: Ermittlungsverfahren der StA München II, 14 b Js 48/59,
gegen Willi Z o e p f u.a. wegen NSG in Holland

Bezug: Fernmündliche Rücksprache zwischen Herrn Staatsanwalt HÖLZNE

Das Bayerische LKA - IIIa/SK - fragt hier im Auftrage der StA München II -ESTA H u b e r - an, ob es möglich sei, nachfolgend aufgeführte Unterlagen für das im Betreff genannte Verfahren zu beschaffen. Diese Unterlagen müßten sich im Verfahren l Js 1/65 -"Endlösung" - befinden. Mit Datum vom 17.3.1965 hat Herr Ger. Assessor S c h n e i d e r, der seinerzeit noch bei der StA Berlin arbeitete, der StA München II zum dortigen Verfahren einen "Vermerk über die Judenverfolgung in den Niederlanden" übersandt.

S.3, Nied.2 19/20 Telegr. Einladung IV B 4a v. 4.6.42,
Az. 3233/4lg (1085) zur Besprechung
am 11.6.42;

Nachweis über die Teilnahme von Z o e p f
an dieser Besprechung;

S.6, Reich 13, Bl. 46 ff
Erlaß IV B 4b v. 5.März 1943;

S.8, Nied.2 44/46 Schreiben der "Zentralauftragsstelle
für die besetzten niederländ. Gebiete"
v. 18.11.42 und

Schreiben der "Rüstungsinspektion Nieder-
lande" v. 2.12.42, beide an R a u t e r,
letzteres nachr. an Z o e p f;

Weiter Vf um.
21.9.65

S.10, Nied.2 58/61

In diesem Abschnitt über die Räumung der Anstalt "Het Apeldoorns Bosch" ist erwähnt, daß Eichmann sie angeordnet habe, wovon hier bisher nichts bekannt war. Existiert hierüber ein Dokument von Eichmann oder worauf ist diese Feststellung begründet?

S.13, Nied.2 80 Anordnung von Raute von etwa 20.5.43;

S.13, Nied.2 82 Bericht Bene v. 6.6.43 an das AA;

S.17, Nied.2 89 Fernschreiben SS-U'Stuf. Werner, BdS Den Haag, v. 6.8.43, an SS-H'Stuf. Novak;

S.19, Nied.2 130, 132, 133 Anfrage Zoepf v. 8.4.44 beim RSHA, was mit den einbehaltenen Sendungen (Pässe aus der Schweiz) geschehen solle, und

Erlaß IV B 4b (I) a Nr. 4297/44 v. 15.4.44;

S.21, Nied.2 113 Erlaß IV B 4a RSHA v. 28.1.44 über Festnahme aller Juden argent. Staatsangehörigkeit;

S.22, Nied.2 120 Schreiben Seyss-Inquart v. 28.2.44 an Bormann;

S.22, Nied.2 137 Bericht Bene v. 20.7.44

Ich bitte, die Ablichtungen der genannten Unterlagen beschleunigt an die StA München II zu übersenden.

l.
Im Auftrage

Paul
(Paul), KK

Ma

1 Versuch. KM Bellach erhält nun persönlich von mir die gefestigten Ablichtungen. Er wird in ESTA immer persönlich übermitteln.

28/9.65 *U*

2/2d/17

239

1 Js 1/65 (RSHA)

An die
Staatsanwaltschaft
bei dem Landgericht München II
z.Hd. von Herrn Ersten Staatsanwalt Huber

8 München

Betrifft: Ermittlungsverfahren 1 Js 1/65 (RSHA) gegen ehemalige Angehörige des Reichssicherheitshauptamtes wegen Mordes

Bezug: Dortiges Ermittlungsverfahren 10 a Js 29/60 gegen Zoepf und Dr. Harster wegen Verdachts der Beihilfe zum Mord (NSG)

Sehr geehrter Herr Erster Staatsanwalt!

Bei Durcharbeitung meiner Dokumentenbände betreffend den Komplex "Deportation von Juden aus den Niederlanden" habe ich anhand einer Dokumentenaufstellung des "Rijksinstituut voor Oorlogsdocumentatie" - Amsterdam - festgestellt, daß sich ein Teil der beim Rijksinstituut vorhandenen Dokumente nicht bei meiner Dokumentensammlung befindet. Es handelt sich dabei um folgende Urkunden:

Fernschreiben des RSHA, IV B 4 A, Berlin, an den BdS, den Haag, z.D.v. SS-Brigadeführer, Generalmajor der Polizei, Naumann, den Haag vom 3. Februar 1944 (Aktenmappe "Portugiesische Juden", Seite 103),

Fernschreiben des RSHA, IV B 4 A, Berlin, an den BdS, den Haag, zu Hd. von SS-HStuf Zoepf, den Haag vom 23. Mai 1942 (Aktenmappe Dr. Ernst Laqueur, 7.8.80. Obernik (Schles), Seite 52),

Brief des Reichssicherheitshauptamtes IV B 4, Berlin, an den BdS im Bereich des Militärbefehlhabers in Frankreich, z.Hd. von SS-Standartenführer Dr. Knochen o.V.i.A. und nachrichtlich u.a. an den BdS im Haag vom 10. Juni 1943 (Aktenmappe "Bergen-Belsen"),

240

Aktenvermerk des SS-Gruppenführers und Generalleutnants d.P. Rauter, für den BdS, den Haag vom 18. Juli 1942 (Aktenmappe "Evangelische Juden", Seite 83),

Fernschreiben von IV B 4, den Haag, an das RSHA, IV B 4, Berlin vom 20. Juli 1942 (Aktenmappe "Evangelische Juden", Seite 85),

Vermerk von IV B 4, den Haag vom 5. Oktober 1942 (Aktenmappe "Theresienstadt", Seite 1),

Brief des Reichssicherheitshauptamtes, IV B 4a, Berlin, an den BdS, den Haag, z.Hd. von SS-Sturmbannführer Zöpf vom 2. März 1943; mit einer Anlage: "Richtlinien zur technischen Durchführung der Wohnsitzverlegung von Juden nach Theresienstadt" vom 20. Februar 1943 mit wiederum zwei Anlagen; Anlage 1: Muster einer Abfahrtsmeldung; Anlage 2: Muster einer Ankunftsmeldung (Aktenmappe "Theresienstadt", Seiten 9, 10, 11, 12, 13, 14 und eine nicht nummerierte Seite),

Brief des Reichssicherheitshauptamtes, IV b 4, Berlin, an den BdS, den Haag vom 17. Mai 1944 (Aktenmappe "Theresienstadt", Seite 22),

Vermerk des BdS, den Haag (Dr. Harster) vom 6. Dezember 1941 (Aktenmappe "Theresienstadt-Transport vom 21.4.1943", Seite 23),

Vermerk des Obersturmführers Dr. Rajakowitsch (Sonderreferat Juden beim BdS, den Haag) vom 20. Dezember 1941 in Berlin (Aktenmappe "Theresienstadt-Transport vom 21.4.43"),

Originaldokument:

Kopie eines Schreibens des Befehlshabers der Sicherheitspolizei und des SD, Naumann, an den Reichskommissar für die besetzten niederländischen Gebiete, Seyss-Inquart. Januar 1944.

Archiv IV B 4 (182d),

Originaldokument:

Schreiben des Befehlshabers der Sicherheitspolizei und des SD, Naumann, an den Reichskommissar für die besetzten niederländischen Gebiete, Seyss-Inquart. Januar 1944, worauf Mitteilung von Jacobs, 9.2.1944. Archiv IV B 4 (182d),

Fotokopie:

Schreiben von Wagner an die Deutsche Botschaft, Paris, usw. 12. August 1943. Fotokopie FOSD 2761 D535515, 535517-535519, 535516.

Falls Ablichtungen dieser Urkunden dort vorhanden sein sollten, wäre ich Ihnen sehr dankbar, wenn Sie davon weitere Ablichtungen fertigen lassen und mir möglichst bald übersenden könnten.

Außerdem bitte ich um freundliche Mitteilung, ob bereits von dort aus für das Verfahren 10 a Js 29/65 die beim "Rijksinstituut voor Oorlogsdocumentatie" in Amsterdam vorhandenen Dokumente

eingesehen und ausgewertet worden sind.

Hochachtungsvoll
Im Auftrage

(Hölzner)
Gerichtsassessor

V.

- 1) zu schreiben (1Leseschr.) unter Beifügung der anl. Ablichtungen:

An den

Leiter der Zentralstelle
im Lande Nordrhein-Westfalen
für die Bearbeitung von
nationalsozialistischen Massenverbrechen
bei dem Leitenden Oberstaatsanwalt
in Dortmund

z.Hd . von Herrn Staatsanwalt Zimmermann

46 Dortmund

Saarbrücker Str. 5 - 9

Betr.: Ermittlungsverfahren gegen fr. Angehörige des ehemaligen
Reichssicherheitshauptamtes wegen Mordes

Bezug: Persönliche Rücksprache in Berlin

Anlagen: 79 Bl. Ablichtungen
1 Abschrift

Sehr geehrter Herr Kollege !

Beiliegend übersende ich Ihnen die Ablichtungen der von Ihnen
hier aus den Dokumentenbänden ausgewählten Unterlagen.

Wie ich erst jetzt erfahren habe, sind die von Ihnen zusätzlich
nach der Kartei ausgewählten Dokumente durch die Geschäftsstelle
schon kurzerhand übersandt worden. Ich hoffe, dass Sie sie rich-
tig erhalten haben.

Mit vorzüglicher Hochachtung

✓ 2) mir zur Unterschrift

3) mit anl.Vfg. v. 24./25.8.65 z.d.A.

15.9.65

gef. 17.9.65 für
zu 1) Saarb. 2x abt. Anlagen bsi.
21/9. q

zu schriftliche Ablichtungen vor

Bl. 1 - 5, 8 - 18, 20, 21, 25 - 27, 29 - 34,
52 - 54, 94 Bd. I d. A.,

Bl. 31, 32, 43 - 45, 102 - 106, 109 - 119,
125 - 134, 152 - 169 Bd. II d. A.,

Bl. 184 - 195 R Bd. III d. A.

J
24/8

U.

1.) Vorwurf: Unter den erhaltenen Ablichtungen befinden sich keine Weiß/Schwarz-Dokumente. Vorwurf ist daher möglich.

2.) Obige Ablichtungen gem. Uff. vom 24/8. bearbeiten
(Vorwurf je 1x).

3.) Aktennumm. vor
(Überreichung der AbL an die Rechtsabteilung NRW-Dortmund -
zu Räumen von Herrn Staatsanwalt Zimmermann).

25/8/65

44

1 Js 1/65 (RSHA)

244

An den
Leiter der Zentralstelle
im Lande Nordrhein-Westfalen für die
Bearbeitung von nationalsozialistischen
Massenverbrechen
bei dem Leitenden Oberstaatsanwalt
in Dortmund
z.Hd. von Herrn Staatsanwalt Zimmermann

46 D o r t m u n d
Saarbrücker Str. 5-9

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen frühere Angehörige des
ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes wegen Mordes

Bezug: Persönliche Rücksprache in Berlin

Anlagen: 79 Bl. Ablichtungen
1 Abschrift

Sehr geehrter Herr Kollege!

Beiliegend übersende ich Ihnen die Ablichtungen der von
Ihnen hier aus den Dokumentenbänden ausgewählten Unter-
lagen. Wie ich erst jetzt erfahren habe, sind die von
Ihnen zusätzlich nach der Kartei ausgewählten Dokumente
durch die Geschäftsstelle schon kurzerhand übersandt
worden. Ich hoffe, daß Sie sie richtig erhalten haben.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Im Auftrage

(Bilstein)
Staatsanwältin

Sch

4 Js 481/65



1. Abtragen.
2. U. mit Akten

an den Herrn Generalstaatsanwalt
bei diesem Kammergericht

1 B e r l i n 21
Turmstr. 91

mit der Bitte um Übernahme zu dem dortigen Sammelverfahren
1 Js 1/65 (RSHA).

~~Die isolierte Durchführung eines Verfahrens ohne die sicher
dort verfügbaren umfassenden Archivunterlagen gegen einen
anscheinend nur untergeordnet an Judenmaßnahmen Beteiligten
erscheint mir unzweckmäßig und nicht vertretbar.~~

Aschaffenburg, den
Staatsanwaltschaft:

22. Sep. 1965

(Schmitt, Staatsanwalt)

Vb ber.
28/9.65 M

108
245

<u>9</u>	<u>Wahr</u>	<u>Anlagen</u>
		<u>Abschriften</u>
		<u>DM Kost M.</u>

1 J 1/65 (RSHA)

246

V
-

✓ 1, Schreiben an
die Staatsanwaltschaft
bei dem Landgericht in

- Briefkopf für die Akten

1 AR 123/63 -

§75 Achaffenburg

St 47 P 481/65

unter Beifügung der Akten 4 J 481/65 STA Achaffenburg.

Betreff: Ein Haftungsverfahren 1 J 1/65 (RSHA)
gegen frühere Angehörige des ehemaligen
Reichsnährlebenslandes (RSHA)

Bem.: Dortige Verfügung vom 22. September 1965
- Blatt 108 der Akten 4 J 481/65 -

Anlage: 1 Band Akten 4 J 481/65

Als Anlage sende ich den dortigen Vertrag
gegen Theodor Dannacker u.a. zurück.
Zur Übernahme dieses Verfahrens sehe ich
nich an dem auf Bl. 102 f der Notizen
Albert Körner/Arbeitsgruppe an, ob er
die Dokt. offenbar nicht bearbeitet
finden kann, werden sind,
nicht in der Lage. F. Körner

✓ 2, Herrn Leiter der Arbeitsgruppe und B.
um Kenntnahme nach teilnahme

28.9.65
ggf. 29.9.65
zu 1/ Schre

3, z d A (Verfügungskarte II)

28.9.65

Kr

F Es bei mir anhängige Verfahren 1 Js 1/65 (RSKA), das die Beteiligung des RSHA an der sog. Entlösung der Todesfrage zum gegenwart best nicht mit ausschließlich - wie ich beweis
es meinem kleinen vom 15.6. 1965 angeführt habe -
gegen die RSHA-Angehörigen, die von Berlin aus den Kapp-
nahrung im Rahmen der „Entlösung“ eingesetzt habe,
und nicht (die „öfflichen“ Täter. Der Umstand, dass es über
auspendere Soldatenkäfigen verfüge, rechtfertigt in keiner
Weise die Übernahme des Verfahrens. Wollte ich sämtliche Ver-
fahren, die gegen Angehörige der ~~bisher bis jetzt~~^{jetzt aus Gemeinschaftsgründen} ID
gegen öffentlichen Taten anhängig wären, übernehmen und den mit
meinen Vergängen verbinden, würde es im Ergebnis dazu
führen, dass ~~ausnahmslos~~ alle nationalsozialistischen Faschisten,
womit sie von Angehörigen der BfV oder der ID begrenzt werden müssten,
in Berlin erneut verurteilt würden.
Ich bin jedoch gerne bereit, ~~unterstreicht die entsprechenden Dokumente~~^{unterstreicht}
die hier vorliegenden Dokumente gegebenen zu erhalten.

247

Der Leitende Oberstaatsanwalt

bei dem Landgericht Düsseldorf

Geschäftsnummer: 8 I Js 686/65

(Es wird gebeten, bei allen Eingaben die vorstehende
Geschäftsnummer anzugeben)

An den
Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
-Arbeitsgruppe RSHA-

1 in West-Berlin

4 Düsseldorf 1, den 22. Sept. 1965
Mühlenstraße 34
Fernruf: 8961
Fernschreib-Nr.: 8587583



7	Anlagen
	Abschriften
	DM Kost M.

1.
Herrn J.H. Höhne u. d. B.
in weiter Verhandlung.

5. OKT 1965

Vf b. h 6/10.65

Betr.: Ermittlungsverfahren gegen den früheren
Oberregierungsrat Fritz Hartmann
aus Düsseldorf u.a.
wegen Verdachts des Mordes u.a.

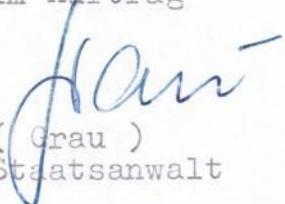
Gegenstand des Verfahrens gegen den Beschuldigten Hartmann, der in der Zeit von März 1941 bis April 1943 Leiter der Gestapoleitstelle Trier und gleichzeitig Führer des Einsatzkommandos der Sicherheitspolizei und des SD im besetzten Luxemburg war, ist u.a. seine Beteiligung an der Deportation luxemburgischer Juden in Ghettos und Vernichtungslager vor allem in Polen und der Tschechoslowakei, wo die meisten von ihnen ums Leben gekommen sind.

Der Beschuldigte hat hierzu angegeben, daß die einzelnen Transporte jeweils auf besondere Anweisung des RSHA, die den ausdrücklichen Vermerk "Absiedlung nach dem Reichsgebiet" getragen hätten, erfolgt seien; ihm sei daher weder bekannt gewesen, daß die Transporte für den Osten bestimmt gewesen seien, noch habe er während seiner Tätigkeit in Luxemburg von dem den Juden drohenden Schicksal gewußt.

Ich wäre für eine Mitteilung darüber dankbar, ob die dortigen Ermittlungen allgemeine Erkenntnisse darüber erbracht haben, ob und in welchem Umfang die Leiter der Gestapoleitstellen und der entsprechenden Dienststellen im besetzten Ausland über das den deportierten Juden drohende Schicksal unterrichtet waren. Stehen insoweit

ggfs. urkundliche Beweismittel zur Verfügung?
Ferner bitte ich um Mitteilung, ob noch Dokumente,
die Anweisungen des RSHA an die Gestapo bzw. den
SD in Luxemburg enthalten - insbesondere solche,
die sich mit der Verschickung der luxemburgischen
Juden befassen -, vorhanden sind.

Im Auftrag


(Grau)
Staatsanwalt

17. 1. 65 (RSHA)

249

V.

✓ 1, Ablichtungen von Dokumentenband
Belg. / Lrix., Bl. 52 - 55, fertigen
lassen.

✓ 2, Schreiben an

Den Leiter der Oberstaatsanwalt

bei dem Landgericht Düsseldorf
in Hd. von Herrn Staatsanwalt G. Stau
Düsseldorf

Mühlenstr. 34

~~Leitabschrift~~
~~4~~

unter Beifügung der Anlagen zu Ziff 1:

Betr.: Ermittlungsverfahren gegen Fritz
Hartmann u. a. wegen Mordes
- 8 Tz J. 686/65 -

Bem.: Darlige Schreiben vom 22. September 1965

Anlagen: 4 Ablichtungen diverses Schriftstücke

Schreiber geehrter Herr Staatsanwalt Frau!

Anbei übersende ich die Ablichtungen folgende Dokumente:

1, Schreiben des Chef der Sicherheitspolizei und
der SD vom 28. Februar und 22. März
1941 an das neuwähigeamt

2, Fernschreiben des RSHA (IV B 4a - Eich-
mann) vom 12. März 1942.

Weitere Dokumente, die interessant sind RSHA

direkt direkt die Deportation der Luxemburger Juden betreffen,
es sind keine Dokumente vorhanden.

habe ich, ~~Wohl~~ weiter so weit ersichtlich
nicht bei meiner Dokumentensammlung.

Abbildung 10 gilt das für Dokumente

Dokumente, die die Kenntnis der
Leite der Stapostellen usw. ~~haben~~ von
dem den zu deportierenden Juden drohenden
Schicksal beweisen ^{könnten} sind mir bisher
nicht bekannt. ~~Wohl~~ ~~hat~~ ~~nicht~~
Zum Sachbearbeiter ~~Wohl~~ ~~gesetz~~ ~~rechtsmäßiger~~
des mir anhängigen Ermittlungsverfahrens
gegen ehemalige Angehörige der Stapo Leit-
stelle Berlin - 1 Jr. 9/65 -, ESTF Runge,
sind derartige ~~Unterlagen~~ bisher ebenfalls
nicht bekannt ^{nach} geworden.

Abbildung 11 dem hier vorliegenden
Dokumentenmaterial ^{ist es wahrscheinlich} ~~Wohl~~ ~~hat~~, daß
die Deportation der Luxemburger Juden
als nach denselben Grundzälen erfolgte
wie ~~Wohl~~ im Reichsgebiet. ~~Wohl~~
~~Luxemburg war im Reich eingegliedert~~
~~Wohl~~ ~~Wohl~~ ~~Wohl~~ Für die Judent-
deportationen im Reichsgebiet ist hier um-
fängliches Dokumentenmaterial F vorhanden.

F überwiegend
aus den Beständen
der Stapo Leitstelle
Düsseldorf und
der Stapo Außen-
stelle Würzburg.

Wegen der ~~Wohl~~ ^{Menge} dieser
Unterlagen (14 Dokumentenbände) kann
ich eine Übersicht im Hinblick darauf,
welche Dokumente für das dortige Verfahren
in Betracht kommen könnten, leider
nicht selbst vornehmen. Ich stelle ^{selbst} anheim,
dieses Dokumentenmaterial ~~Wohl~~ ~~Wohl~~ an-
läßlich eines Dienstreise in Berlin durchzu-
nehmen. Ein Versendung ^{der Dokumente} ~~der Dokumente~~ ^{Wohl} Würzburg ist mir

leider nicht möglich, weil die Uhren hier langsam benötigt werden.

251

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir durchdringen ^(schall) den Vernehmung ~~pro~~ die dortigen Beschlüsse hier selbst übersehen könnten, daher wünsche da diese in meinem Verfahren als Fugen in Betracht kommen.

Hochachtungsvoll

3) TdR (Vfzbd II)

6/10.65

4) Dokumentenhand Bely./Lexx
w.v.

ll

get. 13.10.65 Sch
zu 2) Schub. 2x
BfR Anlagen
B/10. f

252

1 Js 1/65 (RSHA)

An den
Leitenden Oberstaatsanwalt
bei dem Landgericht Düsseldorf
z.Hd. von Herrn Staatsanwalt Grau

4 Düsseldorf
Mühlenstraße 34

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen Fritz Hartmann u.a.
wegen Mordes

Bezug: Dortiges Schreiben vom 22. September 1965
- 8 I Js 686/65 -

Anlagen: 4 Ablichtungen diverser Schriftstücke

Sehr geehrter Herr Staatsanwalt Grau!

Anbei übersende ich die Ablichtungen folgender Urkunden:

1. Zwei Schreiben des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD vom 28. Februar und 22. März 1941 an das Auswärtige Amt,
2. Fernschreiben des RSHA (IV B 4 a - Eichmann) vom 12. März 1942.

Weitere Dokumente, die direkt die Deportation der Luxemburger Juden betreffen, habe ich, soweit ersichtlich, nicht bei meiner Dokumentensammlung.

Dokumente, die die Kenntnis der Leiter der Stapostellen usw. von dem den zu deportierenden Juden drohenden Schicksal beweisen könnten, sind mir bisher nicht bekannt. Dem Sachbearbeiter des hier anhängigen Ermittlungsverfahrens gegen ehemalige Angehörige der Stapoleitstelle Berlin - 1 Js 9/65 -, Erster Staatsanwalt Range, sind derartige Urkunden bisher ebenfalls nicht bekannt geworden.

Nach dem hier vorliegenden Dokumentenmaterial ist es wahrscheinlich, daß die Deportation der Luxemburger Juden nach denselben Grundsätzen erfolgte wie im Reichsgebiet. Für die Judendeportationen im Reichsgebiet ist hier umfangreiches Dokumentenmaterial - überwiegend aus den Beständen der Stapo-leitstelle Düsseldorf und der Stapoaußenstelle Würzburg - vorhanden. Wegen der Menge dieser Urkunden (14 Dokumentenbände) kann ich eine Durchsicht im Hinblick darauf, welche Dokumente für das dortige Verfahren in Betracht kommen könnten, leider nicht selbst vornehmen. Ich stelle anheim, dieses Dokumentenmaterial selbst anlässlich einer Dienstreise in Berlin durchzusehen. Eine Versendung der Dokumentenbände nach Düsseldorf ist mir leider nicht möglich, weil die Urkunden hier laufend benötigt werden.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir Durchschriften der Vernehmungsprotokolle der dortigen Beschuldigten übersenden könnten, da diese in meinem Verfahren als Zeugen in Betracht kommen.

Hochachtungsvoll
Im Auftrage

(Hölzner)
Gerichtsassessor

Landgericht Baden-Baden
- Der Untersuchungsrichter-

Baden-Baden, den 1. Oktober 1965

VU 1/65



An den
Herrn Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
1 Berlin 21
z.Hd.v.Herrn Ger.Ass. Hölzner

Betreff: Strafsache gegen Hellmuth Reinhard
und Wilhelm Wagner

Bezug: Dortiges Schreiben vom 28.9.65 - 1 Js 1/65 (RSHA)

Anl.: 3

Sehr geehrter Herr Gerichtsassessor Hölzner !

Wunschgemäß übersende ich anbei die mir freundlicherweise überlassenen 3 Aktenbände zu meiner Entlastung.

Ich wäre Ihnen sehr zu Dank verbunden, wenn Sie mir für den Fall, dass Sie bei Ihren Arbeiten neues die Beschuldigten Reinhard und Wagner belastendes Material auffinden sollten, dieses mitteilen würden.

Hochachtungsvoll

K.
(Kollrack)
Landgerichtsrat

2 d RA (Vfbl II)
13/10.65 [initials]

V.

✓ 1) zu schreiben - unter Beifügung des
grünen Altbestifters "Beilagenheft I" der
z. St. Landw. (Reinhard - Oslo / Norw.) -

An das LG Baden - Baden

- Untersuchungsrichter -

z. Hd. von Herrn Landgerichtsrat Kollrack

757 Baden - Baden

Betrifft: VU 1/65

Schoepach gegen Hellmuth Reinhard
und Wilhelm Wagner

Betrag: Der Schreiben vom 1. 10. 65

Anlage: 1 Heft der zentralen Stelle Ludwigsburg
"Beilagenheft I" (bzw. Bechuldigten
Reinhard - Oslo / Norwegen)

Sehr geehrte Herr Landgerichtsrat Kollrack!

Ich sende Ihnen das "Beilagenheft I"
der zentralen Stelle Ludwigsburg, das nicht in
den von mir übersandten Dokumentenbanden

gehört, mit der Bitte um weitere Veranlassung
zurück.

Sollte ich bei meinen Erinnerungen
neues, die dortigen Beschlüsse Reinhardt
und Wagner belastender Material
auffinden, werde ich Ihnen dieses
umgehend zugänglich machen.

Bei Durchsicht meines Dokumentensammlers
"Norwegen" habe ich festgestellt, daß
dort Urkunden vorhanden sind, die mir
bisher nicht vorgelegen haben. Es handelt
sich um folgende Dokumente:

1) FS des BdS Oslo (Reinhard) an RSHA vom
25. M. 1942 (DS Seite 1)

2) FS des BdS Oslo (Wagner) vom 23. 2. 1943
an RSHA (Dokumentensammlung Friedmann)

3) Namensliste der im November 1942 mit
der "Donau" deportierten norwegischen
Juden (Dokumentensammlung Friedmann,
Seite 15 ff).

Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn
Sie mir Ablichtungen dieser Dokumente
überreichen könnten.

Hochachtungsvoll

14/10.65 K

2-7 Schubert
18. X 65 W
Selbstschlager 1942

2, ZdA 121165 (Bd I = Wgs - Bd II)

Der Oberstaatsanwalt
bei dem Landgericht Darmstadt
- 2 Js 91 / 65 pol. -

(Aktenzeichen im Schriftwechsel angeben)

61 DARMSTADT, den
Mathildenplatz 14
Durchwahl: 81/ 840
Sammelruf: 811

6. 10. 1965

An den Herrn
Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht

1 Berlin

- Arbeitsgruppe RSHA -

Herrn GA Kölzner

11/10.65

V.

1 Berlin 21

Turmstraße 91

1 zu 17 1/65 (RSHA)

Vfzband

2/ weitere Vtz ber.
12/10.65

Betr.:

Ermittlungsverfahren gegen den Med. Dir. Dr. Karl Rodenberg, geb. 19. 11. 1904 in Heide - Holstein, wohnhaft Waldmichelbach, Krs. Heppenheim, Oberer Königsbuckel 3.

Bezug:

Dortiges Ermittlungsverfahren gegen ehemalige Angehörige des Reichssicherheitshauptamtes.

Den Obengenannten wird zur Last gelegt, durch die Teilnahme an der Endlösungskonferenz vom 27. 10. 1942 in strafbarer Weise an der Vernichtung ^{der} jüdischen Bevölkerung mitgewirkt zu haben.

Nach meinen bisherigen Ermittlungen wurde der im Jahre 1937 als Leiter der Abteilung für Erb- und Rassenpflege in den "Reichsausschuss für Volksgesundheitsdienst" und als Führer der Staatsmedizinischen Akademie nach Berlin berufene Beschuldigte mit Wirkung vom 24. 8. 1942 zum

- 2 -

Reichssicherheitshauptamt beurlaubt. Dort bearbeitete er zunächst in der Gruppe III B Fragen der Rassenpolitik und der Volksgesundheit und war seit dem 1. 7. 1943 als wissenschaftlicher Referent für sexualpsychologische Fragen im Amt V tätig.

Ich bitte um Mitteilung, ob im Rahmen der dortigen Ermittlungen Anhaltspunkte für ein strafbares Verhalten des Beschuldigten aufgetaucht sind. Ich bitte ferner um Mitteilung, ob es zutrifft, daß auf der oben erwähnten Konferenz vom 27. 10. 1942 Eichmann über die Judenliquidierung im Generalgouvernement referiert hat. Nach dem mir in Ablichtung vorliegenden Protokoll über diese Konferenz ist dies nicht der Fall. Der Anzeigeerstatter des vorliegenden Verfahrens bezieht sich für seine gegenwärtige Behauptung auf eine angeblich eidliche Aussage des jetzigen Ministerialrats im Bundesministerium für Verteidigung Weirauch.

Ist im Rahmen des dortigen Verfahrens Herr Weirauch vernommen worden? Falls ja: Was hat er über die Konferenz vom 27. 10. 1942 angegeben?

Im Auftrag


(Bluhm)
Staatsanwalt

/W1

V.

✓ Schreiben an

den Oberstaatsanwalt

bei dem Landgericht in Darmstadt

z. Hd. von Herrn Staatsanwalt Bluhm

6.1 Darmstadt

Witthildenplatz 14

Betr.: Ermittlungsverfahren gegen Dr. Karl Roderberg
 - 2 Jp 91/65 pol -

Bem.: Zu Schreiben vom 6. 10. 1965

Sehr geehrter Herr Staatsanwalt Bluhm!

Der im dortigen Verfahren beschuldigte Dr. Rodenberg ist in den hier anhängigen Verfahren gegen ehemalig Angehörige der RSHA nicht Beschuldigter, da er keinem der belasteten Referaten angehört.

Hier ist bisher ebenfalls nur das Protokoll der Konferenz vom 27. 10. 1942 bekannt. Ob Eichmann auf dieser Tagung über die Judenliquidierung

Fürschlagspunkte
für ein steckbares
Verhältnis d.
Roderbergs haben
wir
hier nicht
gegeben.

im Generalgouvernement referiert hat,
habe ich ~~jetzt~~ noch nicht ermittelt.
Hier wiederum ist Witthildenplatz noch nicht
als Zeuge vernommen worden. F
Ich bitte, mir eine Abklärung

der Einlassung Dr. Rodenbergs zu
übermitteln. Sagen dort weitere
Angaben auszagen (so die des Herrn
Weizsäcker) und Erkenntnisse über
die Konferenz vom 27. 10. 1942
vorliegen oder später bekannt werden,
soletten, wäre ich Ihnen für
die Übermittlung von Durchschriften
oder Ablichtungen sehr dankbar.

Hochachtungsvoll

12/10.65

W

2/ zu 1 J 1/65 (RSWA)
Vtg band

get. 13.10.65
zu 1/ Schub. 2x
14/10. J

260

1 Js 1/65 (RSHA)

An den
Oberstaatsanwalt
bei dem Landgericht Darmstadt
z.Hd. von Herrn Staatsanwalt Bluhm

61 D a r m s t a d t
Mathildenplatz 14

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen Dr. Karl Rodenberg

Bezug: Ihr Schreiben vom 6. Oktober 1965
- 2 Js 91/65 pol. -

Sehr geehrter Herr Staatsanwalt Bluhm!

Der im dortigen Verfahren beschuldigte Dr. Rodenberg ist in den hier anhängigen Verfahren gegen ehemalige Angehörige des RSHA nicht Beschuldigter, da er keinem der belasteten Referate angehörte.

Mir ist bisher ebenfalls nur das Protokoll der Konferenz vom 27. Oktober 1942 bekannt. Ob Eichmann auf dieser Tagung über die Judenliquidierung im Generalgouvernement referiert hat, habe ich bis jetzt noch nicht ermittelt. Herr Weirauch ist von mir noch nicht als Zeuge vernommen worden. Anhaltspunkte für ein strafbares Verhalten Dr. Rodenbergs haben sich hier bisher nicht ergeben.

Ich bitte, mir eine Ablichtung der Einlassung Dr. Rodenbergs zu übermitteln. Sofern dort weitere Zeugenaussagen (so die des Herrn Weirauch) und Erkenntnisse über die Konferenz vom 27. Oktober 1942 vorliegen oder später bekannt werden sollten, wäre ich Ihnen für die Übermittlung von Durchschriften oder Ablichtungen sehr dankbar.

Hochachtungsvoll
Im Auftrage

(Hölzner)
Gerichtsassessor

1 P 1 / 65 (RSH A)

Eilt sehr 261

V.

bittet sofort
schreiben und ab

✓ Schreiber an

den Leitenden Staatsanwalt
bei dem Landgericht in

Düsseldorf

zu 8 P 10 904 / 59

Bch.: Ermittlungsverfahren gegen ehemalige
Mitarbeiter des Reichssicherheitshaupt-
amtes, hier das Verfahren

1 P 1 / 65 (RSH A)

"Erlösung der Judenfrage"

Ich bittet, mir, sofern das möglich sein
wollt, eine (wenn möglich auch zwei)
Abschriften der Anklage ^{Schrift vom 25. Jan. 1963} ~~handschrift~~
in dem Verfahren 8 P 10 904 / 59 (neuer
Az hier nicht bekannt) gegen Kurt Franz
u.a. sollt zu übersenden.
Sollten dort Anklageabschriften nicht mehr

b.w. ->

verfügbar sein, wäre ich für eine
umgebende entsprechende Nachricht
dankbar. Hier steht hier nämlich
nur fertig eine vom Institut für
Titgeschichte ausgeliehenen Abschrift
abschrift zur Verfügung, die
ich absehend ablichten lassen
möchte, falls ich nicht von
dort eine Abschrift erhalten
könnte. ~~Wann~~ ^{Da das} Ablichten
jedoch mit erheblichen Kosten verbunden
bleibt, könnte es unvermeidlich,
wenn " dort noch Abschriften
verfügbar wären.

Für eine baldige Belehrung
- insbesondere für den Fall, daß
keine Abschrift überreicht werden
kann - wäre ich sehr dankbar.

2 | zdT 1 p 1/65 (Vgk II)

gef. 14.10.65 Sa
zu 1) Serb. + ab

13/10-65

Der Leitende Oberstaatsanwalt bei dem Landgericht Düsseldorf

Geschäfts-Nr.: 8 Js 10904/59 **4 Düsseldorf 1**, den 18.10.1965
Bitte bei allen Schreiben angeben!
8 I Ks 2/64

Mühlenstraße 34
Fernruf: 8961
Fernschreib-Nr.: 8587583

An den
Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
1 Berlin 21
Turmstraße 91



Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen
ehemalige Angehörige des
Reichssicherheitshauptamtes;
hier: das Verfahren 1 Js 1/65(RSHA)
"Endlösung der Judenfrage".

Bezug: Ihr Schreiben vom 13.10.1965
Gesch.-Nr. 1 Js 1/65 (RSHA).

Anl.: 2 Schriftstücke.

Anliegende 2 Anklageschriften übersende
ich mit der Bitte um Kenntnisnahme und zum
dortigen Verbleib.

v.

227 17.10.65
(Vorjaggrat.)

28/10.65

Auf Anordnung

Marten
(Marten)
Justizangestellter

Der Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht

247

Herrn GAss. Hölzner

I. Jo 9/65 (Stapoleit.Bln)

V

263

An:

zdA (Rd. ✓)

79/10.65

- a) die Staatsanwaltschaft Düsseldorf
z.Hd. des Herrn Sachbearbeiters der Ermittlungssache
8 I Js 815/64 (Stapoleitstelle Düsseldorf)
- o.V.i.A. -
- b) die Staatsanwaltschaft Dortmund
z.Hd. des Herrn Sachbearbeiters der Ermittlungssache
10 Js 43/64 (Stapoleitstelle Dortmund)
- o.V.i.A. -
- c) die Staatsanwaltschaft Bielefeld
z.Hd. des Herrn Sachbearbeiters der Ermittlungssache
5 Js 192/62 (Stapoleitstelle Breslau) - o.V.i.A. - *)s.3

Betrifft: Austausch von Beweismitteln

Sehr geehrter Herr Kollege!

Ich führe ein Ermittlungsverfahren gegen Angehörige der ehemaligen Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Berlin, soweit diese an der Deportation von ca. 50 000 Berliner Juden in östliche Konzentrationslager mit dem Ziele der Tötung beteiligt waren.

Bis auf die sogenannten Transportlisten, d.h. Listen, die die Namen der aus dem Raum Berlin deportierten Juden, den Zeitpunkt des Transportes und das Deportationsziel im Einzelfall ausweisen, sind dokumentarische Unterlagen nach den bisherigen Erkenntnissen nicht mehr vorhanden. Insbesondere fehlen mir Nachweise, die geeignet sind, Auskunft über die innere Seite der Beschuldigten zu geben, also vor allem darüber, ob die Beschuldigten Kenntnis von dem wirklichen Schicksal der Deportierten hatten bzw. damit rechneten oder rechnen mußten, daß die jüdischen Opfer später ermordet werden würden.

Ich wäre Ihnen deshalb sehr verbunden, wenn Sie mir Ablichtungen oder Abschriften von Dokumenten zugänglich machen könnten, aus denen auf eine solche Kenntnis geschlossen werden kann. Ich denke dabei z.B. an Protokolle über Dienstbesprechungen, schriftliche Weisungen und Befehle sowie an dienstlichen

Schriftwechsel, soweit diese Unterlagen sich auf die generelle oder örtliche Deportation der Juden beziehen.

Darüberhinaus bin ich an Aussagen von Zeugen (jüdischen Zeugen oder unbelasteten ehemaligen Stapoangehörigen) interessiert, wenn diese z.B. bekunden, daß Beschuldigte zum Ausdruck brachten, daß die Juden über kurz oder lang zu Tode kommen würden (beispielsweise daß es sich nicht lohne, irgendwelche Umstände zu machen, da die Juden ja doch nicht zurückkommen oder jedenfalls nicht mehr lange leben würden) oder daß die Beschuldigten Juden verprügeln oder sich zu anderen grausamen oder sadistischen Handlungen hinreißen ließen (z.B. bei Razzien auf Juden, bei der Abholung aus ihren Wohnungen, bei Festnahm-Aktioen, in den jüdischen Sammelstellen, beim Transport zu den Eisenbahnzügen, auf der Fahrt in die Konzentrationslager usw.). Denn neben ihrer Bedeutsamkeit für das jeweilige örtlich bestimmte Einzelverfahren dürften diese Beweismittel auch der Generalisierung fähig sein.

Kann nämlich in einem Ermittlungsverfahren nachgewiesen werden, daß Angehörige der (örtlichen) Staatspolizei-(leit)stelle Kenntnis vom Schicksal der deportierten Juden hatten, so darf diese Kenntnis auch bei Angehörigen anderer Stapostellen angenommen werden.

Sollten also derartige Zeugenaussagen dort vorliegen oder in Zukunft anfallen, so wäre ich für Übersendung von Ablichtung der Protokolle dankbar.

Selbstverständlich bin ich meinerseits gern bereit, Ihnen auf Wunsch alle in meinem Verfahren angefallenen Unterlagen zugänglich zu machen, die für das dortige Verfahren von Interesse sein können.

Vielleicht dürfte es sich überhaupt empfehlen, in gewissen Abständen die bei der Durchführung des Verfahrens gewonnenen Erfahrungen auszutauschen. Diesem Zweck sollten

auch in gewissen Abständen durchgeführte Tagungen aller Sachbearbeiter von Verfahren gegen Angehörige ehemaliger Staatspolizei(leit)stellen dienen.

Hierzu würde ich gern Ihre Meinung hören.

Für Ihre Bemühungen sage ich meinen herzlichen Dank.

Hochachtungsvoll

Im Auftrage

Runge

Erster Staatsanwalt

- *) d) die Staatsanwaltschaft Frankfurt/Ma.
z.Hd. des Herrn Sachbearbeiters der Ermittlungssache
4 Js 881/64 (Wiederaufnahmeverfahren Staatspolizei-
leitstelle Frankfurt/M)
- o.V.i.A. -
- e) die Staatsanwaltschaft Osnabrück
z.Hd. des Herrn Sachbearbeiters der Ermittlungssache
17 Js 437/64 (Stapostelle Osnabrück)
- o.V.i.A. -
- f) die Staatsanwaltschaft Kiel
z.Hd. des Herrn Sachbearbeiters der Ermittlungssache
2 Js 307/64 (Stapoleitstelle Kiel)
- o.V.i.A. -

g) STA Düsseldorf
(STA Gran)
- 8 I J 686/65 -

Bd. V